

# Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: ...

Die Insertions-Gebühr ...

Erscheint täglich außer Montags.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.

Sonnabend, den 9. März 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.

## Der Wahlsieg der Sozialisten in Rußland.

Was den glänzenden Sieg der Opposition bei den Duma-Wahlen noch ganz besonders bemerkenswert macht, das ist der Umstand, daß innerhalb der Opposition selbst die „Extremen“, d. h. diejenigen Parteien und Gruppen, die links von den „Konstitutionellen Demokraten“ stehen, gesiegt haben.

Die genauen Angaben über die Parteizugehörigkeit der einzelnen Dumaabgeordneten treffen nur allmählich bei den Zentralinstitutionen der Parteien ein, die Zeitungs- und offiziellen Meldungen aber sind höchst unzuverlässig, und sie widersprechen einander.

Bis jetzt sind 482 Abgeordnete gewählt. Von ihnen gehören etwa 110 zur gemäßigten Linken (das sind die Kadetten und die ihnen Nahestehenden) und nicht weniger als 180 zur „extremen Linken“.

- 1. Arbeiter Petrow (Gouv. Petersburg), 2. Dorfschullehrer Ismailow (Gouv. Nowgorod), 3. Arbeiter Perrn (Stabal), 4. Arbeiter Bogdanow (Gouv. Twer), 5. und 6. die Arbeiter Kozew und Gubarew (Gouv. Moskau), 7. Arbeiter Shigilew (Iwanowo-Wosnessensk), 8. Arbeiter Kalinin (Gouv. Koltroma), 9. Arbeiter Romanow (Gouv. Rishni-Nowgorod), 10. Maschinist Stepanow (Gouv. Penza), 11. Buchhalter Tatarinow (Gouv. Simbirsk), 12. Arbeiter Kuban (Gouv. Samara), 13. Bauer Komar (Gouv. Samara), 14. Arbeiter Lopatin (Gouv. Saratow), 15.—17. die Dorfschullehrer Anifin, Anissimow und Serow (Gouv. Saratow), 18. und 19. die Arbeiter Schagin und Lichaschitsch (Gouv. Perm), 20. Kontorangestellter Petrow (Gouv. Perm), 21. Arbeiter Komischew (Krim), 22. Lehrer Nagich (Gouv. Ekaterinoslaw), 23. Arbeiter Bieloussow, Vorsitzender des Glaserverbandes (Gouv. Jekaterinoslaw), 24. Arbeiter Restorow (Don-Gebiet), 25. Arbeiter Rybalischenko (Gouv. Charkow), 26. Arbeiter Brichodjlo (Gouv. Tschernigow), 27. Arbeiter Bjelanomsky (Gouv. Kursk), 28. Arbeiter Sumento (Gouv. Kiew), 29. ehem. Student Kirienko (Gouv. Kiew), 30. Lehrer Fedorow (Gouv. Kiew), 31.—34. die Bauern Lagno, Sachno, Nowitschinsky und Sneider (Gouv. Kiew), 35. Lehrer Gelus (Kuban-Gebiet), 36. ehem. Student Nitrow (Kuban-Gebiet), 37. Arbeiter Mandeljak (Gouv. Batum), 38. Schriftsteller Sarubow (Stadt Tiflis), 39.—40. die Schriftsteller Dschugeli und Dschaparidje (Gouv. Tiflis), 41. Bauer Kaylaschwili (Gouv. Tiflis), 42. und 43. die Schriftsteller Jeretelli und Madjaradje (Gouv. Autais), 44. Arbeiter Tomatschidje (Gouv. Autais), 45. Militärarzt Winogradow (Gouv. Omsk), 46. Angestellter Golowanow (Turgdi-Gebiet), 47. Arbeiter Fedorow (Kjasan), 48.—50. Schriftsteller Salytkow, Arzt Bobrow und Arbeiter Wachschnow (Gouv. Wjatka).

Außerdem sind gewählt im Gouv. Kowno Arzt Sudowitsch, die Bauern Kupstas, Pawilis und Kubilis (alles Kandidaten der Mitt. Sozialdem. Partei), die sich ohne Zweifel unserer Fraktion in der Duma anschließen werden.

Wahlmännerkollegien zur Minderheit herabgedrückt wurden. Die unaussprechlichen Neuwahlen werden lediglich die oppositionellen Parteien verstärken, wobei die Sozialdemokratie wiederum auf einige Mandate in den Gouvernements Minsk, Nowgorod, Wlatawa und Cherson rechnen kann.

Was die Sozialrevolutionäre Partei angeht, so ist es vorläufig noch viel schwieriger, über ihre annähernde Stärke in der Duma etwas Positives zu sagen. Einige Blätter geben sie auf 54, andere dagegen auf nur 10 an! Dieser Widerspruch erklärt sich dadurch, daß die Sozialrevolutionäre als politische Richtung nur die extremste Färbung jener gewaltigen Strömung darstellen, die den Namen „Korodnitschewo“ führt und die charakterisiert wird durch das allgemeine Streben, das Gebäude des Sozialismus nicht auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes, sondern auf der Evolution der selbständigen bauerlichen Wirtschaft aufzubauen.

Es ist bis jetzt noch immer unbekannt, ob die Sozialrevolutionäre in der Duma eine selbständige Fraktion bilden werden oder nur einen Teil der allgemeinen „Arbeiterpartei“.

- 1. Bauer Petrusin (Gouv. Kasan), 2. Bauer Fedorow (Gouv. Kasan), 3. ehem. Stud. Kotejew (Gouv. Rishni-Nowgorod), 4. Lehrer Wasnessenski (Gouv. Samara), 5. Bauer Archangelski (Gouv. Samara), 6. Techniker Strelkow (Gouv. Samara), 7. Simin (Gouv. Simbirsk), 8. Arbeiter Nabalow (Gouv. Perm), 9. Arbeiter Ekrem (Gouv. Wjatka), 10. Arzt Dolypolow (Stadt Rishni-Nowgorod), 11. Rechtsanwalt Shirkly (Kuban-Gebiet), 12. Bauer Schwoft (Gouv. Tschernigow), 13. Bauer Wwodow (Gouv. Kursk), 14. Ingenieur Luschenko (Gouv. Kursk), 15. und 16. die Bauern Ijshedin und Chworostuchin (Gouv. Saratow), 17. Lehrer Pokrowski (Gouv. Saratow).

Etwa 10 Deputierte gehören der gemäßigten Gruppe der Volkssozialisten an.

Im großen und ganzen werden also im neuen russischen „Parlament“, das von dem „weißen Terroristen“ Stolypin einkerker worden ist, über 100 Deputierte, d. h. 20 bis 22 Proz., sein, die sich offen zum Sozialismus bekennen.

Von den sozialdemokratischen Deputierten müssen die kaukasischen Genossen Jeretelli, Dschaparidje, Madjaradje und Lantschidje besonders hervorgehoben werden, die auf die Arbeiter- und Bauernbevölkerung ihrer Wahlkreise großen Einfluß besitzen.

Außerdem seien noch als sehr einflußreiche Genossen der Bauer Komar (Gouv. Samara), der Arzt Sudowitsch (Kubanische Sozialdemokratie) und der estnische Arbeiter Perrn (Kobal) hervorgehoben.

Unter den Deputierten der sozialrevolutionären Partei nennen wir den sehr bekannten Rechtsanwalt Shirkly und den Arbeiter Nabalow (Perm).

Tobolsk), der Arzt Popow (Gouv. Charkow), der Ethnograph Kalimkin (Gouv. Tschschent), der noch vor wenigen Jahren Vizegouverneur war, jetzt aber als Kandidat des „linken Blocks“ (zu dem auch die S.-D. und die S.-R. gehörten) gewählt wurde und seine revolutionäre Gesinnung nicht verbirgt.

Das parlamentarische Wirken des einen und des anderen der 100 Sozialisten in Rußlands Reichsduma zu beurteilen, dürfen wir bald Gelegenheit bekommen.

## Die russische Revolution.

Die erste Kraftprobe. Petersburg, 8. März. (B. L. V.) Reichsduma. Das Haus nahm zunächst die Wahl der Vizepräsidenten vor, die drei Stunden in Anspruch nahm.

### Sturmzeichen.

Die „Russische Korrespondenz“ erhält das nachstehende Telegramm: Petersburg, 8. März. Die politische Lage erfährt eine grelle Verleumdung durch das Vorgehen der Regierung gegen die Presse.

Außerdem wurde eine ganze Reihe Redakteure unmittelbar nach Eröffnung der Duma vor Gericht gestellt.

Die Nachricht, daß die Hinrichtungen sistiert wurden, ist falsch.

### Die Fraktion der Kosaken.

Petersburg, 8. März. Die von den Kosaken gewählten Dumaabgeordneten haben eine besondere Fraktion zum Schutze der Interessen der Kosaken gebildet.

### Der Polenklub in Petersburg.

Petersburg, 7. März. (Eig. Bericht.) Der Polenklub in der Reichsduma zählt 28 Abgeordnete, deren Mehrzahl der nationaldemokratischen Partei angehört.

Die Mehrheit des Polenklubs ist reaktionär, arbeitfeindlich. Ihr Führer, Roman Dmowski, hat dem Grafen Witte im Jahre 1905 die Dienste der „polnischen Gesellschaft“ an.

Der Polenklub in der Duma müßte sich eigentlich seinen anti-sozialen Instinkten nach mit Kruschewsky's schwarzer Bande vereinigen.

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. März 1907.

## Der vegierte Gontentottenblock.

Das Zentrum hatte in Konsequenz seiner Stellung zum Kolonialnachtragsetat vom 18. Dezember vorigen Jahres den Antrag wieder eingebracht, statt 20 Millionen nur 20 Millionen zu bewilligen. Die Kolonialenthusiasten witterten darin eine Gefahr, zumal eben doch nun durch den Friedensschluss in den Kolonien eine Verminderung der Kriegsmittel selbstverständlich sein mußte. Sie befürchteten eine namentliche Abstimmung über den Ausgabeplan und hatten darum alle ihre Mannen zusammengelegt, die denn auch pflichteifrig erschienen waren, denn der Block wollte doch wenigstens in dieser Frage seine unentwegte Treue der Regierung bezeugen.

Aber lang- und klanglos wurde die Sache abgetan. Weber beantragte das Zentrum namentliche Abstimmung, noch ergriff ein Redner das Wort zur zweiten Lesung und so wurde denn in aller Ruhe das Streitobjekt vom 18. Dezember begraben, d. h. der Gontentottenblock war in der Wehrheit und bewilligte und befreit die Forderung der Regierung, während Zentrum, Polen und Sozialdemokraten dagegen stimmten. Die „nationale Ehre“ ist also gerettet.

Ebenso wurden auch die weiteren Nachträge, sowie die Gewährung eines Darlehens an das südwestafrikanische Schutzgebiet anstandslos bewilligt.

Dann kam Rechnungsprüfung, zu denen der Abg. Hug (Zentrum) erklärend hervorhob, daß die Ueberschreitungen für das Jahr 1905 sich auf 57 Millionen Mark belaufen, die zum größten Teil auf die finanzielle Steigerung der Naturalverpflegung für das Heer zurückzuführen seien. Im übrigen habe die Regierung für den Rest Begründungen dem Rechnungswert beigelegt, die aber von der Rechnungscommission geprüft werden müßten, ob sie auch ausreichend seien.

Zur Rechnungslegung über den Haushalt der afrikanischen Schutzgebiete für das Etatsjahr 1896/97 montierte Abgeordneter Erzberger diese späte Rechnungslegung, die er als eine lächerliche darstellte. Ueber eine Reihe von Kolonialausgaben seien dem Rechnungshofe gar keine Rechnungen vorgelegt worden und die Denkschrift sei ein Jammerlied über die Mängel der Rechnungslegung. Unter solchen Umständen sei es besser, ein Pauschquantum den Kolonien zuzuwenden, dann könnten die Herren wirtschaften, wie sie wollen.

Ein Regierungskommissar suchte diese Wirtschaft zu entschuldigen und meinte, es sei vielleicht möglich, bald über den betreffenden Etat vom Jahre 1899 Rechnung zu legen.

Zur Sonnabend sind die Interpellationen über die Schiffsahrtgaben auf die Tagesordnung gesetzt, die aber kaum zur Beratung kommen, da die Regierung zur Beantwortung noch nicht bereit ist; dann sollen die Interpellationen über Berufsvereine, eventuell über die Strafprozessordnung zur Beratung kommen.

## Die Tarifreform und das Dreiklassenparlament.

Die am 1. Mai in Kraft tretende Tarifreform wurde am Freitag im Preussischen Abgeordnetenhaus einer Besprechung unterzogen. Bekanntlich steht diese sogenannte Reform eine Vereinfachung, wenigstens für die Verwaltung vor. Das reisende Publikum merkt von der Vereinfachung nicht viel, im Gegenteil, manche Bestimmungen sind geeignet, das Reisen noch komplizierter zu machen. Im wesentlichen läuft die Reform darauf hinaus, daß die Rückfahrkarten fortfallen und statt dessen der Preis für das einfache Billett auf die Hälfte des Preises für die bisherigen Rückfahrkarten festgesetzt, daß ferner Gepäck nicht mehr frei befördert und daß für Schnelzüge ein Zuschlag erhoben wird. Das Reisen wird also erheblich teurer werden, und das fällt um so schwerer ins Gewicht, als zu den erhöhten Preisen noch die vom Reichstag beschlossene Fahrkartensteuer hinzukommt.

Selbst die Nationalliberalen, deren Parteifreunde im Reichstage es sich als besonderes nationales Verdienst anrechnen, die verkehrsfeindliche Fahrkartensteuer mit geschaffen zu haben, scheinen allmählich zu der Einsicht zu kommen, daß sie damit keine besonders kluge Tat vollbracht haben. Anders ist ihr Antrag kaum zu verstehen, durch den sie die Regierung ersuchen, mit Rücksicht auf die Verteuerung des Personenverkehrs durch die Einführung der Reichsfahrkartensteuer und die dadurch hervorgerufene Verschärfung in der Benutzung der einzelnen Wagenklassen auf einen angemessenen Ausmaß durch Ermäßigung der Eisenbahnpersonentaxen Rücksicht zu nehmen.

Wiel weiter geht der Antrag der Freisinnigen, die verlangen, daß die Regierung bei der in Aussicht genommenen Personentarifreform auf eine Verbilligung des gesamten Reiseverkehrs bedacht sei und daß sie ferner darauf hinwirke, daß die im Reich eingeführte Fahrkartensteuer wieder aufgehoben wird.

Um das Resultat der Debatten vorwegzunehmen: die Mehrheit des Dreiklassenparlamentes lehnte beide Anträge rundweg ab, sie will, wie sie wiederholt betont hat, von einer Verbilligung des Verkehrs nichts wissen, weil sie davon finanzielle Ausfälle fürchtet! Daß die Ausfälle durch die infolge billigerer Tarife zu erwartende Steigerung des Verkehrs wieder wett gemacht werden, das glauben die Herren nicht. Wenigstens tun sie so. — In Wirklichkeit entspringt ihr Widerstand gegen jede Verbilligung ja ganz anderen Motiven: sie wollen, daß dem Arbeiter das Reisen möglichst erschwert wird, damit er die seligen Götter Ostelbiens nicht verläßt. Die zweiten Jahrespreise sind ihnen ein Mittel, die Freizügigkeit indirekt zu beseitigen.

Das einzige, was die Mehrheit „tat“, war die Annahme des konservativen Antrages: die Regierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die im Reichstage eingeführte Fahrkartensteuer in eine andere, die Einnahme des Personenverkehrs milder schädigende Form gebracht werde. Dieser Antrag ist charakteristisch für die Art, wie heutzutage Gesetze gemacht werden. Kaum ist ein Jahr verfloßen, seitdem die bewilligungslustige Reichstagsmehrheit die Steuer mit Hurra eingeführt hat und schon müssen die Wüter sehen, welche Mißgeburt sie in die Welt gesetzt haben. Aber was sollen sie tun? Den einzig vernünftigen Beschluß: „Aufsaffung dieser Steuer“ wagen sie nicht zu fassen, obwohl das konservativ-liberale Kartell hierbei auch die Sozialdemokraten im Reichstage auf seiner Seite hätte. So begnügen sie sich denn damit, ein Pfäffchen auf die hässliche Wunde zu legen: sie wollen eine andere Form für die Fahrkartensteuer. Wie sie sich das denken, das deutete Abg. v. Bodelberg (L.) an, der vorschlag, Preußen solle jährlich ein Pauschquantum an das Reich zahlen. Diesem Vorschlag widersetzen sich die Nationalliberalen, die keinen Eingriff des Reichs in preussische Angelegenheiten dulden. Eine Wafst zur Verbilligung wird wohl schwierig gefunden werden. Es ist eben leichter, wider sinnige Geleise zu schaffen als sie zu beseitigen.

Im übrigen ist aus der Debatte nur die Anregung des Abg. v. Brandenstein (L.) bemerkenswert: Arbeitertoxenlarven nur für den Verkehr von Berlin in die Vororte gelten zu lassen, nicht

aber umgekehrt! Herr v. Brandenstein will mit diesem Plan, der sich überhaupt nicht verwirklichen läßt und der nur dem Haß gegen Berlin entspringt, die Arbeiter, die in den Vororten beschäftigt sind, zwingen, dort auch zu wohnen. Daß die Arbeiter heute in Berlin morgen in einem östlichen und übermorgen vielleicht in einem westlichen Vorort beschäftigt sind, weiß Herr v. Brandenstein offenbar nicht, obwohl er früher einmal Regierungspräsident war. —

## Das Ende der ultramontanen Kolonialkritik.

Eine der führenden bayerischen Zentrumsblätter, die „Augsburger Postzeitung“, rüffelt in einer ihrer letzten Nummern mit aller Rücksichtslosigkeit Herrn Erzberger ab. Es liege jetzt der Beweis vor, daß Erzberger „nicht klug und nicht recht“ gehandelt habe. Für die Beurteilung des Falles sei lediglich die Erwägung maßgebend, ob es „zur guten Sitte gehöre, durch Drohungen mit konpromittierendem Material die andere Seite zur Einstellung eines Disziplinarverfahrens zu zwingen.“ Im übrigen müsse gegenüber der Heche der nationalen Organe energisch betont werden, daß die Drohung des Herrn Erzberger als private Meinung, nicht aber als Drohung der Fraktion aufzufassen sei.

Noch bemerkenswerter ist es, daß auch die „Aölnische Volkszeitung“ sich dieser Abschüttelung Erzbergers, die sie einem Mitgliede der Zentrumsfraktion zuschreibt, vollständig anschließt. Sie bemerkt zwar einleitend, daß die Angelegenheit durch die Auseinandersetzung im Reichstage noch nicht völlig geklärt sei, andererseits jedoch müsse zugegeben werden, daß Herr Erzberger viel zu weit gegangen sei und sein Vorgehen auch dann den Charakter einer verbotenen Preßaktion getragen habe, wenn er eine Drohung ausgesprochen habe, die er völlig auf eigene Faust, ohne Wissen und Willen der Fraktion gemacht habe.

Wiel wichtiger als diese Abschüttelung des Herrn Erzberger ist die Abgabe der „Aölnischen Volkszeitung“ an die Kolonialkritik überhaupt. Herr von Hertling habe mit seinem Worte: „Was geht mich Herr Köpplow, was geht mich Herr Wisluba an“ nicht nur der Zentrumsfraktion des Reichstages, sondern auch der Zentrumsparie im Lande Ausdruck gegeben. Es herrsche in Zentrumskreisen die Auffassung vor, „daß die Oeffentlichkeit sich schon viel zu lange mit solchen Einzelheiten habe beschäftigen müssen, und daß es wirklich an der Zeit wäre, die Ätten über diese Dinge endgültig zu schließen.“ Durch eine allzu gründliche Behandlung der Kolonialfragen würden andere wichtige Aufgaben nur beeinträchtigt:

„Wenn der Zwischenfall Erzberger-Löbel dazu beitragen sollte, in dieser Beziehung eine Gefundung, eine Rückkehr zu einem vernünftigen Rahhalten herbeizuführen, und zwar sowohl in der Schätzung des Wertes der Kolonien, als in der Kritik der kolonialen Mißstände, so würde das sicher von allen Parteien nur freudig begrüßt werden, während bisher Mitglieder aller Parteien nach der einen oder anderen Richtung das Maß überschritten haben.“

Wir haben bereits bei den großen Kolonialdebatten Ende November und Anfang Dezember des vorigen Jahres die infame koloniale Veruschungstaktik des Zentrums in der schärfsten Weise gebrandmarkt. Wir wiesen damals darauf hin, mit wie erbärmlicher Feigheit folglich das Zentrum von den Herren Kooren und Erzberger abjurüden begann, als durch deren Geißelung der Kolonialstandale sich die Situation zwischen Zentrum und Regierung zu verschärfen begann. Diese feige Bemäntelung der Kolonialkorruption wird nunmehr gekrönt durch die Verleugnung Koorens und Erzbergers. Offen wird ausgesprochen, daß über die ungeheuerliche Korruptionspolitik unserer kolonialen Verhältnisse der Raniel zentrumschriftlicher Regierungstreue gebreitet werden soll! Die Zentrumsfraktion hat es sich ja so ungeheuerlich leicht gemacht, sie überließ die ganze Kritik der kolonialen Korruption zwei Mitgliedern, den Herren Kooren und Erzberger. Diese beiden Abgeordneten waren keineswegs die besten. Herr Kooren ist eines der verdienstlosesten, ältesten und angesehensten Mitglieder der Zentrumsfraktion. Und so schonungslos wie die jämmerliche Rechnungsträgererei des großsprecherischen Herrn Erzberger auch gebrandmarkt haben: das eine muß ihm zugestanden werden, daß er zu den fleißigsten und fähigsten Mitgliedern der Zentrumsfraktion gehört. Und diese beiden Abgeordneten werden gleichwohl schmäde im Stich gelassen, sobald das Ergebnis ihrer kolonialpolitischen Studien dem Fraktionsinteresse des Zentrums entgegenläuft!

Das Zentrum will seine Ruhe haben. Es will die Klust zwischen Regierung und Zentrum nicht noch durch kolonialpolitische Jivisigkeiten erweitert sehen. Deshalb bläst es nach den kolonialpolitischen Fanatiken der Herren Erzberger und Kooren jetzt die trübseligsten Schamaden. Während des Wahlkampfes hat es die Erzbergerischen Kolonialanklagen in Proschürenform noch in Massen in die Bevölkerung geworfen. Für den Wahlkampf war Herr Erzberger für das Zentrum noch die kolonialpolitische Autorität, der am besten unterrichtete Sachkenner. Ein paar Wochen später aber gilt auch für Herrn Erzberger das Wort des Zentrumsdiplomaten Hertling: „Was geht uns die Kolonialkorruption an. Wägen dort die schreulichsten Bestialitäten geschehen sein, das politische Interesse des Zentrums gebietet, diese ganze Korruption nunmehr zu unterbrechen!“

Die Partei des „Christentums“ hat also gegenüber den Kolonialstandalen ebenso versagt, wie der Liberalismus, dessen ehedem so energischen Anführern, wie Herrn Müller-Sagan und Herrn Schlaß, durch Herrn Dornburg nunmehr der Mund gestopft worden ist. Ob Christentum, ob bürgerlich freigeistige Humanität: die kapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungsgelüste gehen über alles! —

## Deutsches Reich.

### Die „Germania“ über die sozialdemokratische Wahlniederlage.

Dem Thema „Die Sozialdemokratie in der Wahl von 1907“ widmet das führende Zentrumsorgan, die „Germania“, einen langen Leitartikel. Die „Germania“ warnt darin, die Wahlniederlage der Sozialdemokratie zu überschätzen. Der diesmalige Mandatsverlust der Sozialdemokratie sei im Grunde nur auf den Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien und die stärkere Wahlbeteiligung zurückzuführen. Nehme man eine Wahlbeteiligung von mehr als 50 Proz. an, so setze man also voraus, daß die Sozialdemokratie zur Eroberung eines Mandats mindestens 43 Proz. der Wähler auf sich vereinen müssen, so hätte die Sozialdemokratie 1908 statt der eroberten 56 Mandate nur deren 10, im Jahre 1903 statt 81 nur deren 38 erobern können. Es sei deshalb vor einer Ueberschätzung des Erfolges über die Sozialdemokratie zu warnen. Der Mandatsverlust von 47 Proz. entspreche keineswegs dem wirklichen Stärkeverhältnis der Sozialdemokratie. Hätte sie in ähnlichem Prozentsatz oder auch nur in einem viel geringeren an Stimmen eingehit, so läge die Sache wesentlich anders.

Insmerhin beweise der diesmalige Wahlausfall, daß die sozialdemokratische Macht auf parlamentarischem Boden auf ein verhältnismäßig geringes Maß eingeschränkt werden könne, wenn die bürgerlichen Parteien es ernstlich wollten. Diesmal hätten sie sich aufgerafft. Ob es aber auch ein anderes Mal so

sein werde? Der Liberalismus habe diesmal einmütig gegen die Sozialdemokratie gestimmt, die nächste Wahl könne aber ein ganz anderes Bild geben, wenn sich der Reichsanzler aufgerissene Zeige, den Erwartungen des Liberalismus nach Wunsch Rechnung zu tragen. Das werde wahrscheinlich so kommen! Dann würden aber wohl da und dort die Liberalen ihre Haltung gegenüber der Sozialdemokratie einer Revision unterziehen.

Man sieht, das Zentrum rechnet bereits sehr stark mit seiner Wiedererziehung zum Regierungsblok. In gleicher Zeit rechnet es damit, daß bei der nächsten Wahl der gemierte Liberalismus der Sozialdemokratie gegenüber eine ähnliche Stellung einnehmen werde, wie sie diesmal das Zentrum zum Teil eingenommen hat.

Wir unerfesselt tun am besten, mit solchen politischen Zusammenstellungen nicht zu rechnen. Die Auslassungen der „Germania“ beweisen, daß das Zentrum jeden Augenblick bereit ist, bei einer neuen Wahl mit der Regierung genau ebenso zusammenzugehen, wie es diesmal der Liberalismus getan hat. Die einzig zuverlässige Machtquelle des Proletariats besteht in seiner eigenen Geschlossenheit und Werbekraft. Die Sozialdemokratie muß eben damit rechnen, bei der nächsten Reichstagswahl alle bürgerlichen Parteien zu einem Regierungskartell vereint zu sehen! —

### Zum Remeler Wahlprotest.

Die nationalliberale „Aölnische Volkszeitung“ sucht in einer langen Auseinandersetzung die Praktiken zu rechtfertigen, der sich nach der Darstellung des konservativen Wahlprotestes die nationalliberalen Wahlmacher des Reichstagswahlkreises Remel-Hendelberg schuldig gemacht haben. Ihre Darlegungen gleichen aber weit mehr einer Befassung als einer Rechtfertigung der nationalliberalen Praxen. So schreibt das Blatt zum Beispiel, nachdem es zugegeben hat, daß der Herr Schwabach überall das Geld mit vollen Händen ausgestreut hat:

„Die Sache mag stimmen. Aber was will das bedeuten? Es sind dies eben nichts weiter als Leute, die, wie überall, so auch in Remel-Hendelberg gegen Bezahlung, sozusagen herabmähig, agitiert, Flugblätter und Stimmzettel verbreitet und sonstige erlaubte Dienste im Interesse der Schwabachischen Wahl geleistet haben. Es lohnt nicht, über diesen Punkt auch nur ein weiteres Wort zu verlieren. Anders sieht es mit den Behauptungen des Protestes, nach denen Schwabach Tausende und Tausende ausgestreut haben soll, um sich Stimmen zuzuführen, sie für seine Kandidatur zu „kaufen“. Wäre das, was der Protest behauptet und unter voller Nennung der Namen behauptet, wahr, so würde es um die Sache Schwabachs nicht gut stehen. Aber — und das ist das Ungeheuerliche an dem Protest — nichts von alledem ist wahr. Schwabach soll dem Kaufmann Mertins und Dittlahn je 2000 M. versprochen und dem Reisenden Hild 1600 M. geschenkt haben. In dieser Behauptung ist nicht ein wahres Wort: den beiden ersteren ist nichts versprochen, und Hild hat nicht 1600, sondern 300 Mark erhalten für sich und seine Leute zu erlaubten Agitationszwecken. Unwahr ist ferner, daß der Wähler Kiehl eine „größere Summe“ empfangen und dieser mit Dr. Ripper darüber in Uneinigkeit geraten“ ist. Der Mann erhielt nichts, und Dr. Ripper kennt ihn seines Wissens gar nicht. Auch der Lehrer Wallkat hat nicht 500 Mark geschenkt erhalten, sondern für Wahrnehmung der ihm übertragenen Wahlgeschäfte und Auslagen 244 M. Auch diese Behauptung ist ein Märchen. Wahlos übertrieben ist ferner alles, was der Protest über die Verwirrung der Wähler in Wahlversammlungen zu erzählen weiß. Daß hier und da während der Wahlzeit in den Versammlungen ein „Stacheln“ aufgelegt, ein Schnäppchen dargereicht worden, mag schon richtig sein. Aber ist das ein Räuber? Etwas Besonderes? Oder gar verbotener „Stimmenkauf“? Du lieber Himmel, in unserem Osten, wo die Arbeiter in den Landkreisen weite Wege zu den Versammlungen zu machen haben und nicht selten einen guten ostpreussischen Durst mitbringen, ist zur Wahlzeit eine derartige harmlose „Bewirtung“ etwas durchaus Liebliches.“

Die letzte Bemerkung ist gleichermäßen charakteristisch für die ostpreussischen Verhältnisse wie für die Moralbegriffe des nationalliberalen Staates. Uebrigens zeigen sich in Ostpreußen nicht nur die Nationalliberalen, sondern auch die Konservativen so darauf bedacht, den „guten ostpreussischen Durst“ der Arbeiter stillen — allerdings nur zu Wahlzeiten; zu anderen Zeiten quälen sie sich verflücht wenig um das Wohlbefinden „ihrer Leute“.

### Die gesicherte Existenz der kaiserlichen Werftarbeiter!

Durch die Bureau der kaiserlichen Werft zu Danzig ging kürzlich folgender streng geheime „Tagesbefehl“:

Danzig, den 10. Februar 1907.

### Tagesbefehl.

Anerkannt träge Arbeiter sind zur Verstrafung und, wenn dieses nicht hilft, zur Entlassung zu melden. Dieses ist zu veranlassen, sobald bemerkt wird, daß der Arbeiter in seinem Fleiß nachläßt. Es soll damit nicht gewartet werden, bis der Arbeiter durch seinen langjährigen Aufenthalt auf der Werft ein Anrecht hier zu bleiben verdient zu haben glaubt.

Solche Entlassungen sind nicht als Strafenlassungen zu behandeln, sondern es ist solchen Arbeitern wegen ungenügender Leistungen zu kündigen. Bevor zur Kündigung geschritten wird und wenn ein besonderer Anlaß zu Verstrafungen nicht vorliegt, sind solche träge Arbeiter zunächst im Lohn herabzusetzen.

Röhn von Jaski.

Nach einer Reichstagswahl ist der ordnungdemagogische Wahlschwindel von dem unermehlichen fünf Milliarden-Flottensagen für die Staatsarbeiter so prompt von kompetentester Stelle als nichtswürdige Unwahrheit gebrandmarkt, als durch diesen Maß. Die Sozialpolitik des staatskapitalistischen Mutterbetriebes, die dieses dunkle Geheimprodukt geboren, wird mit vollem Recht das Entzücken der strapulosesten Schatzkammer erzeugen.

Ueber seine praktische Wirksamkeit kann sich kein Kenner der Verhältnisse und vor allem kein Staatsarbeiter auch nur im geringsten täuschen. Trotz der 1904 im Reichstage — nach der durch den Senofen Jubel erfolgten Brandmarung der auf der Danziger Staatswerft herrschenden ungläubigen Gefinnungsriechelei und Polzeiwirtschaft — feierlich beschworenen Versicherung des Geheimen Admiralitätsrates Harms, daß man sich um die Gefinnung und Organisationszugehörigkeit der Arbeiter nicht kümmert, ist heute noch für die Einstellung nicht so sehr technische Können und praktische Fertigkeit als Gefinnungstüchtigkeit und polizeilich abgestempelter Kurpatriotismus entscheidend. Ohne jede Schwierigkeit läßt sich so durch die Zulassung eines oder mehrerer solcher Kriegervereine- oder Polzeilinstellungen zur Zulassenarbeit mit einem „Rüßeligen“ oder bei dem ältesten und pflichttreuesten Arbeiter mit Leichtigkeit „anerkannte Trägheit“ feststellen. Ganz abgesehen aber von diesen feinen Hülfsmitteln wird das Schicksal der Arbeiter durch die unerhörte Konstitution der „anerkannten Trägheit“ — die für die Herren Beamten selbstverständlich nicht existiert — selbst nach jahrelang erprobter Tüchtigkeit der schrankenlosen Willkür der überzahlreichen Vorgesetzten ausgeliefert. Ueber auch nur halbwegs Kundige weiß nur zu gut, wie sehr erheblich die Ausführung selbst gut gemeinter Verbordnungen usw. in der harten Praxis von der papierernen Theorie abweicht. Dieser Tagesbefehl zeigt förmlich dazu, den Arbeitern — und besonders bevorzugten sind ja gerade die alten Arbeiterveteranen, die durch lange Arbeit ein Recht auf dauernde Beschäftigung erworben haben — durch Lohnherabsetzungen, Strafen und schließlich Entlassung das

leben zur Hölle zu machen. Neben den bekannten Zwangsmaßnahmen, die wenigstens keinen direkt beleidigenden Beigeschmack haben, sollen die Arbeiter nun also noch auf dem schimpflichsten, aber für die Vermehrung ethisch wohlfeileren, Wege der Feststellung „anerkannter Trägheit“ aus dem marinierten Staatsparadies hinaus befördert werden.

Gegen diesen unerhörten Geheimbefehl und seine praktische Wirksamkeit die Augen zu schließen, wäre geradezu verbrecherischer Selbstbetrug! In nächsterer Wirklichkeit hat jetzt jeder Staatsarbeiter sein Schicksal unverhüllt vor Augen. Und der Arbeiter handelt mehr als gewisslos, der sich jetzt noch länger auf das freimärchenhafte „Wohlwollen“ der Vorgesetzten verläßt, statt seine und die Zukunft der Seinigen durch den Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung zu sichern.

#### Der nationale Turm.

Je ärmer unsere Politik an Taten, desto eifriger und erfolgreicher ist sie im Schaffen neuer Worte und Begriffe. Fürst Bülow ist seit dem 13. Dezember darin besonders fruchtbar gewesen und von seinen Worten und Wendungen aus dieser Zeit wird manches auf die Nachwelt kommen, wenn auch in einem Sinne, der keineswegs an den Ernst der Zeit erinnert. Wir erwähnen nur das eine große Wort von der „Paarung liberalen und konservativen Geistes“, das heute schon dem humoristischen Haushalt angehört. Unterdes ist die schaffende Woodstoffe unermüdet tätig im Erfinden neuer Schlagwörter. So preist die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ als Neuestes, Allerneuestes die Schaffung eines „nationalen Turms“ an. Wie die Ultramontanen ihren Zentrumssturm haben, so wollen die vom liberal-konservativen Block ihren „nationalen Turm“. In diesem Sinne schreibt das Blatt, indem es darauf hinweist, daß das Zentrum dabei sei, sich von einer Regierungs- in eine Oppositionspartei zu verwandeln.

Diese Entwicklung, die eine Spanne Zeit kosten dürfte, ist allerdings zu befürchten; ehe es aber dahin kommt, muß die jetzige Parlamentsmehrheit ihren lockeren Zusammenhalt ausgefüllt haben und zu einem nationalen Turm geworden sein, der dem Zentrumssturm an Stärke und Trost nichts nachgibt. Die Richtlinien unserer Politik müssen auf einen derartigen liberal-konservativen Turm hinweisen, dessen Unbegreifbarkeit im gemeinsamen Nationalbewußtsein liegen wird. Dann erst, wenn mit gleicher Stärke und unter ähnlichen Bedingungen gekämpft wird, wird die Antwort gegeben, welcher Turm auf die Dauer das deutsche Land beherrschen soll.

Das Essener Blatt verhehlt sich nicht, daß der Weg zu diesem Turm nicht kurz sein werde; manchem Patrioten werde ein nationaler Turm eine ebensohin Unmöglichkeit scheinen, wie ein nationaler Block. Aber man dürfe doch auf ihn hoffen: „Auch politische Entwicklungen verlangen Geduld vom Zuschauer; auch ein nationaler Turm läßt sich nicht an einem Tage erbauen. Und steht er aufrecht, so laßt seine Quadern sich sehen und laßt den Wörtern ertönen und sich fesseln, bis er allen Angriffen trotzen und alle Widerstände beseitigen kann.“

Bekanntlich hat man die Möglichkeit eines liberal-konservativen Blocks damit betreiben wollen, daß man auf das Zentrum hinwies, in dem die politischen und wirtschaftlichen Gegensätze nicht weniger zahlreich und scharf vorhanden seien. Allerdings, von diesem Standpunkte aus ist auch die Paarung konservativen und liberalen Geistes möglich. Bülow braucht dazu den Wodpartien nur eine Kirche und einen Altar zur Verfügung zu stellen, die im „nationalen“ Sinne die Massen ebenso zu leiten verstehen, wie das die römische Kaplanei im Interesse des Zentrums besorgt.

So lange Bülow das nicht vermag — und wir halten diese Aufgabe keineswegs für leicht — so lange glauben wir nicht daran, daß das „gemeinsame Nationalbewußtsein“ vom 13. Dezember auf nationaler Seite fertig bringt, was der nun bald zehntausendjährigen Nacht der Kirche auf ultramontaner Seite heute auch nur noch mit großer Mühe gelingt. Der „nationale Turm“ wird wohl über den Entwurf nicht hinauskommen.

Eine außergewöhnlich freche Fälschung leistet sich heute die ehrenwerte „Post“. In einem Entreefilet über die Donnerstagskündigung des Reichstags schreibt sie: während der Sozialist Ehrhardt und der Demokrat Deser den Standpunkt des Weinhandels vertraten, der, wie der Fall Sartorius gezeigt hat, vielfach nach dem Führergrundsatz handelt: „Wer gut schmiert, gut fährt.“ Wie jeder, der den Reichstagsbericht gelesen hat, weiß, hat Genosse Ehrhart (nicht Ehrhardt) nicht das gesagt, was die „Post“ ihm unterschiebt, sondern das genaue Gegenteil! Ob die „Post“ berichtigt wird? —

#### Der Reichsverband an der Arbeit.

Ein an Unternehmer gerichtetes Zirkular des Reichsflügelverbandes, das der Erfurter „Tribüne“ auf den Redaktionsstisch geflogen ist, hat folgenden Wortlaut:

Eilt sehr!  
Schleunigen, Datum des Poststempels.  
Verticallich!  
Hochgeehrter Herr!

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie in Berlin beabsichtigt, von Zeit zu Zeit Flugblätter pp. in geschlossenen Briefen an alle Arbeiter unmittelbar zu versenden. In diesem Zwecke bittet der Unterzeichnete um sehr gefällige baldige Ueberantwortung eines Bezeichnisses Ihrer sämtlichen Arbeiter — auch der nicht dort wohnenden — aus welchem Name, Stand, Wohnort und Wohnung derselben hervorgehen. Die nach Ihrer Ansicht reichstreuere Arbeiter, bitte ich, hierbei mit Kreuz zu bezeichnen.

Jedenfalls weitere Arbeit würde Ihnen durch diese Maßregel nicht erwachsen.

Hochachtungsvoll und ergebenst  
Freiherr v. Bülow.

Vorsitzender des Patriottischen Vereins (Ortsgruppe Schleusingen)  
des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

#### Riegt Thörn in Preußen?

Nachdem im Zirkular Bülow die „Damen der Notleidenden“ den Verhandlungen der Agrarier beigegeben hatten, erschien bekanntlich jener Erlass des preussischen Ministers des Innern, nach dem Frauen öffentlichen politischen Vereinsversammlungen beizuwohnen dürfen. Allenfalls wird verlangt, daß die Frauen in einem „Segnen“ Platz zu nehmen haben. Die Polizeibehörden haben sich wohl meistens auch nach diesem Erlass gerichtet. Neuerdings scheint es aber, als ob der Ministerialerlass in Thörn — Lust ist. Wenigstens muß das nach dem Verhalten des Polizeiwachtmeisters Kabel daselbst angenommen werden. Am 3. März mußten die zu einer Versammlung erschienenen Frauen den Saal des Thörner Parteibüros auf Veranstaltung des genannten Wachtmeisters verlassen. Der Saal hat eine Galerie, auf der die Frauen hätten Platz nehmen können, wenn der Polizeibeamte es zugelassen hätte. Alle Vorstellungen des Versammlungsleiters sowie des Referenten waren vergeblich — die Frauen mußten raus. Auch die Berufung auf den Ministerialerlass machte auf den Polizeibeamten nicht den geringsten Eindruck. Schon einmal, am 17. Februar, trat Herr Kabel in derselben Weise auf. Eine Beschwerde gegen das Vorgehen des Polizeibeamten hatte zur Folge, daß der zweite Bürgermeister von Thörn antwortete:

„Ihre Beschwerde über den Polizeiwachtmeister Kabel entbehrt nach den erfolgten Feststellungen jeder Begründung (1) und wird daher zurückgewiesen.“

Die Thörner Genossen werden sich mit diesem Bescheid natürlich nicht zufriedengeben und den Minister selbst befragen, sich darüber zu äußern, ob er sich von einem untergeordneten Polizeibeamten zetteln lassen will oder nicht. Uebrigens ist der Thörner Polizeiwachtmeister gegen unsere dortigen Genossen nicht ganz

neu. Vor einiger Zeit mußten gar Sonnen- und Regenschirme und Spazierstöcke aus einer Versammlung entfernt werden, weil der „Ueberwachende“ die nährlichen Dinaer für — Waffen im Sinne des Vereinsgesetzes hielt! —

Schändliche Mißhandlungen eines Rekruten enthielte eine Verhandlung, die am Dienstag vor dem Oberkriegsgerichte in Dresden stattfand. Die im dritten Dienstjahre stehenden Rekruten fühlten sich bekanntlich den Rekruten gegenüber als Vorgesetzte. So auch der angeklagte Husar Schellenberger von der 1. Eskadron des Husarenregiments Nr. 19 in Grimma i. S. Er hatte den erst achtzehn Jahre alten Rekruten Jaumfell in furchtlichster Weise gemißhandelt. Der Rekrut erhielt eines Tages fünf bis sechs heftige Schläge mit dem Stiefelschaft um den Kopf. Am Abend desselben Tages hat der Angeklagte den 3. fünfmal hintereinander die Stube austreten lassen, wobei er ihn fortgesetzt Schläge mit Händen und Fäusten (30—35 an der Zahl) ver setzte. Als dem Rekrutenquader davon die Hände weh taten, nahm er eine Säbelschneide und schlug damit 15—20mal auf sein Opfer ein. Mehrere Schläge hat der Rekrut auf den Kopf erhalten. Als der Angeklagte die Säbelschneide trumm geschlagen hatte, drehte er sie um und hieb so lange auf den bedauernswerten Rekruten ein, bis die Säbelschneide wieder gerade war. Der so Geschlagene ist denn schließlich zusammengebrochen und mit dem Kopf auf einen Schmel gefallen. Obgleich der Angeklagte sah, daß der Rekrut blutete und weinte, versetzte er ihm noch mehrere Schläge mit der Faust ins Gesicht. Beim Verlassen der Stube erhielt J. noch mehrere Ohrfeigen und einen heftigen Fußtritt in den Rücken. Endlich ist der Angeklagte, als der Rekrut bereits im Bett lag, an ihn herantretend und hat ihn mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Die ärztliche Untersuchung des Gemißhandelten ergab, daß J. am ganzen Körper mit blauen und braunen Flecken bedeckt war. Ferner leidet der Rekrut heute noch an den Folgen der Mißhandlungen. Wegen dieser gemeinen Quälereien wurde der Angeklagte vom Kriegsgericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Er legte Berufung ein, die aber vom Oberkriegsgericht verworfen wurde. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß an dem Rekruten Jaumfell noch weitere Mißhandlungen verübt worden sind, und zwar vom Gefreiten Liepmann. Es wurde festgestellt, daß der Gefreite den Rekruten bei verschiedenen Gelegenheiten mit Puzzeug und Riemen geschlagen hat. Der Gefreite wird sich deshalb noch nachträglich vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben. Der Fall zeigt recht deutlich, wieviel Soldatemißhandlungen und Schindereien völlig in Dunkel gehüllt bleiben.

Eine Demonstration. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat zum Nachtragsetat für Südwestafrika den Antrag eingebracht, im Kapitel 2 Titel 1 der einmaligen Ausgaben statt 29 220 000 M. zu setzen 20 288 000 M. Sie bleibt also bei dem Abstrich von 9 Millionen, der am 18. Dezember das Signal zur Reichstagsauflösung gab. Jetzt wird ihn indes die „nationale“ Mehrheit verhindern.

#### Auslieferungungsvertrag mit Schweden und Norwegen.

Im Auswärtigen Amt ist gestern mit dem hiesigen norwegischen Gesandten ein Zusatzvertrag zu dem unterm 19. Januar 1878 zwischen dem Reich und den Königreichen Schweden und Norwegen abgeschlossenen Auslieferungungsvertrag unterzeichnet worden. Der Zusatzvertrag enthält einige Änderungen und Ergänzungen des Auslieferungungsvertrages, soweit dieser die Beziehungen zwischen Deutschland und Norwegen betrifft. Insbesondere erhalten dessen Bestimmungen die Fassung, die der gegenwärtigen staatsrechtlichen Stellung Norwegens entspricht.

#### Ausland.

#### Italien.

#### Im Zeichen der Gewaltpolitik.

Rom, 5. März. (Fig. Ver.) Italien macht augenblicklich eine Phase brutaler Reaktion durch, ein in den Formen der Geselchlichkeit sich bewegendes Gewaltregime, das als Regime Giolitti der Geschichte überliefert zu werden verdient. Die Giolittische Reaktion dient den wirtschaftlichen Interessen des Unternehmertums. Mit einer einzig dastehenden Offenheit wird das Versammlungsrecht genehmelt und liberal, wo die Arbeiterorganisationen für ihre Interessen eintreten, Militär und Polizei gegen das Volk geschickt.

In Rom beschließen die Maurer, ihren Vertrag mit den Unternehmern nicht zu erneuern, und wollen in einer Versammlung unter freiem Himmel über ihr weiteres Verhalten beraten. Die Behörden verbieten die Versammlung und lassen die Maurer durch Militär auseinander treiben. Obwohl hier noch nie eine Gewerkschaftsversammlung zu Unruhen geführt hat, muß das Moment der „öffentlichen Ordnung“ zur Begründung des Verbotes herhalten. Im Rahmen der öffentlichen Ordnung werden Infanterie und Kavallerie aufgeboten, wird in eine dicht gedrängte Menge hineingeritten und eine harmlose Versammlung mit aufgeflogem Wajonett auseinandergetrieben!

In Ternate und Varano (Mailand) streifen die Spinner, worauf die Unternehmer mit einer Ausperrung aller Textilarbeiter antworten. Was tun die Behörden? Sie lassen mehrere Schwadronen Kavallerie kommen, die bei der nächsten Gelegenheit in die Streikenden, meist Frauen, hineitreiten. Es wird dabei ein Kind verletzt, was natürlich der „öffentlichen Ordnung“ sehr förderlich war.

Erdwühnenswert ist auch der den Alexikolen gewährte Schutz, den die Regierung zur Vermeidung politischer Konflikte für nötig hält, um in ihrer Günstlings- und Intrigenwirtschaft ungestört zu sein. Die Parole ist: alle antiklerikalen Manifestanten zu drangsaliieren. Eine antiklerikale Demonstration wurde in Messina durch die Polizei gesprengt, wobei es 12 Verwundete gab. Von dem blutigen Zusammenstoß in Gradina (Apulien) wurde bereits telegraphisch berichtet. Hier war eine Protestversammlung gegen die Mißbräuche der Stadtverwaltung einfach verboten worden. Die Bevölkerung, in der Mehrzahl Analphabeten und daher des Wahlrechts beraubt, hat nun schlechterdings in diesen Orten kein anderes Mittel, ihre Meinung zu äußern als die Strafendemonstration! Ihre Verbote, heißt sie auf die Wege der Gewalt weisen! Gerade das will man aber im Süden, und gerade das hat man in Gradina erreicht, wo es einige dreißig Verwundete gab.

Und das ist die Blütenlese eines Tages (des 4. März)! Welches Land hat wohl im Zustande des Friedens und der Geselchlichkeit einige fünfzig Verwundete in Konflikten mit Polizei und Militär an einem einzigen Tage aufzuweisen!

Man füge dazu die Gewalttaten der Regierung gegenüber den Lokalbehörden. In Reggio Calabria hat Giolitti sogar das Unerhörte getrieben, den Bürgermeister der Stadt abzusetzen. Gleichzeitig hat er auch den Präfekten (Vertreter der Zentralregierung), der ihm nicht gefügig genug war, seines Amtes enthoben. Genosse Morgari hat heute in der Kammer die Wirksamkeit der Regierung in Süditalien treffend geschildert, indem er sagte, die lokalen Claquepfländerten und korumpierten das Land und die Regierung leierte ihnen dabei den größtmöglichen Beistand!

Im Süden eine ungeordnete konwulvische Bewegung des ausgebeuteten Proletariats und Kleinbürgerturns, im Norden energische und zielbewusste Kämpfe der organisierten Arbeiterschaft und dazwischen die Regierung, die die Machtmittel des Staates den jeweiligen Ausbeutern zur Verfügung stellt — das ist die heutige Konstellation in

Italien. In der Romagna streifen die Landarbeiter, um eine Rektion der Pachtverträge zu erzwingen, in den reichbauenden Provinzen der Poebene sind Massenstreiks ausgebrochen gegen einen neuen von den Unternehmern ausgearbeiteten Gesetzesentwurf über die Arbeit in den Reisfeldern. Ernste Ereignisse drohen. Das alte Wort vom Wind fien und Sturm ernten könnte sich in Italien zum so und sovielten Male bewahrheiten, was der unheilvollen Aera Giolitti ein jähes Ende bereiten würde. Der Premierminister scheint nicht mehr die geistige Reize zu besitzen, um die Situation ganz zu übersehen, in die er das Land bringt.

#### Gewerkschaftliches.

#### Gelbe Hirse.

Beim letzten Streik in den Siemens-Schuckert-Werken zu Berlin stellten bekanntlich die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften förmlich darum, mit den „gelben“ Unternehmern freizorganisierten Arbeitern schlanweg in den Rücken. Bei dem Kampfe in der Gelbmetallindustrie in den Jahren 1904/05 war es noch anders. Damals arbeiteten die Hirsch-Dunderschen scheinbar noch mit dem Metallarbeiterverbände gemeinsam. Galt es doch, eine prinzipielle Forderung durchzusetzen, die programmatisch auch die Hirsch-Dunderschen stellten, nämlich zum Abschluß eines Tarifvertrages zu kommen. Der Wunsch, von den Unternehmern auf Kosten der freizorganisierten Gewerkschaftler groß gepöppelt zu werden, hat sie jetzt zum Verzicht auf dieses Prinzip getrieben. Hinter dem Rücken der übrigen Arbeiterschaft haben die paar Hirsche für die Gelbmetallindustrie, in der sie gar keine Bedeutung besitzen, ausdrücklich auf den Abschluß eines Tarifvertrages und die Festlegung von Minimallohnen verzichtet und sich verpflichtet, bis zum 1. April 1909 keine Forderungen zu stellen. Triumphierend teilt die „Volks-Zeitung“, das Organ der gelben Hirsche, dies mit und sagt:

Jedenfalls beweist der Vertrag, daß eine Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern bei beiderseitigem guten Willen sehr wohl möglich ist.

Allerdings, wenn die Arbeiterschaft auf jede Verbesserung ihrer Lebenshaltung Verzicht leistet, wird das Unternehmertum dies gern vertraglich festlegen. Für das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern beweist dieser Vertrag gar nicht; er beweist nur, wie wir gelegentlich noch im einzelnen nachweisen werden, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften sich um das Vinsengericht einer förmlichen Anerkennung ihrer Organisation kontraktlich zum Streikbruch verpflichtet haben, falls bis 1. April 1909 die Arbeiter der Gelbmetallindustrie sich einfallen lassen, eine Aufbesserung ihrer Lage zu fordern!

#### Berlin und Umgegend.

#### Der Kampf in der Holzindustrie.

Für die arbeitenden Bautischler fand am Donnerstagabend eine Versammlung im „Gewerkschaftshaus“ statt. Stuchte beleuchtete die Situation der Aussperrung. Er verwies unter anderem darauf, daß die Unternehmer in der Provinz Stimmung zu machen suchen für die Unternehmung des Berliner Kampfes, und daß die Absicht der Unternehmer dahin geht, den Arbeitern einen Vertrag nach dem Willen der Unternehmer aufzuzwingen. Das ist ein Vordaban, welches auf keinen Fall ausgeführt werden kann, denn wenn es sich um den Abschluß eines Vertrages handelt, haben doch die Arbeiter auch ein Wort mitzureden und daß sie einen Vertrag eingeben und halten sollen, der ihnen nicht genügt ist, dazu können sie nicht gezwungen werden. Der Redner nahm Bezug darauf, daß in den Abendblättern vom Donnerstag das Vermittlungsangebot des Herrn Lucht mitgeteilt wird. Der Redner bemerkte dazu: Natürlich sind wir bereit zu verhandeln; aber daß wir die Unternehmer aufsuchen sollten, um sie zu Verhandlungen zu bewegen, daran ist nicht zu denken. So steht die Situation nicht. Die Unternehmer haben den Kampf angefangen; es ist ihre Sache, uns entgegenzukommen. Schon seit einiger Zeit suchen sie ihre Geselchlichkeit dadurch zusammenzuhalten, daß sie ihnen vorsehen, es seien Verhandlungen im Gange. Bei jeder Gelegenheit wird und gesagt, wir sollten doch unsere Forderungen zurückziehen, damit eine Einigung zustande käme. Es muß immer wieder betont werden, daß wir gar keine Forderungen gestellt haben und also auch keine zurückziehen können. Nachdem wir uns mit den Unternehmern nicht über den Vertrag einigen konnten, hätten wir ohne Vertrag gearbeitet und alles wäre beim alten geblieben. Wenn die Unternehmer den Frieden wieder herstellen wollen, dann brauchen sie nur die Aussperrung zurückzunehmen. Wenn das geschieht, ist der ganze Konflikt erledigt. — In ähnlichem Sinne sprachen auch die Diskussionsredner. Sie waren alle der Meinung, daß sich die Unternehmer arg verreckt haben, wenn sie glauben, der Holzarbeiterverband müßte vor ihnen zu Knezen kriechen. Moge der Kampf noch Wochen oder Monate dauern, die Arbeiter werden ihn aushalten und zu jedem Opfer bereit sein, um die Absichten der Unternehmer zu vereiteln.

Die Versammlung beschloß, daß die Bautischler von dieser Woche an außer den ordentlichen Verbandsbeiträgen einen freiwilligen Extrabeitrag von 1 M. pro Woche zu entrichten haben. Gleichzeitig sprach die Versammlung den Aussperrten für ihr festes Zusammenhalten Anerkennung aus.

#### Zum Lohnkampf der Herrenmahlhauer.

Die in der Mitgliederversammlung am Donnerstag so außerordentlich zahlreich erschienenen Herrenmahlhauer hatten zum Teil wohl daran gedacht, daß der Streik nun unmittelbar auch auf die nicht dem Arbeitgeberverband angehörenden Betriebe ausgebreitet werden sollte. Daß davon vorläufig Abstand genommen wurde, war bei der Lage der Verhandlungen selbstverständlich. Die Arbeitgeber, die an den Verhandlungen teilnahmen, zeigen den ehrlichen Willen, die Tarifvorlage anzuerkennen und haben diesen Willen auch bereits zu einem guten Teil in die Tat umgesetzt. Es sind nicht etwa nur in der dritten und vierten Tarifklasse, sondern bereits in allen Klassen mit einer Anzahl Firmen Tarife abgeschlossen worden. Leicht begreiflich ist es, daß die Einteilung der Firmen in Tarifklassen mancherlei Schwierigkeiten bietet und in manchen Fällen eine gründliche Aussprache mit und unter den Arbeitgebern selbst erfordert. Möchte doch jedes Geschäft dem Publikum gegenüber gerne als „erschlagig“ gelten, aber gleichwohl nicht gerne noch dem ersten Tarif zahlen. Doch ist eine Anzahl Geschäfte vorhanden, die ohne weiteres den ersten Tarif als für sich maßgebend anerkennen haben. Die Kommission der Arbeitgeber steht nun auch ihre Hauptaufgabe darin, diejenigen unorganisierten Arbeitgeber zur Verhandlung über die Tarife heranzuziehen, die in der Arbeitgeberversammlung am Dienstag nicht vertreten waren, und dieses Streben wird natürlich von der Beschulenschaft eifrig unterstützt. Wie der Referent nun in der Versammlung am Donnerstag erwähnte, ist der Kreis derjenigen Arbeitgeber, denen die Forderungen zugestanden wurden, noch erweitert worden. Diesen nun in die Bewegung einbezogenen Geschäften ist bis zum 10. März Zeit zur Entscheidung gewährt worden, während für die übrigen die Frist auf den 5. März festgesetzt worden war, die zugleich eingeleitete Kündigung des Arbeitsverhältnisses aber am 12. März abläuft. Ueber die weiteren Maßnahmen wird eine am Sonntag im Palais-Theater stattfindende Mitgliederversammlung beraten und beschließen. Bis zu diesem Tage wird sicherlich ein Ergebnis der Verhandlungen mit den unorganisierten Arbeitgebern, und auch eine weit größere Zahl von Anerkennungen des Tarifs vorliegen.

Die in der gestern im „Vorwärts“ abgedruckten Resolution des Arbeitgeberverbandes enthaltene Verdächtigung, daß jene Firmen, die den Tarif anerkannt haben, nicht die erste Absicht hätten, ihr Versprechen zu halten, wies der Redner entschieden zurück und bemerkte, daß es sich gerade um solche Firmen handelt, die sich bereits seit Jahren als tarifrechtlich bewiesen haben. Ebenso wandte sich der Redner gegen die Behauptung, daß „Berlin die höchsten Löhne Deutschlands zahlt“. Eine vom Schneiderverband aufgenommene Statistik beweist, daß dies durchaus nicht den Tatsachen entspricht. Nun hat der Arbeitgeberverband der Streikleitung mitgeteilt, daß er nicht in der Lage sei, seine Tarifvorschlüge vor Ende dieser Woche vorzulegen. Hierzu erklärte der Redner, daß es schließlich gleich sei, ob auf Grundlage dieser Vorschläge oder der eingereichten Tarife verhandelt werde, da die Gehaltschancen ja so wie so wisse, was sie wolle. Doch könne man nicht verhandeln auf Grundlage von Tarifen, die man nicht kenne und nicht geprüft habe.

Uebrigens kommen wohl auch die organisierten Arbeitgeber immer mehr zu der Ueberzeugung, daß sie so schnell wie möglich eine Einigung mit der Gehaltschancen anstreben müssen, wenn sie nicht gänzlich ins Hintertreffen geraten wollen. Den angeblich 250 Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes mit 2500 Arbeitern sehen 350 bis 400 unorganisierte Arbeitgeber mit 3500 bis 4000 Arbeitern gegenüber. Haben diese Arbeitgeber den Tarif anerkannt, so muß das natürlich jenen, bei denen der Aufwand fortwährender, zu schwerem Schaden gereichen. Es ist denn auch nicht zu verwundern, daß organisierte Arbeitgeber nach dem Verhandlungs-bureau der Gehaltschancen kommen und gar zu gerne einen Tarif anerkennen möchten. Sie finden allerdings kein Entgegenkommen, wenn es sich um Firmen handelt, die von früher her als tarifrechtlich bekannt sind. Solche Firmen sollen zu größerer Sicherheit an den von Organisation mit Organisation abzusprechenden Vertrag gebunden werden.

Eine bemerkenswerte Erscheinung ist es, daß einzelne Großkonzernfirmen Vorteil aus der Bewegung zu ziehen suchen, indem sie ihre Konfektionswaren den Maßgeschäften anbieten, die damit das Publikum betrogen sollen. Der Redner verlas folgendes verbrieflichte und an viele Maßgeschäfte versandte Schriftstück der Firma E. Glöckner, Berlin C., Königsstraße 1—3 — Engros und Export —, das vom 1. März datiert ist:

„Im Fall der bevorstehende Schneidestreik Wirkung erhält, dürfen auch Ihnen Angelegenheiten nicht erspart bleiben, durch die Sie außerstande sind, den Anforderungen Ihrer Kunden zu genügen. In der Annahme, daß es Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen ist, wie zahlreich die vornehme fertige Herrenkleidung in denjenigen Kreisen des Publikums Aufnahme gefunden hat, welche ehemals von großem Barvertrieb dagegen erfüllt waren, gestatten wir uns, Ihnen unsere Offerte nahe zu legen, höchlichst bereit, solche gefälligst zu empfangen. Englische und deutsche Engagements in Stoffen, moderner Schnitt, solide Verarbeitung, elegante Ausstattung bilden die Vorzüge unserer Fabrikate. Das Renommee unserer Firma, die führende Spitze der Spezialbranche zu sein, gewährleistet Ihnen den Erfolg in unseren Ketiteln. Wir bitten höflichst, unsere Offerte einholen zu wollen, eventuell um Ihren persönlichen Besuch in unserem Lager.“ usw.

Wer sich jetzt also einen Maßanzug bestellt, muß gewärtig sein, daß er Konfektionsware von Glöckner Nachf., oder auch von Illo in der Spanndauerstraße erhält, der in ähnlicher Weise den Maßgeschäften seine Waren anpreist.

Mit der Lohnbewegung der Herren-Nahschneider beschäftigte sich gestern Abend eine in den Arminhallen tagende öffentliche Arbeitgeher-Versammlung; sie war einberufen von Arbeitgebern, die dem Arbeitgeberverbande nicht angehören und im Gegensatz zu demselben die Forderungen der Arbeitnehmer für berechtigt halten und willens sind, sich mit den organisierten Arbeitnehmern dauernd zu verständigen. Diesen Standpunkt vertrat Herr W. als Referent, und der Vorsitzende der Versammlung, Herr Lippmann, der unter anderem bemerkte, daß nur 250 Arbeitgeber, die 2500 Arbeiter beschäftigen, organisiert sind, während die große Mehrzahl, nämlich etwa 400 Arbeitgeber mit 4000 Arbeitern außerhalb des Verbandes stehen. — In der Diskussion kam es zu Auseinandersetzungen zwischen einem Vertreter des Arbeitgeberverbandes und Wortführern der unorganisierten Arbeitgeber. Auch Kunze vom Verband der Schneider und Schneiderinnen beteiligte sich an der Diskussion, hauptsächlich um die unzutreffenden Darstellungen des Vertreters des Arbeitgeberverbandes bezüglich der Vorgeschichte der Bewegung zu widerlegen. Nach Schluß der Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung erkennt die seitens der Arbeitnehmers-Organisation aufgestellten Tarife den heutigen teuren Lebensverhältnissen entsprechend als angemessen an. Die Versammlung verzurteilt das von wenig sozialem Verständnis zeugende Vorgehen der im Arbeitgeberverbande organisierten Firmeninhaber und Schneidermeister. Die Versammlung gibt ferner dem Wunsch Ausdruck, daß es gelingen möge, den Frieden in unserem Gewerbe baldmöglichst wieder herzustellen. Als Mittel zu diesem Zweck beschließen die Versammelten, die bestehende Kommission der unorganisierten Arbeitgeber zur Beauftragung, Schritte zur Gründung einer „Freien Organisation der Arbeitgeber“ zu tun, die im Gegensatz zu dem bestehenden Arbeitgeberverband, etwa entstehende Streitigkeiten im Schneidergewerbe in Gemeinschaft mit der Organisation der Arbeitnehmer zu beiderseitiger Befriedigung auf gütlichem Wege beizulegen sich bemüht.

#### Unternehmer-Terrorismus.

Der Vorstand der Tapezierer-Zwangsunione erklärt an seine Mitglieder einen längeren Anruf, in dem der Stand der Aussperrung geschildert und bemerkt wird, daß einige Firmen „wortschuldig“ geworden seien und entgegen dem Innungsbeschlusse die Forderungen unterschrittlich anerkannt hätten.

Wir fordern, so heißt es weiter, diese Kollegen und Inhaber von Tapeziererwerkstätten nochmals auf, die gegebenen Unterschriften zurückzuziehen und den Beschlüssen der Innung Folge zu geben, da wir im anderen Falle gezwungen sind, schärfere Maßregeln zu ergreifen.

Auf die angeordneten „Maßregeln“ darf man gespannt sein. Uebrigens fest der § 153 der Gewerbeordnung schon für solche Drohungen, die den Zweck haben, andere zur Teilnahme an dertartigen Verabredungen zu zwingen, eine Strafe bis zu drei Monaten fest. Der Vorstand der Tapezierer-Innung mag also Abschied von seinen Lieben nehmen; Streikleiter sind aus einem solchen Anlaß mehrfach vom Fleck weg verhaftet worden.

#### Der Lohnkampf im Tapezierergewerbe.

In einer Mitgliederversammlung des Tapeziererverbandes, die gestern Abend in der großen Saal in der Sophienstraße samt den Galerien bis auf den letzten Stehplatz füllte, berichtete der Präsidialvorsitzende Wels über die Situation, die er als durchweg günstig für die Gehaltschancen bezeichnete. 95 Geschäfte, die 693 Tapezierergehülften beschäftigen, haben bewilligt. Dazu kommen 450 Arbeiter, die nicht ausgesperrt wurden, so daß im ganzen 1143 Kollegen in Arbeit stehen. Ueber sind nur 23 ausgesperrt. Im übrigen erstreckt sich die Aussperrung und der Streik auf 108 Geschäfte. Daß der Verband versucht haben sollte, bei anderen Gewerkschaften Gelder aufzunehmen und abzugeben worden sei, ist nichts als Schwindel. Es stehen eigene Mittel genug zur Verfügung. Unter diesen Umständen haben die organisierten Gehülften den General-

aussperrungsbeschluss, den die Unternehmer planen, in keiner Weise zu fürchten. — Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Mitgliederversammlung sieht dem erweiterten Aussperrungsbeschluss der Unternehmer mit Ruhe entgegen, um so mehr, als der bisherige Verlauf der Bewegung den für die Gehaltschancen denkbar günstigsten Erfolg gehabt hat. Gegenüber den Behauptungen der Innung, die Gehaltschancen habe es an Bereitwilligkeit zu Verhandlungen fehlen lassen, erklärt die Gehaltschancen, wie es schon in dem an die Arbeitgeber versandten Schreiben geschrieben ist, wiederholt, nach wie vor zu Verhandlungen bereit zu sein. Die Verantwortung für die durch die Bewegung erfolgte Schädigung des Gewerbes fällt einzig und allein dem Innungsvorstand zu, welcher jedes Entgegenkommen wiederholt rundweg ablehnt.“

Natürlich fühlt sich die Organisation nicht verpflichtet, unorganisierte Aussperrte zu unterstützen; und deshalb sagte die Versammlung folgenden Beschlusse:

„Im Falle der Annahme der Generalaussperrung in der Generalversammlung der Innung beschließt die Versammlung: unorganisierte Aussperrte erhalten keine Unterstützung. Gegen unorganisierte Gehülften im Einverständnis mit der Verhandlung die Arbeit nieder, so tritt nach erfolgtem Beitritt zum Verband die statutarische Unterstützung in Kraft. Ueber die Aufnahme in den Verband entscheidet die Ortsverwaltung. Auf den Zahlstellen sind keine Neuaufnahmen zu vollziehen.“

Ferner wurde noch beschlossen, daß vom 11. März ab die Arbeitslosen in die Streiklisten eingetragen werden und die Streikunterstützung erhalten sollen.

In einer gestern Abend stattgehabten Generalversammlung der Arbeiter der Tapezierer-Zwangsunione Berlins wurde mit 206 gegen 116 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen beschlossen, Arbeiter ebenfalls auszusperrten.

**Achtung, Schuhmacher!** Die Arbeiter der Schuhfabrik von B. Hubrich, Kaiser Wilhelmstraße 26, haben die Arbeit niedergelagt. Sie hatten dem Fabrikanten einen Lohnantrag vorgelegt. Derselbe lehnte aber jegliche Verhandlung mit den Arbeitern ab. Zugang ist ferngehalten.

Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Der Stand der Aussperrung der Posamentiere wurde in einer Versammlung am Donnerstagabend bei Feuerstein in der Alten Jakobstraße lebhaft besprochen. Die Posamentiere bemühen sich gegenwärtig sehr um die Organisation der Arbeiterinnen und hatten Hl. Heidemann eingeladen, einen Vortrag über die Notwendigkeit der Organisation der Arbeiterinnen zu halten. Sie erledigte ihre Aufgabe mit viel Geschick und erklärte den Frauen und Mädchen, daß sie wahrlich alle Ursache hätten, bei einem Durchschnittdienst von etwa 12 Mark pro Woche, sich zu organisieren, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen. — Ueber den Stand der Bewegung berichtete Silberstein, daß 188 Aussperrte vorhanden seien; vier hätten andere Berufe ergriffen und 13 seien abgereist. Die Unternehmer hätten noch kein Entgegenkommen gezeigt, aber die Arbeiter könnten es ruhig darauf ankommen lassen, denn die Lage der Dinge sei ihnen günstig.

Die Aussperrung dauert bereits 7 Wochen und beginnt den Unternehmern sehr unangenehm zu werden. Sie müssen zu ihrer Verwunderung sehen, daß die Unterstützungskasse immer noch nicht ausgeschüttet, daß sogar ein Mietzuschuß bewilligt worden ist. Vergewaltigen haben sie auf Abtrünnige gewartet, denn die Aussperrten halten fest zusammen. Die notwendigen Arbeiten wurden bisher außerhalb hergestellt, aber die Organisation hat einen tüchtigen Agitator auf Reisen geschickt, der die Kollegen aller Orten auf die Streikarbeit aufmerksam macht und bisher sehr gute Erfolge erzielt hat, denn aus einer Reihe von Städten ist berichtet worden, daß die Kollegen der Posamentenbranche alle Leberzeit verweigern und sich mit den Berlinern solidarisch erklären. Es zirkulieren jetzt „Schwarze Listen“, aber darin sind auch Namen von Leuten verzeichnet, die nicht ausgesperrt sind, so daß persönliche Gefügigkeit angenommen werden muß.

Am 31. März findet eine Gaukonferenz in Forst statt. Die Versammlung wählt Walter Hoffmann als Delegierten. Paul Hoffmann-Rummelsburg wurde noch als Prehkommmissionsmitglied gewählt.

Die in der Stadereibranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bereiten gegenwärtig eine Lohnbewegung vor. Zu diesem Zweck fand am Donnerstag in den „Arminhallen“ eine öffentliche Versammlung jener Berufsgruppe statt, woselbst der Souleitor K. K. vom Textilarbeiterverband über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Stadereiber sprach. Demnach sind die Löhne in den letzten Jahren eher gesunken als gestiegen. Der Durchschnittslohn der Städer beträgt etwa 23 bis 25 Mk., Hesterinnen bringen es auf 10 bis 12 Mk. pro Woche. Durch den Verlust des amerikanischen Absatzmarktes und die starke „Lehrlings“-Ausbildung hat sich die Arbeitslosigkeit ganz erheblich verschlechtert, so daß die „Staderei“, die früher etwa 8 Monate währte, jetzt auf 4 bis 5 Monate zusammengedrängt ist, und zwar entfallen auf die Frühjahrszeit 12 bis 13 Wochen und auf die Herbstzeit 4 bis 5 Wochen. Vereinzelt vor einigen Jahren ist für die Branche schon ein Tarif ausgehandelt worden, der jedoch nicht zur Einführung gelangte, weil die circa 4000 Berufsangehörigen, die in rund 300 Arbeitsstellen größtenteils als Hausindustrielle tätig sind, zu einem einheitlichen und geschlossenen Vorgehen nicht zu bewegen waren. Diesmal ist ein ungleich regeres Interesse für eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verzeichnen. Redner ist der Meinung, daß es nicht unbedingt zum Streik zu kommen brauche, sondern es sehr wohl möglich sei, auf friedlichem Wege eine Verständigung herbeizuführen, wenn die Arbeitgeber, die fast durchweg nur Zwischenmeister der Großkonfektionäre sind, die Sachlage richtig zu würdigen verstehen. — Beschlossen wurde, eine aus 13 Personen bestehende Lohnkommission zu wählen, die eine Tarifvorlage ausarbeiten und mit den Arbeitgebern in Verhandlungen treten soll.

#### Deutsches Reich.

Sämtliche Steinschleifer der Firma G. A. Bruchner in Bunsiedel legten am Donnerstagmittag die Arbeit nieder. Es kamen 79 Mitglieder der freien Gewerkschaften und 5 christlich organisierte in Betracht. Letztere erklärten sich solidarisch. Die Arbeiter sind dadurch einer geplanten Aussperrung zuvorgekommen. Gerade Bruchner ist es gewesen, der sich bei den kürzlich in Oberlahau stattgefundenen Tarifverhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern als der größte Scherzmacher aufspielte. Wenn alle Unternehmer sich zum Nachgeben herbeiließen, oder dazu bereit erklärten, so scheiterte dies immer an der Hartnäckigkeit des Bruchner. Die Arbeiter sollten mit den Verhandlungen hingenommen werden, damit die Unternehmer erst ihre Arbeiten fertig bekommen hätten und dann wäre die Aussperrung erfolgt. Die Arbeiter merken dies aber, und haben den Unternehmern einen dicken Streich durch die Rechnung gemacht. — Zugang nach Bunsiedel von Steinschleifern und Steinbauern ist streng ferngehalten.

Die im Zentralverband organisierten Schneider und Schneiderinnen in Königsberg hoben am Donnerstag früh einstimmig die Arbeit niedergelagt, nachdem alle friedlichen Wege seitens der Arbeiter, eine Einigung zu erzielen, ohne Erfolg geblieben waren. Die Königsberger Schneider und Schneiderinnen erkämpften im Vorjahre 1906 nach dreiwöchentlichem Ausstand einen Lohnantrag, der vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts abgeschlossen wurde. Die Prinzipale verlangten damals den Tarifabschluß nur auf ein Jahr, während die Arbeiter die neuen Bedingungen mindestens auf zwei Jahre festlegen wollten. Der bis zum 1. März 1907 laufende Tarifvertrag hatte eine dreimonatliche Kündigungs-

frist. Damals war hergelesen worden, einige Positionen im Tarif aufzunehmen, und dies führte in der Folge immer zu Streitigkeiten, da die Prinzipale diese im Tarif nicht näher bezeichneten Arbeiten willkürlich bezahlen wollten. Vor dem 1. Dezember 1906, dem Kündigungstage, stellten nun die Schneider und Schneiderinnen durch ihre Vertreter das Ersuchen, diese Positionen für das kommende Vertragsjahr zu berücksichtigen und verlangten gleichzeitig die Wahl eines Schiedsgerichts, bestehend aus gleichen Teilen aus Arbeitern und Arbeitgebern. Anfangs waren die Vertreter des Vereins der Herren-Garderoben- und Uniformbranche auch geneigt, den billigen Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen, zumal die Arbeiter alle Grundpositionen im alten Lohnsache liegen und wieder sogar auf Extrabehalt der zweiten Kragenprobe verzichteten, die im Jahre 1906 die Ursache der Arbeitsniederlegung gewesen war. Dann aber begannen die Prinzipale das alte Manöver; sie begannen die ganze Sache zu verschleppen, allen Verhandlungen aus dem Wege gehend. Da waren die Arbeiter gezwungen, den Tarifvertrag am 1. Dezember 1906 zum 1. März 1907 zu kündigen. Schon seit der letzten Lohnbewegung 1906 war der Verein der Herren-Garderoben- und Uniformbranche dem Arbeitgeberschutzverband beigetreten, dessen Zentrale in München ist, und hieraus erklärt sich auch die schließliche Weigerung der Prinzipale, den Arbeitern auch nur in etwas entgegenzukommen. Kurz vor dem 1. März dieses Jahres reichte nun die Arbeitgeberorganisation den Arbeitern einen Tarifvertrag ein, der, wie es im Begleitschreiben hieß, einfach anzuerkennen war, auf irgend welche Verhandlungen wollten die Arbeitgeber überhaupt nicht eingehen. Der Tarif der Prinzipale enthielt eine ganze Reihe Verschlechterungen; die Preise auf einzelne Positionen waren um 10 Proz. und mehr herabgesetzt. Hinzu aber kam noch, daß die Prinzipale eine weitere Lohnklasse, und zwar eine vierte einführen wollten, und dann verlangten, daß alle Geschäfte ohne Ausnahme nach zwei Lohnklassen abrechnen könnten. Besonders letzteres System hat in den Städten Deutschlands, wo es besteht, so auch in Danzig, zu den schwersten Schädigungen der Arbeiter geführt, und war daher für die Arbeiter von vornherein unannehmbar. Die Schneider lehnten daher den Tarif der Prinzipale ein. In m i g a b; erklärten aber auch noch am Montag, den 4. d. M., den Streik nicht zu proklamieren, besonders da der zweite Vorsitzende des Hauptverbandes nach Königsberg gekommen war, um womöglich doch noch eine friedliche Lösung herbeizuführen. Leider konnte das nicht erreicht werden, und so beschlossen denn die Schneider und Schneiderinnen, wie bereits gemeldet, in einer Versammlung am Mittwoch im Ludwigshof in den Ausstand zu treten. Da es nun einmal so Mode geworden in der Arbeiterbewegung, hat sich auch hier schnell ein „christlicher“ Verein der Schneider gebildet, um das bedrängte Unternehmertum zu retten. Leider haben bisher nur ein Mann mit den Prinzipalen Fühlung gesucht. In einem Privatzimmer fand die erste Konferenz statt, zu der auch Vertreter des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins der Schneider geladen waren. (Diese Organisation zählt hier circa 30 Mann.) Aber der Treuschwur auf das Evangelium der Arbeitereinsparung konnte nicht abgegeben werden, da die Gewerksvereiner erklärten, ohne die Zentralorganisierten Schneider keinen Tarifvertrag abzuschließen. Einmütig werden also die Arbeitgeber ihre Anmacht mit den 11 „christlichen Seelen“ allein abhalten müssen.

#### Die ersten dreihundert englischen Streikbrecher

kamen gestern morgen auf dem englischen Dampfer „Rottingham“ von Grimsby in Hamburg an und wurden auf der Unterelbe bei Blankenese von Schleppdampfern der Hamburg-Amerika-Linie von Bord geholt und nach dem im Rühwärders-Hofenhafen liegenden Schiffe „Ahaetia“ gebracht.

#### Ausland.

Wegen Lohnbewegung der Schneider ist der Zugang nach Kopenhagen (Dänemark) ferngehalten. Reiseunterstützung wird nicht ausbezahlt. Nähere Auskunft erteilt William P. Erup, Komergade 22.

#### Auf offener Straße ermordet.

Ein schweres Verbrechen ist gestern Abend in der neunten Stunde im Norden der Stadt verübt worden. In der Ecke der Kopenhagener- und Sonnenburgerstraße wurde der 32jährige Jemenarbeiter Kalligrama von dem Quarbeiter Lukenahintertrübs erschossen. Rache hat den Täter zu dem blutigen Verbrechen getrieben.

Sowohl der Täter als auch dessen Opfer sind Italiener. Vor längerer Zeit waren sie beide nach Berlin gekommen und hatten hier auf Neubauten gearbeitet. Zuletzt waren sie auf einem Bau in der Reimstraße gemeinsam tätig. Gestern gerieten sie kurz vor Feierabend in einen Streit, bei dem Lukenahintertrübs zog. Er wollte sich nun an seinem Landmanne rächen. Auf dem Heimwege suchte er immer wieder von neuem Streit hervorzurufen. Als die beiden an der Ecke der Kopenhagener- und Sonnenburgerstraße anlangten, zog Lukenahintertrübs ein langes Messer aus der Tasche und stieß es dem nichtstehenden K. hinterwärts in den Rücken. Der Stieß war mit solcher Gewalt ausgeführt worden, daß die Messerspitze bis ans Herz drang. Mit einem Auffrei stürzte der Getroffene davon. Er eilte in die italienische Kneipe von Orsi in der Sonnenburgerstraße 2 und brach dort vor dem Buffet tot zusammen. Man rief noch einen Arzt hinzu, der aber nicht mehr helfen konnte. Der Täter hatte inzwischen die Flucht ergriffen. Mit dem blutigen Messer in der Rechten war er davongestürzt und tief unter den Passanten ungeheuren Schreck hervor. Niemand mochte es, sich dem Mörder entgegenzusetzen und ihn festzunehmen. Erst als Schutzleute hinzukamen, konnte die Verhaftung des K. erfolgen. Er setzte sich zur Wehr und konnte nur schwer gebändigt werden. Die Leiche des getöteten K. wurde polizeilich beschlagnahmt und dem Schauhaufe überwiesen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Streik in den Pariser Elektrizitätswerken.

Paris, 8. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Da die neue Elektrizitätsgesellschaft die Forderungen der Arbeiter zurückwies, sind diese in den Streik getreten. Die Boulevards sind dadurch ohne Hogenlicht, nur spärliche Gaslaternen brennen. Einige Abendblätter konnten nicht erscheinen. In den Bureaus arbeitet man bei Kerzenlicht. Das Erscheinen der Morgenblätter ist unsicher. Im Gemeinderat ist während der Sitzung das Licht erloschen.

Paris, 8. März. (B. T. Z.) Der Beschluß der Elektrizitätsarbeiter, in den Ausstand zu treten, ist darum gefast worden, weil die neue Gesellschaft, welche von der Pariser Stadtgemeinde die Konzession für die elektrische Beleuchtung erhalten soll, sich weigert, ihren Arbeitern die den städtischen Arbeitern zuerkannten Vorteile zu bewilligen.

Paris, 8. März. (B. T. Z.) In der Sitzung des Gemeinderates erklärte der Präfekt des Seine-Departements über den Ausstand der Elektrizitätsarbeiter, daß Maßnahmen ergriffen worden wären, um den plötzlichen Ausstand zu verhindern. Die Arbeiter glauben durch ihr Vorgehen den Gemeinderat zu größerem Entgegenkommen zu bringen, sie befinden sich aber in einem Irrtum. Er gebe ihnen den Rat, die Arbeit wieder aufzunehmen und dem Wohlwollen des Gemeinderats zu vertrauen, der sie jederzeit geschäftigt habe.

#### Straßenbahnstreich in Moskau.

Moskau, 8. März. (B. Z.) Die Bedientesten der elektrifozten Straßenbahn sind wegen Entlassung zweier Angestellter in den Ausstand getreten. Der Straßenbahnverkehr ruht vollständig.

Ergebnis der Reichstagswahl.

Der „Reichs-Anzeiger“ bringt folgendes Vorläufige Ergebnis der ersten ordentlichen Wahlen zur 12. Legislaturperiode des Deutschen Reichstags am 25. Januar 1907, verglichen mit dem endgültigen Ergebnis der gleichen Wahlen im Jahre 1903.

Table with columns: Parteistellung, find von den Kandidaten im ersten Wahlgang gewählt (1907, 1908), abgegeben gültige Stimmen (12. Legislaturperiode 1907, 11. Legislaturperiode 1903), im Wahlgang 1907 (mehr, weniger). Rows include various political parties like Deutsch-Konservative, Deutsche Reichspartei, etc.

Reichstag.

18. Sitzung vom Freitag, den 8. März 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Derenburg, Freiherr v. Rheinbaben, Freiherr v. Stengel. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Kolonialnachtragsetats: 29.220.000 M. für das südwestafrikanische Schutzgebiet und 8.900.000 M. für den Bau der Bahn von Kubub bis Reetmannshoop.

Unter Ablehnung eines Antrages Hompeich (Z.), den ersten Nachtragsetat nur in Höhe von 20.000.000 M. zu bewilligen, werden die beiden Nachtragsetats gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und der Sozialdemokraten debattellos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, die 8.900.000 M. für den Bahnbau in Form eines Darlehens vom Reich an das südwestafrikanische Schutzgebiet zu gewähren; er wird debattellos angenommen.

Eine Reihe von Rechnungssachen wird ohne wesentliche Debatte der Rechnungskommission überwiesen. Bei der Beratung der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Schutzgebietes Kiautschou für 1904 und 1905 tadelt Abg. Erzberger (Z.) die Unübersichtlichkeit dieser Rechnungslage, die jede Kontrolle durch den Reichstag und den Rechnungshof unmöglich mache.

Die Angelegenheit wird der Rechnungskommission überwiesen, ebenso debattellos einige weitere Rechnungssachen.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: Die Interpellationen Albrecht u. Gen. (Soz.) und Ablaß (fr. Sp.) über die Rechtsfähigkeit der Verurteilten, Hompeich (Z.) und Wasser-mann (natl.) über die Strafprozessreform.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung, Freitag, den 8. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Breitenbach. Die zweite Beratung des Eisenbahnetats wird fortgesetzt. Zur Besprechung steht zunächst die Personalreform. Hierzu liegen zwei Anträge vor. Ein Antrag Bachmann (natl.) fordert Ermäßigung der Personalentlohnung mit Rücksicht auf die durch die Fahrkartenerhöhung hervorgerufene Verteuerung und Verschiebung in der Benutzung der einzelnen Wagenklassen.

Abg. v. Södelberg (L.): Die Fahrkartenerhöhung hat große Beunruhigung hervorgerufen. Es scheint meinen Freunden fast besser, das Reich mit einem Pauschalquantum abzugeben und die Fahrkartenerhöhung aufzuheben.

Abg. v. Brandenstein (L.) bittet, die Arbeiterwohlfahrten, welche zur Fahrt von den Großstädten in die Vororte benutzt würden, zu befreien! Die Arbeiterfahrkarten dürften nur zur Fahrt in die Großstädte benutzt werden!

Abg. v. Arnim (L.) verlangt, daß der sogenannte Radverkehr nicht auf andere Städte als Berlin ausgedehnt würde!

Abg. v. Böttlinger (natl.), regt die Einführung von Jahresabonnementskarten an.

Abg. v. Böhlendorff-Alpin (L.): Dieser Personalreform kann ich nicht das geringste Lob entgegenbringen. Da haben wir die Gepädmißere, die Verteuerung und andere schwerwiegende volkswirtschaftliche und politische Gesichtspunkte. Ich war im Reichstag gegen die Fahrkartenerhöhung. Ich würde es auch heute noch sein, aber eine Verteuerung von Bier und Tabak verlangen, die aus Gründen nicht sachlicher Natur damals abgelehnt ist.

Abg. Gamp (fr.): Der Redner wird wohl selbst die Empfehlung haben, daß er für seine Rede hier im Hause einen sehr

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Eine Reform der Personalentlohnung, die wir seit Jahren gefordert haben, wird heute allseitig als notwendig anerkannt. Nur ist die Mehrheit der Ansicht, daß die Haupt-sache eine Vereinfachung der Tarife ist, während wir die Vereinfachung für das Wesentliche halten.

Abg. v. Södelberg (L.): Keine politischen Freunde sind der Ansicht, daß wir bei der Tarifreform erst einmal abwarten wollen, wie sich die Sache entwickelt. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Schnellzugzuschläge eine außerordentliche Verteuerung darstellen. Die vorliegenden Anträge Dr. Kronshorn werden wir ablehnen.

Minister Breitenbach: Die Personalentlohnungsreform bewegt sich im wesentlichen in der Richtung einer Resolution des Hauses aus dem Jahre 1906. Wenn Dr. Friedberg uns also mildernde Umstände zubilligen will, so muß er sie auch dem Hause zubilligen. (Weiterlekt.) Bei der Fahrkartenerhöhung bitte ich Sie doch zu bedenken, daß weder der ursprüngliche Preistempel noch die Fahrkartenerhöhung in ihrer heutigen Form zur Freude des Verkehrsministers eingeführt ist.

Abg. v. Lusk (L.) befürwortet folgenden Antrag der Abg. von Heidebrand (L.) und Fern. v. Jedlich (fr.): „Darauf hinzuwirken, daß die Fahrkartenerhöhung in eine andere, die Einnahmen des Personalentlohnung minder schädliche Form gebracht werde.“

Abg. Dr. v. Dohlem (Z.): Dr. Wiemer sollte den Antrag seiner Fraktion lieber im Reichstag einbringen, wo die Freisinnigen die ausschlaggebende Partei sind, die ja auch die letzte Rate für die Hochleistungs- in der Budgetkommission durchgebracht hat.

Abg. Dr. Wagner (L.) bezeichnet die Berechnung der Fahrpreise im Radverkehr als Plasmacherei und befürwortet die Beibehaltung der Sonntagskarten.

Abg. Dr. Gerlach (fr. Sp.): Die erhöhten Fahrpreise für Reisen können wohl die großen Firmen tragen, nicht aber die kleinen und der Mittelstand. Den Kauf von Rundreife Fahrkarten sollte man nicht erleichtern als bis jetzt vorgesehen ist, indem man die Geltungsdauer verlängert und die Strecken verkürzt. Zum mindesten sollte man in Personenzügen das Gepäd auch ohne Fahrkarten mitführen lassen; denn die Gepädswagen, die als Schutzwagen mitlaufen müssen, rentieren sich gut. Ein Gepädwagen der Strecke Berlin-Basel bringt 2000 M., ein Personenzug der dritten Klasse nur 1600 M. (Weisfall links.)

Minister Breitenbach: Die Anregungen des Vorredners zur Ausdehnung des Rundreifeverkehrs sind beachtenswert. Sie sollen geprüft werden. Dem Radverkehr widmen wir unsere Aufmerksamkeit, um die Schnellzüge zu entlasten. Den Sonderzugverkehr wollen wir aufrecht erhalten. Für Sängerkorps sind auch bisher keine Ermäßigungen gewährt. Es sind höchstens Sonderzüge eingelegt.

Abg. v. Brandenstein (L.) bittet, die Arbeiterwohlfahrten, welche zur Fahrt von den Großstädten in die Vororte benutzt würden, zu befreien! Die Arbeiterfahrkarten dürften nur zur Fahrt in die Großstädte benutzt werden!

Abg. v. Arnim (L.) verlangt, daß der sogenannte Radverkehr nicht auf andere Städte als Berlin ausgedehnt würde!

Abg. Dr. v. Böttlinger (natl.), regt die Einführung von Jahresabonnementskarten an.

Abg. v. Böhlendorff-Alpin (L.): Dieser Personalreform kann ich nicht das geringste Lob entgegenbringen. Da haben wir die Gepädmißere, die Verteuerung und andere schwerwiegende volkswirtschaftliche und politische Gesichtspunkte. Ich war im Reichstag gegen die Fahrkartenerhöhung. Ich würde es auch heute noch sein, aber eine Verteuerung von Bier und Tabak verlangen, die aus Gründen nicht sachlicher Natur damals abgelehnt ist.

Abg. Gamp (fr.): Der Redner wird wohl selbst die Empfehlung haben, daß er für seine Rede hier im Hause einen sehr

geringen Resonanzboden hat. Bei der Fahrkartenerhöhung sind viele Fehler gemacht, namentlich sind die Abkürzungen zu groß. Ferner ist durch Befreiung der Radfahrkarten ein ganz anderes Prinzip in die Angelegenheit hineingetragen. Eine systematische Nachprüfung ist deshalb nötig.

Der Antrag Kronshorn wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Antrag Bachmann gegen die Stimmen der National-liberalen und Freisinnigen abgelehnt. Der Antrag v. Heidebrand wird gegen die Stimmen des Zentrums angenommen.

Nunmehr kommen Zugverbindungen zur Besprechung. Abg. Jungheun (natl.) dankt dem Minister, daß er jetzt endlich Zugverbindungen zwischen Hanau und Frankfurt a. M. eingeführt habe.

Abg. Baensch-Schmidtlein (fr.) verlangt allerlei bessere Verbindungen. Abg. Dr. Dohlem (Z.) bittet um bessere Schnellzugsverbindungen zwischen Koblenz und Berlin und bessere Verbindungen zwischen Frankfurt a. M. und dem Rheingau.

Abg. Hübner (fr. Sp.) wünscht bessere Zugverbindungen für Liegnitz. Abg. Bismann (natl.) bittet den Minister, bessere Nachmittagszüge zwischen Liegnitz und Breslau zu schaffen.

Abg. Stull (Z.) wünscht bessere Verbindungen nach Reife und bessere Anschlüsse für die Stadt Biegenhals.

Abg. Schmitz-Eberfeld (fr. Sp.) wünscht Anschluß des bergischen Landes an den großen internationalen Durchgangsverkehr. Nachdem noch die Abg. v. Brackhausen (L.), König (Z.), Pieder (fr.), Hacheisen (Z.) lokale Wünsche geäußert haben, verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Eisenbahnetat, Budget.) Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.

Vorher in der Beratung des Postetats fortgefahren wird, kommt zur Erledigung das Eisenbahnetat, soweit es sich auf den Postetat bezieht. Es werden ohne erhebliche Debatte vor-schlagsweise bewilligt eine große Menge Postgebäudeerweiterungen und Neubauten. Für die Erweiterung eines Grundstücks in der Französischen Straße zu Berlin, auf welchem ein großes Postamt errichtet und in welchem die drei jetzigen Kammern unter den Linden, Taubentstraße und Behrenstraße vereinigt werden sollen, werden als erste Rate 601.000 M. verlangt. Abgeordneter Singer kritisiert den außerordentlich hohen Preis und verlangt Ablehnung der Forderung. Es sei zweifellos möglich, in dieser Gegend für einen billigeren Preis ein passendes Grundstück zu haben. Außerdem wendet sich Singer gegen die Belastung einer großen ersten Hypothek auf dem Grundstück, die zu dem hohen Zinssatz von 4 Proz. verzinst werden soll. Das Reich sei doch zweifellos in der Lage, das Geld billiger zu bekommen. Der Staatssekretär gibt zu, daß der Preis sehr hoch sei. Von Singer und Südekum werden noch große Bedenken gegen die Zusammenlegung der Postämter Taubentstraße und unter den Linden geäußert. Ferner verlangt Südekum mehr Vorauszahlung in der Grundstückserwerbung. Die Entschuldigung des Staatssekretärs, daß man nicht wisse, wohin sich der Verkehr ziele, erscheint sehr lahm.

Die Postämter für Grundstückserwerbung in der Französischenstraße wird dem Antrage des Abgeordneten Singer entsprechend einstimmig abgelehnt.

Die Budgetkommission wendet sich nunmehr wieder der gestern abgeordneten Debatte über die allgemeinen Postverhältnisse zu. Dabei kommt es zu einem kleinen Zusammenstoß zwischen Erzberger und den Nationalliberalen. Abgeordneter Paasche botte die Ortsportoerhöhung als einen Risikofakt bezeichnet, und Erzberger warf nun Paasche vor, daß er genau so viel Schuld tragte wie das Zentrum; die Ortsportoerhöhung sei ein Kompromiß zwischen den Mehrheitsparteien gewesen. Im übrigen sucht Erzberger die Maßregel zu rechtfertigen.

Aus der Mitte der Kommission wird eine Reihe Vorschläge für Verbesserungseinrichtungen gemacht. Abgeordneter Südekum schlägt wesentliche Vereinfachung bei der Postanwendungsbefreiung vor, etwa dergestalt, daß bei der Post ähnliche Klassen mit Quittungsfortleiteneinrichtung aufgestellt werden, wie man sie heute in jedem größeren Laden findet. Abgeordneter Semler unterstützt den Vorschlag sehr lebhaft. Valtmann wünscht Zulassung von telegraphischen Anweisungen nach den Kolonien, Kopich fragt, wie hoch die Einnahmen aus den Geldstrafen der Beamten bei der Post sind; es wird mitgeteilt, daß dieselben 1901 38.780 M., 1905 27.585 M. betragen haben, also trotz Vermehrung der Beamten wesentlich zurückgegangen sind. Aus will scheinen, daß sie noch immer außerordentlich hoch sind. Verschleudere der Wünsche sollen einer Prüfung unterzogen werden, so auch der vielfach geäußerte Wunsch auf Herabsetzung der Telephongebühren auf dem Lande.

Die Postentgeltgebühren betragen rund 202 Millionen Mark, 13 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Fast in allen Stellen sind Berechnungen eingeleitet. Es liegen hierzu mehrere Anträge auf Erhöhung der Gehälter vor. Von den Genossen Singer, Südekum und Goldstein wird beantragt: Die Kommission wolle beschließen: Kap. 55 Tit. 28 anstatt 23.400 Unterbeamte im Landpostdienst, Postenpostdienst und Leitungs-ausschreiberdienste sowie im Ortsdienste bei Postagenturen von 800 Mark bis 1000 M., zu setzen: von 900 M. bis 1100 M. Außerdem unterstützt die sozialdemokratische Fraktion folgenden vom Zentrum eingebrachten Antrag: Kap. 55 Tit. 19 anstatt 475 Unterbeamte von 1000 bis 1500 M., zu setzen: von 1000 bis 1600 M.; Kap. 55 Tit. 22 anstatt 32.953 Ober-Postassistenten usw. von 1500 bis 3000 M., zu setzen: von 1800 bis 3600 M.; Kap. 55 Tit. 23 anstatt 3951 Vorsteher von Postämtern III. Klassen (Postverwalter), davon 3046 mit Gehältern von 1500 bis 3000 M., zu setzen: von 1800 bis 3600 M.; Kap. 55 Tit. 25 anstatt 43.475 Unterbeamte von 900 bis 1500 M. und 79 Postassistenten von 1000 bis 1500 M., zu setzen: von 900 bis 1600 M., bezw. von 1000 bis 1600 M.

Der Vorschlag will einen Antrag auf Gehaltserhöhung für die Postsekretäre einbringen. Alle diese Anträge werden zurück-geschickt. Die Debatte darüber soll verbunden werden mit einer allgemeinen Besprechung über Gehaltsverhältnisse, Teuerungszulagen und Veränderung in der inneren Organisation des Postdienstes. Die geforderten Stellen an sich werden ohne erhebliche Debatte bewilligt, nur bei der Anforderung für die Vorsteher von Kammern I. Klasse entspinnt sich eine kleine Auseinandersetzung über die Verwendbarkeit von betriebsverordneten Offizieren im Postdienst und bei der Reuanforderung von 31 Unterdirektoren außer Herr Kopich einige Titel-Kopichmengen.

Die sonstigen persönlichen Ausgaben werden auch bewilligt, darunter der Betrag von 50.000 M. für Beamteneinrichtungen zur Erbauung von Gesehungshäusern. Abgeordneter Südekum empfiehlt die Errichtung von Waldholungsstätten. Abgeordneter Kopich will von solchen Ausgaben nichts wissen, und der Zentrumsgewählte Hompeich stimmt ihm zu. Diesen Auffassungen tritt Singer sehr entschieden entgegen; man solle im Gegenteil diese Einrichtungen erweitern und dafür sorgen, daß die Anstalten nicht bürokratisch reglementiert und in bezug auf Leistung nicht unter die geistige Vormundschaft der Anstaltsleitung gestellt werden. Die überwiegende Mehrheit der Kommission und die Regierungsbereiter stimmen dem Abgeordneten Singer zu. Die Weiterberatung wird nun vertagt. Nächste Sitzung Dienstag; zur Beratung steht der Militäretat, soweit derselbe durch das Notetatsgesetz berührt wird.

Die Reichstagskommission, welche den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 zu beraten hat, begann gestern ihre Arbeit. Zunächst wurde das Gesetz selbst in erster Lesung erledigt. Der § 1 des Gesetzes schreibt vor, daß im Jahre 1907 für den Umfang des Reiches eine Berufs- und Betriebszählung und in Verbindung damit eine Zählung der Personen, für die Beiträge zur reichs-gesetzlichen Invalidenversicherung entrichtet werden, ferner der Personen, welche auf Grund der Reichsgesetze Unfall- oder Invalidentrenten beziehen, und endlich der Witwen- und Waisen vorgenommen werden soll. Angeregt wurde, daß die Zählung in Zukunft regelmäßig alle zehn Jahre stattfinden möge. Eine Resolution, in welcher dies gefordert wird, soll dem Plenum zur Annahme empfohlen werden. Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes regeln die Arbeiten, welche durch die Zählung veranlaßt werden, in derselben Weise, wie es bei der Zählung im Jahre 1895 der Fall war und sich im allgemeinen bewährt hat. Die Bestimmungen wurden nach unvollständiger Debatte unverändert angenommen. Nur § 3 des Entwurfs bildete eine Ausnahme. Nach diesem Paragraphen dürfen sich die vorzulegenden Fragen, abgesehen von dem Personen- und Familienstande, nur auf die Berufsverhältnisse, und zwar bei Waisen unter 18 Jahren und Witwen auch auf die des verstorbenen Vaters oder Ehemannes und auf die reichs-gesetzliche Unfall- und Invalidenversicherung beziehen. Jedes Einbringen in die Vermögens- und Einkommensverhältnisse ist ausgeschlossen. Hierzu beantragte der nationalliberale Abg. Trennmann, die Regierung zu ersuchen, in die Berufs- und Betriebszählung auch die Frage nach der Religion aufzunehmen, wie es bei der vorigen Zählung der Fall gewesen sei. Gegen diesen Antrag sprachen sich die Vertreter der Regierung sehr eifrig aus. Sie versicherten, daß durch diese Frage ohnedies bekannte Tatsachen bestätigt würden; die Frage bedeute daher eine nutzlose Belastung der Statistik. Außerdem würde durch die Frage und deren Bearbeitung die Kosten der Zählung, die sich ohnedies auf 4 Millionen Mark belaufen, um 30 000 M. erhöhen. Eine solche Mehrausgabe könne der Etat des Reiches nicht ertragen. — Die große Mehrheit der Kommission stellte sich aber auf den Standpunkt, daß kein Grund vorliege, die Frage der Religionszugehörigkeit der Berufsangehörigen aus der Statistik fortzulassen. Ganz besonders wurde es zurückgewiesen, daß eine Mehrausgabe von 30 000 M. das Reich veranlassen könnte, von einer an sich wünschenswerten Frage bei dieser Statistik abzusehen. Der Antrag des Abg. Trennmann wurde demnach mit 8 gegen 4 Stimmen angenommen. Ferner wurde die Frage aufgeworfen, ob der Reichstag befugt sei, die Fragebogen zu einem Teil des Gesetzes zu machen und so die Regierung zu zwingen, entweder die vom Reichstag gewünschten Änderungen des Fragebogens anzunehmen oder das ganze Gesetz abzulehnen, so daß die geplante Zählung gar nicht zur Ausführung gelangt. Die Vertreter der Regierung sprachen sich dahin aus, daß die Fragebogen nicht zu dem Gesetze gehören, der Reichstag daher nur Wünsche bezüglich der vorzunehmenden Änderungen äußern könne; selbstverständlich sei es, daß die Regierung die Wünsche in entgegenkommendster Weise prüfen und ihnen gern nachkommen werde, soweit es irgend möglich sei. Der konservative Abgeordnete Dr. Dröschner, welcher Direktor des großherzoglich sächsischen Amtes im gelobten Medienburg-Schwerin ist, verteidigte die Fragebogen gegen die Statistiker so gründlich, daß die Statistiker sich nicht anders helfen konnten, als sich der Reichstagskommission anzuschließen. Dem wurde von allen Mitgliedern der Kommission widersprochen: Der Reichstag habe fraglos das Recht, die von ihm gewünschten Fragen in das Gesetz selbst einzufügen. Zweckmäßig erweise diese Verfahren aber — falls nicht besondere Gründe für ein solches Vorgehen vorliegen — nicht. Daher beschloß die Kommission, die von ihr als zweckmäßig ersetzten Änderungen des Fragebogens vorläufig in Form von Resolutionen als Wünsche auszusprechen, und befiel sich vor, wenn nötig, in der zweiten Lesung diese Änderungen in das Gesetz einzuschalten.

### Aus der Partei.

Die Parteidebatten nach den Wahlen überschreibt die „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel, der sich als erster einer Serie gibt. Wir entnehmen daraus:  
„Diesmal ist nicht sowohl, wie ehemals, die „Leipziger Volkszeitung“, sondern der „Vorwärts“ das Karneval, das angeblich angefangen haben und tatsächlich abgeschlachtet werden soll. Wir könnten unserem Berliner Brüderrödel diesen Vorzug beinahe neiden, wenn wir nicht christlichweise gestehen müßten, daß es ihn redlich verdient hat. Die klare und prinzipientreue Haltung, die der „Vorwärts“ seit seinem bekannten Redaktionswechsel beobachtet hat, ist zweifellos im höchsten Grade geeignet, den Jörn der „Neuen Gesellschaft“ zu erregen. Und wenn die Geschlechter dieses Organs oder verwandte Seelen sich nun gar über die geistigen und technischen Redaktionsleistungen des „Vorwärts“ zu Richtern aufwerfen, aus einer Sachkenntnis heraus, die sie entweder gar nicht oder nur in ganz unzureichendem Maße besitzen, so ist der „Vorwärts“ deshalb nicht weniger ein fleißiges und tüchtiges Arbeiterblatt, wie es die Partei seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes als Zentralorgan noch nicht beßeren hat.  
Dies ist nicht etwa nur unsere Meinung, sondern die Meinung der Arbeitermassen, die sich deutlich in dem Zuwachs von 38 000 Abonnenten befindet, die der „Vorwärts“ unter seiner neuen Redaktion erworben hat.“ Das ist gewiß nicht ausschließlich Verdienst dieser Redaktion, aber doch immerhin ein Beweis dafür, daß ihre Tätigkeit den Arbeitermassen ebenso gefällt, wie sie den drei oder acht Parteimitgliedern, die um die „Neue Gesellschaft“ wimmeln, unverbäulich sein mag. Auch bei der denkbar höchsten Einschätzung dieser intellektuellen Kräfte ist es tausendmal besser so, als wenn es umgekehrt wäre...  
... Wenn die Arbeiter einen Widerwillen gegen das „Literatengestank“ hegen, und ihn auch da äußern, wo es sich um eine kritische Auseinandersetzung über wichtige Probleme handelt, so nimmt es sich nicht gut aus, wenn sie schweigend diesen sich nun schon manchen Woche hinziehenden Sclandalen zusehen. Die „Doktriner“ und „Marxisten“ haben dem Widerwillen der Arbeiter gegen „Literatengestank“ diesmal alle Rechnung getragen, was wir ihnen nicht weiter zum Ruhme anrechnen wollen, da es ihnen keine besondere Selbstüberwindung gekostet haben kann, den immer wieder aufgewärmten Kohl der Braun und Bernbard passieren zu lassen. Aber wenn sie dem Wunsche der Arbeiter gern entgegenkommen sind und an ihrem Teil jedem „Literatengestank“ vorbeugen, so sollten nun allerdings die Arbeiter einen Zustand zu befehlen wissen, von dem sie am wenigsten behaupten können und werden, daß er der Partei zur Ehre oder zum Vorteil gereiche.  
Man kann nun freilich sagen: der ganze Spul ist nicht der Rede wert; er hängt ja selbst schon der bürgerlichen Presse zum Halse heraus, und wenn er noch ein paar Wochen andauert, so kränkt nicht einmal mehr der letzte Kuli des Reichsverbandes danach. Das ist allerdings ein ganz beachtenswertes Argument und ein sehr tröstliches dazu: Wenn es den Bernbard und Braun nach den Wahlen von 1903 noch gelang, mit Hilfe des Herrn Harden eine große Parteifeche zu veranstalten, so fallen ihre gleichen Bemühungen nach den Wahlen von 1907 platt zu Boden, was denn ein neuer und nicht am wenigsten teistiger Beweis für die erfolgreichen Fortschritte ist, die die Partei seit 1903 gemacht hat. Aber die Sache hat doch noch eine Reihseite, die von unserem Dortmunder Brüderrödel hervorgehoben worden ist: hätte ein proletarisches Parteimitglied sich den zehnten Teil von dem geleistet, was sich die Bernbard und Braun seit den letzten Wahlen geleistet haben, so wäre ihm längst die Stelle gewesen worden, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Insofern hinterläßt diese ganze Episode doch einen peinlichen Eindruck.“

### Wanderung der Parteiaktivität?

Die „Frankische Tagespost“ zu Nürnberg schreibt am Schluß eines so überausrednerischen Leitartikels:  
„Es war in den Jahren vor den letzten Wahlen ziemlich still bei den Revisionisten. Sie fügten sich in das Unabänderliche und sie gaben die Hoffnung auf, die Partei in ihre Gedankengänge zu treiben. Nun meinen sie, daß nach den Wahlen ihre Zeit wieder gekommen ist, nun hoffen sie, daß die Unzufriedenheit über das Wahlergebnis gegen die Taktik unserer Partei ausgebeutet werden kann, daß man die Beschlüsse von Dresden und Jena umgeschwenken machen könne und daß ihre Anschauungen maßgebend werden könnten für die künftige Richtung der Sozialdemokratie. Das ist mehr wie naiv. Das läßt auf keine tiefe Kenntnis der Stimmung unter den Arbeitern, auf keine klare Anschauung von der Entwicklung der wirtschaftlichen Dinge, auf keine richtige Deutung des Wahlergebnisses vom 23. Januar 1907 und von den darauffolgenden Stichwahlen schließen. Alles spricht gegen eine Taktik der Revisionisten, wie sie heute in Deutschland fast nur von Organen privater Natur, wie von den „Sozialistischen Monatsheften“ und der „Neuen Gesellschaft“ vertreten werden.  
Alles und in erster Linie die fast einmütige Haltung der gesamten Parteipresse und nicht zuletzt die starke Gleichgültigkeit, die den mannigfachen revisionistischen Vorschlägen gegenüber an den Tag gelegt wird, sprechen für eine Betonung der radikalen Prinzipien innerhalb der Partei, für eine Kräftigung des Klassenkampfstandpunktes, für ein energischeres Eintreten für den Kernpunkt unserer Bestrebungen gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, für die Eringung einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung! Dielem Ziele das Hauptgewicht unserer Agitation zuzuwenden, entspricht der Stimmung und dem gesunden Instinkte der proletarischen Massen, die sehr wohl, wie sie das in den Gewerkschaften und Genossenschaften beweisen, auch die Gegenwartsarbeit unserer politischen Partei zu würdigen verstehen, die aber von dieser Gegenwartsarbeit die eigentlich sozialistischen Bestrebungen nicht übersehen lassen wollen.  
Mit der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung muß sich der Kampf der Klassen zuspitzen, muß die Schiedung zwischen den Anhängern und Gegnern der herrschenden Gesellschaftsordnung immer deutlicher und schärfer werden. Dies erklärt den scheinbaren Rückschlag unserer Partei bei den letzten Wahlen, es bestätigt die Richtigkeit der in den Beschlüssen von Dresden und Jena niedergelegten Taktik und beweist die absolute Ausschließlichkeit der revisionistischen Bestrebungen.“

### Die „Märkische Volksstimme“ schreibt zum Artikel Siedelums in der „Neuen Gesellschaft“:

Der Umstand, daß Genosse Braum selbst Herausgeber einer Zeitschrift ist, darf ihm keinesfalls das Vorrecht einräumen, unter Umgehung des Justizweges sich öffentlich an der Redaktion des „Vorwärts“ zu reiben. Zudem ist dem Genossen Braum wie auch dem Genossen Siedelum seit Wochen bekannt, daß am 9. und 10. März in Berlin eine Konferenz der Parteiredakteure stattfindet, in der alle die Ausgestaltung und politische Haltung der Parteipresse betreffenden Fragen einer gründlichen, durch feinerlei Rücksichtnahme beschränkter Aussprache unterzogen werden sollen. Hier hätten die Genossen Braum und Siedelum ihre Beschwerden und Urteile über das Zentralorgan anbringen können. Aber es liegt System in den Angriffen der „Neuen Gesellschaft“ gegen den „Vorwärts“. Unmittelbar vor dem Mannheim erschien der Artikel Stampfers, unmittelbar vor der Presskonferenz der Artikel Brauns. Die dem Treiben muß ein Ziel gesetzt werden! Wie erklären ausdrücklich, daß wir von den in Betracht kommenden Stellen, in erster Linie vom Parteivorstand erwarten, daß sie endlich Mittel und Wege finden, um dem „alten Spiel“, das ein verderbliches, parteifühligendes Spiel ist, ein für alle Mal ein Ende zu bereiten.“

Zu der Erklärung des Genossen Linde-Königsberg, Parteisekretärs für Ostpreußen, gegen die „Neue Gesellschaft“ wird uns aus Danzig vom Parteisekretär für Westpreußen, dem Genossen Artur Crispian, geschrieben, daß er sich dieser Erklärung anschließt. Alles was Linde für Ostpreußen ins Feld geführt habe, gelte auch für Westpreußen.

Ein Sozialdemokrat als Beigeordneter bestätigt. Der Erbpächter P. von Ladiges in Stokeldorf und der Brauergeselle Otto Ridel in Fadenburg sind als Beigeordnete des Vorortes der Gemeinde Stokeldorf bestätigt und verpfichtet worden. — So lautet eine amtliche Bekanntmachung der Regierung von — Oidenburg. — Genosse Ridel ist Mitglied des Zentralvorstandes der sozialdemokratischen Partei für das Fürstentum Lübed.

### Das Begräbnis eines deutschen Sozialisten in Paris.

Paris, 7. März. (Fig. Ver.) Am Mittwoch wurde Paul Trapp begraben. Vom todeslosen Krankenhaus Hotel Dieu hat ihn eine internationale Schar: Deutsche, Franzosen, Russen zu Grabe getragen. Weit hinaus nach dem Friedhof von Vaugueux, wo diejenigen liegen, denen ihre Familie keine Grabstätte zahlen kann. Dem die „Gleichheit“, die über allen Amtsdoren der Republik und auf allen Geldstädten jetzt sogar zweimal angestrichen wird, besteht in Wirklichkeit noch nicht einmal vor dem Tode... Unter der roten Fahne, unter der Trapp von Jugend an gekämpft, hat er seinen letzten Weg zurückgelegt. Das schwarzumflossene Banner des deutschen Volkessoldaten des Arzengangs und die roten Schleißen der vom Klub und vom internationalen Sekretariat der Buchdrucker gespendeten Kränze leuchteten an schwarzen Wagen. Viele bekannte Genossen hatten sich eingefunden, um von dem der Bewegung so jäh Entzweifenen den letzten Abschied zu nehmen. So Altemane, in dessen „Parti Socialiste Duvrier Revolutionnaire“ Trapp einst seine politische Arbeit in Frankreich geleistet hat, mehrere sozialistische Gemeinderäte, Delegierte der französischen Partei und ein Vertreter des Brüsseler deutschen Arbeitervereins. Als der Zug nach einer einstufigen Marsch den Friedhof erreichte, waren es noch gut 200 Genossen und Genossinnen, die zum offenen Grabe traten: zumist alte und junge Mitglieder des Revellids, aber auch Grabschutze aus der Buchdruckerbewegung und Genossen der französischen Partei. Für den Klub hielt Genosse S. h. e. r. eine ergreifende Ansprache, worin er den lautereren Charakter des Verstorbenen und seine ohne Unterlaß vollbrachten Leistungen für die proletarische Sache würdigte. Für die französische Partei sprach Jean Longuet, der insbesondere hervorhob, daß Trapp mit seinem Eifer und seiner Fähigkeit in der Organisationsarbeit ein Lehrmeister der französischen Arbeiter gewesen ist. Der Delegierte des französischen Buchdruckerverbandes und des internationalen Buchdruckersekretariats, Genosse K. u. f. e. r., schilderte Trapps gewerkchaftliche Arbeit, die in ihrem Anfang wie in ihrem Ende symbolischen Ausdruck gefunden hat. Als Dreiundzwanzigjähriger ist Trapp von Berlin nach Paris gegangen, um seinen in den Auslands getretenen Kameraden den Kampf zu erleichtern. Eine Tat der Solidarität war es, die ihn im vorigen Jahre um seinen Arbeitsplatz gebracht und bitterer Not ausgeführt hat. Zwischen diesen beiden Begebenheiten liegen fast drei Jahrzehnte rastloser, unermüdlicher, opferwilliger gewerkchaftlicher Betätigung. Trapp kam in einer Zeit nach Paris, wo der durch den Krieg entzündete Chauvinismus den Deutschen den Aufenthalt sehr unerträglich machte. Aber seine Rechlichkeit, seine durch nichts zu erschütternde proletarische Solidarität hat seinen Werkstatkollegen bald Achtung abgerungen und viele zum Nachdenken gebracht. In der Organisation der französischen Buchdrucker, die damals noch in bescheidenen Anfängen war, hat er in entscheidender Weise mitgewirkt und besonders wichtige Arbeit vollbracht er, als es galt, die internationale Organisation zu schaffen. Die Kollegen werden dieser Dienste eingedenk bleiben und ihre Dankbarkeit zunächst der in größter materieller Bedrängnis zurückgelassenen Witwe beweisen. Der deutsche Arbeiter-Sängerbund beschloß mit einem Choral die Feiertagheit. Weihen und rote Ketten fielen mit den Erdschollen in die Grube.

Arbeiterbewegung in Spanien. Eine große Mühseligkeit enthalten die Genossen nicht nur für die bevorstehenden Wahlen, sondern auch in der Agitation für die Stärkung der einzelnen Vereine und Gruppen. Die aufgelöste Gesellschaft der Landarbeiter „La Redentora“ hat sich wieder konstituiert: Der Maurerverband „El Trabajo“ in Madrid hat festgestellt, daß jeder Genosse, der vom 1. März an mehr als acht Stunden arbeite — nach der Vereinbarung mit den Unternehmern vom 30. Juni 1900 ist den Maurern der Achtstundentag gewährleistet, er wird aber in der Praxis wenig eingehalten — aus dem Verband unwiderrüchlich ausgeschlossen sein soll; weiterhin wurde die Bescheidung des internationalen Kongresses in Stuttgart von verschiedenen Korporationen aus beschlossen; vielfach wurden auch in der Provinz Protestversammlungen gegen die Verurteilung des Genossen Acevedo abgehalten.

Ueber ein sozialistisches Tageblatt verfügen nunmehr auch die japanischen Sozialisten. Die erste Nummer des „Seimin Shimbu“ („Volkszeitung“) ist dadiert vom 19. Januar. Neben dem japanischen Text enthält das Blatt auch einen Teil in deutscher Sprache, wodurch die europäischen und amerikanischen Genossen in den Stand gesetzt werden, sich über die Entwicklung des Sozialismus in Japan zu unterrichten. Die erste Nummer wurde in einer Auflage von 30 000 in der Hauptsache in Tokio und in Osaka abgesetzt. Die Redaktion des „Seimin Shimbu“ liegt in den Händen der Genossen Koto, Kishikawa und Sakai, die schon das Wochenblatt gleichen Namens in den Jahren 1903 bis 1904 bis zu seiner Unterdrückung durch die Polizei geleitet haben. Die Ausbreitung des Sozialismus in Japan ist um so bedeutungsvoller, als das japanische Volk einen großen Einfluß ausübt nicht bloß auf die mongolische Rasse, sondern auf den ganzen asiatischen Kontinent überhaupt.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse. Wegen Verleumdung der Kaiserlichen Eisenbahndirektion wurde Genosse Schildbach von der „Nordhäuser Volkszeitung“ zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Er hatte den Betrieb anlässlich der Tötung eines Brenners beim Rangieren kritisiert. Dabei hat er von Blumseherei geschrieben. Der Staatsanwalt hielt eine ziemlich politische Rede, worin er der „Volkszeitung“ Verhörung der Arbeiter vorwarf usw. Er beantragte indes 300 M. Geldstrafe, während das Gericht auf die oben angeführte Gefängnisstrafe erkannte.

## Aus Industrie und Handel.

### Kapitalistische Rohproduktion.

Bezüglich die aufsteigende Preisbewegung der Kohle bereits alle Ersparnisse der Technik, des Transporthes und der kapitalistischen Betriebs- und Verwaltungskonzentration, so ist dies vollends in der Rohisenproduktion der Fall.

In dieser Industrie ist man beständig, auch im sonderbaren Zustande, auf Verbesserung der Rentabilität durch alle Mittel, bedacht!

Die hat die rationelle Gestaltung der Verfüllungsmethoden, die gründliche Verwertung der Abfallprodukte für industrielle und landwirtschaftliche Zwecke, die Entwedrigung der laufenden Betriebskosten durch Kraftersparnis, durch erleichterten Transport zum Produktionsprozeß, die Ermäßigung der Kosten, die auf das Rohisen durch die Entwicklung des gemischten Werkes, schließlich die rein lausamäßig erlangten Vorteile durch Zusammenfassung Kräfte gesehen. Die, auf diesem klassischen Boden der großkapitalistischen Produktion ist der mächtige Teil der Produktionskosten durch die ungeheure Verdrängung menschlicher Arbeitskräfte just in den letzten Jahrzehnten mit absoluter Gewißheit nachgewiesen, wie sonst nirgends. Was als einziges gegenwärtiges Moment noch in die Waagschale fällt, der gleichzeitige Aufstieg der Kohlen- resp. Kokspreise, wird durch die Fortschritte der Hochofentechnik selbst behändig geschwächt, die heute mit 0,8 bis 1 Tonne Koks die Tonne Rohisen erzeugt, wo sie früher 2 bis 3 Tonnen benötigte. Was auf Entscheidende den Einfluß der Kokspreise reduziert, ist jedoch die dominierende Stellung der gemischten Werke in der deutschen Montanindustrie, die ihren Bedarf zum großen Teile aus eigenem Geden und, was fortgesetzte Kostenerbilligung bedeutet, in dieser Linie sich beständig orientiert.

Eine Bewegung der Preise nach oben heißt also, den wirtschaftlichen Bedürfnissen zweifach Gewalt antun. Eine konstant verharrende Preislage ließe sich bereits mit dem Konkurrenzbegriff nicht vereinen. Dessen entspricht wie anderwo ein Fall der Marktpreise unter Wahrung eines den durchschnittlichen Verhältnissen angezählten Gewinns. Ihr Steigen macht jede einzelne all der glänzenden technischen und organisatorischen Ertrungsergebnisse illusorisch für die Konsumtion, für die Gesamtheit. Als wären sie nicht gegeben, als zeugten sie nicht von der besten Geistesarbeit des menschlichen Hirns, von der bewundernswerten Hülle der technischen Begabung des 19. Jahrhunderts. So verschwinden sie vollständig in ihrer praktischen Beeinflussung des Wirtschaftslebens der Völker. Mehr noch, sie werden zu den Ursachen der schmachvollen Ueberfüllung einer kleinen Klasse an Genuhgütern, an Macht und Einfluss.

Eine der wirtschaftlich nachhaltigsten Verbesserungen in der Montanproduktion, die 1879 erfolgte Erfindung der Thomas und Gilchrist, welche die großen Massen phosphorreichen Eisens erst der Verdrängung zugänglich machte, ist preispolitisch wirkungslos verpufft. Die Verminderung der Produktionskosten insbesondere später nach Wegfall der Patentsgebühren schäben durchaus farientfreundliche Oelnommen schon auf 20 Proz. Dessenungeachtet ist diese einschneidende Ersparnis nie in den Preisen hervorgetreten. Die bedeutenden Fortschritte der Hochofentechnik der neueren und neuesten Zeit, wie der automatische Transport der Verdrängungsstoffe zum Ofen, die direkte Verdrängung des flüssigen Rohisens in angelichterten Stahlwerk (Ersparnis 4—6 M. pro Tonne), die Einführung des Mischens (Ersparnis zirka 1,0 M. pro Tonne), die Verwertung der kostenlosen Schlacke in den Bänderhähern und in den Gaseksplosionsmaschinen (Ersparnis 3—4 M. pro Tonne) haben die Preise nicht zu beeinflussen vermocht. So ermöglicht erst die genaue Kenntnis der industriellen Entwicklung eine richtige Wertung des ganzen Preismarktes. Sie vermittelt erst die Bedeutung der nunmehr „ruhigen, maßvollen“ Politik der Rohstoffproduktion in ihrem nachhaltigen Schaden für das Ganze.

Nicht allein sozial ziehen die Unternehmerverbände schärfere Striche in das gesellschaftliche Bild, auch ökonomisch forrieren und gruppieren sie die kapitalistische Gesellschaft immer berber. Während die Unternehmer sich einst in bunten Haufen befanden, dann in den Industrieverbänden zusammenfanden, sondern sich heute ganze Industrieblöcke ab gegen die andere Produktion zu deren vereinter Bedrängung. Ihre Einwirkung muß stetig anschwellen und führt zu immer klarerem Einsicht in diese Zusammenhänge. In der kapitalistischen Rohproduktion tritt sie bereits heute offen zutage. Wie lange immer diese Entwicklung noch treiben mag, bis zu welchem Grade der Geschlossenheit und der stufenmäßigen Ueberlagerung der Produktionsverhältnisse und mit ihnen der sozialen Verhältnisse ihrer Träger sie noch gelangen wird, unermesslich wird an ihrem Endpunkt die Ueberführung in ein irgend geartetes gesellschaftliches Eigentum sich vollziehen. Heute ist ja bereits der organische Aufbau dieser Gebilde in nicht von den Bedürfnissen einer gesellschaftlichen Produktion verschieden. Weit entfernt davon utopisch zu sein, vermag daher die Vergeßschaftung der Rohproduktion, gemessen an der Intenstär der kapitalistischen Entwicklung, in durch aus absehbare Zeit Aktualität anzunehmen.

### Das Bankgeschäft im Jahre 1906.

Aus nachstehenden Ziffern geht die Steigerung der Gewinne der Reichsbank während der letzten Jahre hervor:

	1903	1904	1905	1906	
Bruttoertrag	30,89	43,03	45,24	45,25	64,20
Reingewinn	19,99	25,88	26,46	25,41	40,28
Dividende	8,20	9,27	10,56	11,07	14,50
Dividende in Prozenten	5,47	6,18	7,04	6,15	8,22

\*) Das ist nicht ganz richtig. Der Zuwachs von 38 000 wurde seit dem 1. Januar 1906 erreicht. Der Gesamtzuwachs seit dem Wechsel ist mindestens um 12 000 höher, beträgt also rund 50 000.

Die Dividende wäre noch sehr viel höher ausgefallen, wenn nicht seit der letzten Änderung des Reichsbankgesetzes die Gewinnbeteiligung der Aktionäre zugunsten des Reiches wesentlich beschnitten worden wäre. Aus dem Gewinn des Jahres 1906 erhielt das Reich nicht weniger als 25,47 Millionen Mark. Seit 1902 hat das Reich rund etwa 75 Millionen Mark erhalten, die Aktionäre gegen 54.

Für nachfolgende Banken stellte sich der Reingewinn in den letzten beiden Jahren wie folgt:

	1905	1906
	in Millionen Mark	
Diskontogesellschaft . . . . .	18,4	18,8
Berl. Handelsgesellschaft . . . . .	11,7	12,8
Rationalbank . . . . .	7,5	8,9
Kommerz- und Diskontobank . . . . .	7,1	7,2
Mitteldeutsche Kreditbank . . . . .	4,4	4,6

Die Rationalbank und die Handelsgesellschaft können eine wesentliche Steigerung ihres Reingewinnes verzeichnen. Gestiegen sind in erheblicher Weise die Einnahmen aus Zinsen und Wechsel.

**Bank für Handel und Industrie.** Der Aufsichtsrat beschloß in seiner heutigen Sitzung, der Generalversammlung für das Jahr 1906 die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent vorzuschlagen. Der Bruttogewinn beträgt pro 1906 inkl. 293 839,96 M., Vortrag aus 1905 21 521 040,77 M., hiervon ab die Handlungsunkosten, Steuern, Lantien an den Vorstand und die Oberbeamten, die Gratifikationen an die Beamten, die Zuwendungen an den Pensionsfonds und für wohltätige Zwecke 7 900 874,20 M., Abschreibung auf Immobilien und Mobilien 450 107,58 M., zusammen 8 440 481,78 M., verbleibt verteilsbarer Reingewinn 13 071 558,90 M.

**Stahlverband.** In der Veiratsitzung des Stahlverbundes am 8. März wurde über die Geschäftslage folgendes mitgeteilt: Die Halbzeugbeschäftigung der Werke ist noch immer außerordentlich hoch. Es ist schwierig, trotz der Einschränkung des Auslandsverkehrs, die Verbraucher rechtzeitig zu befriedigen. Betriebsstörungen bei einer Anzahl von Werken sowie Wagenmangel beeinträchtigen zudem die Lieferungen an die Abnehmer von Eisenbahnmaterial. In schweren Schienen und Subehör haben die preußischen Staatsbahnen beträchtliche Nachtragslieferungen für 1907 aufgegeben. In Kruden, besonders in Mülkenschienen laufen die Aufträge befreudigend ein, so daß die Werke immer noch außerordentlich lange Lieferungsfristen stellen müssen. Vom Auslande ist wieder eine Anzahl größerer Aufträge in schweren Schienen und Schweren hereingekommen. Das ausländische Mülkenschienengeschäft liegt ebenfalls sehr günstig, auch in bezug auf die Preise, die bei mehreren neuen Geschäften erzielt worden sind. Der Eingang der Spezifikationen in Formweisen ist seither reichlich geblieben. Für Neuaufträge herrscht gegenwärtig etwas Zurückhaltung, hauptsächlich infolge der Ungewißheit über die Verlängerung des Verbands. Der Verkauf nach dem Inlande für das zweite Quartal ist zu den feitherigen Preisen und Bedingungen freigegeben. Das Exportgeschäft ist günstig, auch hier laufen Spezifikationen in befreudigendem Umfange ein. Die vorliegenden Aufträge in Formweisen entsprechen einer Beschäftigung der Formweiserwerke für fünf Monate.

**Arbeitsmangel in französischen Glaswerken.** Aus Charlevoi wird berichtet:

In den hiesigen Glasfabriken wird mit der Notwendigkeit gerechnet, in den nächsten Wochen die Betriebe bedeutend einzuschränken oder ganz ruhen zu lassen. Infolgedessen dürften mehrere tausend Arbeiter brotlos werden. Diese Maßregel ist erforderlich angesichts der geringen Aufträge aus England und Ostasien.

**Göttliche Weltordnung!** Den Kapitalistenkreisen sieht jetzt aus dem Segen der Konjunktur, reicher, müßeloser Gewinn zu und für den Arbeiter lüdet drohend der Schrecken des Hungers sich an.

## Soziales.

### Eine gegnerische Anerkennung der geschäftlichen Leitung von Konsumvereinen.

enthält der Jahresbericht der landwirtschaftlichen Genossenschaft in Sachsen. Folgendes Urteil wird da über die Konsumvereine gefällt: „Diese Vereine beziehen bereits für 60 Millionen Mark landwirtschaftliche Produkte; sie sind bekanntlich als sozialdemokratische Pflanzstätten verschrien, aber in geschäftlicher Hinsicht geradezu musterhaft geleitet, so daß unsere landwirtschaftlichen Genossenschaften gewiß noch manches von ihnen lernen könnten.“ Dessenungeachtet wird man auch in Zukunft mit denselben unanfechtbaren Mitteln gegen die von Arbeitern denunciiert und geleiteten Konsumvereine hegen und gefehliche und beherrschende Maßnahmen gegen sie verlangen.

### Landarbeiterlos in Mecklenburg.

Auf die traurige Lage der mecklenburgischen Landarbeiter lassen einige aus der letzten Zeit berichtete Tatsachen einen Schluß zu.

In der Stadt L. schlachtete ein Einwohner ein Schwein. Dasselbe war krank, wie sich nach dem Schlachten auf Grund tierärztlicher Untersuchung herausstellte. Das Fleisch sollte als gesundheitsgefährlich an anderen Orten dem Kronereibesitzer zur Unschränkmachung überwiesen werden. Was geschah? Während der Nacht, in der man das Schwein im Hofraum hatte hängen lassen, wurde es von Arbeitern gestohlen, in Stücke zerlegt und eingesalzen. Aus Nebermut haben es die Arbeiter sicher nicht getan. — Auf einem Gute war eine Kuh krepiert. Der bewachtete Froner kam nicht gleich, um sie zu holen und so wurde das verendete Tier einige Tage darauf nach dem nahen Walde geschleift. Die Schnittter wußten das und sind dann über das bereits in Verwesung übergegangene Tier hergefallen und schnitten sich große Stücke Fleisch los, was die Polizei im angebotenen Zustande beschlagnahmte. Die gegnerisch-agrarische Presse schrieb hierzu, die Sache gar zu ungeheuerlich war, diese Schnittter seien arbeitslos gewesen. Ob das richtig ist, wissen wir nicht, da wir „auf dem Lande“ zu wenig Anhänger haben, die imstande sind, einen Brief bezw. einen Bericht schreiben zu können. Doch werden die im Winter auf den Gütern beschäftigten Schnittter gewöhnlich nicht entlassen. Denn zum Frühjahr kommen ja erst wieder die Schnittterherden nach Mecklenburg herein und sind die Arbeitskräfte im Winter verhältnismäßig dünn gefäß. Die letztgenannten Schnittter wurden wegen des Raubes des ungeschmackbaren Fleisches zum größten Teil (circa 8-8) sogleich verhaftet und sind nun verurteilt. Die andere Hälfte schiebt sich nun vielleicht anderwärts durch, bis sie wieder auf irgend einem junkerlichen Gute Unterschlupf gefunden, vorausgesetzt, daß sie eben überhaupt „arbeitslos“ waren. — Der Rittergutbesitzer v. M. in S. hatte ein dem Froner verfallenes — Pferd schlachten lassen, weil es der Hofschlächter nicht gebrauchen konnte. Als sich von den Gutsarbeitern niemand meldete, von dem allen Gaud Fleisch zu essen, befaß v. M. dem Schäfer, der das Tier geschlachtet hatte, das Fleisch den Hühnern vorzuwerfen, die Knochen zum Almaggen den Schweinen und das übrige für die Hühner einzufallen. — Und zum Schluß: Auf dem Gute Lehren hatten sich einige „Höfgänger“ aufgemacht und wollten den Dienst verlassen. Als dies der Inspektor gemerkt wurde, schickte er drei Mann zu Pferde und mit Peitschen bewaffnet den Schnitttern nach; in den nahe gelegenen Lannen wurden die Flüchtlinge eingeholt und auf den Hof zurückgebracht.

### Voraussetzungen des Bürgerrechts.

Die Städteordnung für die sieben östlichen Provinzen (Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen und Sachsen) nennt in ihrem § 5 die Voraussetzungen der Erwerbung des Bürgerrechts. Nach der Nr. 4 dieses Paragraphen in seiner

durch den § 77 des Einkommensteuergesetzes erhaltenen Fassung gehört dazu die Veranlagung zur Einkommensteuer oder zu einem fingierten Normalsteuersatz von 4 M., oder ein Jahreseinkommen von mehr als 600 bis 900 M. — In Landberg in der Provinz Sachsen waren sechs Arbeiter nicht in die Wählerliste aufgenommen worden, obwohl sie zweifellos ein solches Einkommen hatten. Die Kommunalbehörde erachtete für maßgebend, daß sie zu einem fingierten Normalsteuersatz von nur 2,40 M. veranlagt waren. — Nach vergeblichem Einspruch gegen ihre Nichtaufnahme wurde Klage im Verwaltungsstreitverfahren erhoben.

Das Ober-Verwaltungsgericht hat nun in letzter Instanz die Klage abgewiesen und die Nichtaufnahme der sechs Arbeiter für berechtigt erklärt. Es führte aus: Jene Bestimmung der Städteordnung sei nicht so aufzufassen, daß in die Wählerliste aufgenommen wäre, wer entweder veranlagt sei zu einem fingierten Normalsteuersatz von 4 M. oder ein Einkommen von mehr als 600 M. habe, also nicht so, daß es genüge, wenn nur eine der beiden Bedingungen erfüllt sei; sondern es sei danach in die Liste aufzunehmen, wer veranlagt sei zu den Mindestsatz von 4 M., oder wer, wenn eine Veranlagung nicht stattgefunden habe, ein Einkommen von mehr als 600 bis 900 M. erlange. Die vorliegende staatliche Veranlagung entscheide unter allen Umständen. Ihre Richtigkeit habe der Richter auch in diesem Verfahren nicht nachzuprüfen. Glaube jemand, zu Unrecht zu niedrig veranlagt zu sein, so könne er die Rechtsmittel ergreifen, die hiergegen gegeben wären, um eine höhere Veranlagung zu erzielen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen in Karlsruhe.

Fräulein Dr. Marie Baum, die ehemalige badische Fabrikinspektorin, hat in einem Bericht an das großherzogliche Ministerium des Innern eine Darstellung der „Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen in Industrie und Handel der Stadt Karlsruhe“ gegeben, die sich in sehr eingehender und interessanter Weise sowohl mit den Arbeits- und Lohn-, als auch mit den Familienverhältnissen der betreffenden Arbeiterinnen beschäftigt. Wenn auch Karlsruhe noch keine ausgesprochene Fabrikstadt, sondern vielmehr der Typus einer mittleren Residenz- und Beamtenstadt ist, so werden die hier ermittelten Verhältnisse doch für eine ganze Reihe aufstrebender Industriestädte zutreffen und haben daher allgemeines Interesse.

Die drei Klassen von Lohnarbeiterinnen, um die es sich bei der Darstellung handelt, sind die Fabrikarbeiterin, die Konfektionsarbeiterin und die Ladnerin. Von den durch eine speziell zu diesem Zwecke im Jahre 1904 veranstaltete Ermittlung erfaßten 8399 Arbeiterinnen entfielen auf die erste Kategorie 2010, auf die zweite 557 und auf die dritte 582. Die Höhe der in den drei Gruppen erzielten Durchschnittslöhne ergibt sich aus folgender Aufstellung:

	Fabrik- industrie	Kon- fektion	offene Verkaufs- stellen
Arbeiterinnen unter 18 Jahren . . . . .	6,59 M.	3,84 M.	3,80 M.
von 16-18 . . . . .	8,69	5,65	7,58
über 18 . . . . .	11,00	12,02	19,95
Nicht im Elternhaus lebende in der Stadt wohnende Arbeiterinnen	11,16	22,67	23,37
Gesamtdurchschnitt	10,02 M.	11,54 M.	16,71 M.

Demnach hat die Verkäuferin, wenn sie auch mit dem niedrigsten Anfangsgehalt beginnt und eine mehrjährige Lehrgzeit durchzumachen hat, die günstigsten Aussichten, ein einigermaßen menschenwürdiges Lohnniveau zu erreichen. Ihr Durchschnittsgehalt beträgt 16,71 M.; 28,04 Proz. dieser Klasse erreicht ein Gehalt von 21 M. und darüber, 9,02 Proz. ein solches von 30 M. und darüber. Umgekehrt hat die Fabrikarbeiterin, deren Durchschnittseinkommen 10,02 M. beträgt, einen relativ hohen Anfangslohn, der aber nur gering ansteigt. Nur 1,16 Proz. dieser Kategorie erhebt Löhne von 21 M. und darüber, nur 0,13 Proz. (2 Aufseherinnen) 30 M. und darüber. Hierbei ist allerdings zu beachten, daß die Tätigkeit der industriellen Arbeiterinnen in der Stadt Karlsruhe überwiegend aus ungelerneter Arbeit besteht. Die Konfektionsarbeiterin steht bez. des Durchschnittseinkommens (11,54 M.) in der Mitte. Sie hat gewöhnlich eine einjährige gering entlohnte Lehrgzeit durchzumachen, hat dann aber bei tüchtiger Leistung die Möglichkeit eines Aufstiegs zu höheren Lohnklassen. Hier erreichen 8,36 Proz. der Beschäftigten einen Lohn von 21 M. und darüber, 4,31 Proz. einen solchen von 30 M. und darüber; 2 Direktorien bezogen Gehälter von 325 und 250 M.

Die Angaben über die Arbeitszeit sind etwas dürftig. Von den Fabrikarbeiterinnen erfahren wir, daß die normale 10stündige Arbeitszeit die Regel ist. Die Dauer der Rousen beträgt meist 2 Stunden, die gesamte Arbeitszeit also 12 Stunden. Ueberarbeit im Sinne des Gesetzes (über 11 Stunden) kam nur in 2 Fabriken vor. Auch für die Konfektionsarbeiterinnen erstreckt sich die Arbeitszeit meist über einen Zeitraum von 12 Stunden und wird durch Rousen in der Gesamtlänge von 2 Stunden unterbrochen, so daß eine tatsächliche Arbeitszeit von 10 Stunden herauskommt. Infolge des Saisoncharakters des Gewerbes wird freilich in diesen Fällen, teilweise bis zu dem gesetzlich zulässigen Höchstmaß von 13 Stunden an 60 Tagen im Jahr Ueberarbeit verlangt, der dann in der stillen Zeit meist sehr unerwünscht, da unbefahlte, Ferien gegenüberstehen. Genaueren zahlenmäßigen Inhalt über den Umfang dieser Abweichungen von dem normalen Gang der Arbeit gibt das Buch leider nicht. Am ungünstigsten hinsichtlich der Arbeitszeit ist die Ladnerin gestellt, für die das Gesetz ja nur eine 11stündige ununterbrochene Ruhepause und eine 1 1/2stündige Mittagspause, sofern das Essen nicht im Laden eingenommen wird, verlangt. Hier ist also die Möglichkeit einer 11 1/2stündigen, an Vorabenden von Sonn- und Feiertagen noch längeren Arbeitszeit gegeben. Tatsächlich stellt sich der Arbeitstag der Karlsruher Ladnerin auf 10-11 Stunden, an Sonnabenden auf 2-3 Stunden mehr. Hierzu kommt noch eine 2-stündige Sonntagsarbeit. Einen gewissen Ausgleich für diese Ueberarbeit bildet die Gewährung von Ferien im Sommer, die in den meisten Fällen unter Fortzahlung des Gehaltes erfolgt. Sie kommen 73,3 Proz. der Gehältnissen in 5,7 Proz. der Betriebe (also vornehmlich in den größeren Geschäften) zugute und dauern von 4-28 Tage, gewöhnlich zwischen 8 und 14 Tagen.

Bezüglich des Altersaufbaues und Familienstandes der Arbeiterinnen ergab die Erhebung, daß in allen drei Klassen die jüngeren Altersstufen überwiegen und die verheiratete Arbeiterin die Ausnahme ist. Bei den Fabrikarbeiterinnen waren 61,7, bei den Konfektionsarbeiterinnen 62,3 und bei den Ladnerinnen 45,8 Proz. unter 20 Jahre alt. Ueber 30 Jahre zählten bei den Fabrikarbeiterinnen 9,4, bei den Konfektionsarbeiterinnen 6,8 und bei den Gehältnissen 11,7 Proz. Verheiratet waren bei der ersten Klasse 18,7, bei der zweiten 1,1 und bei der dritten 3,4 Proz. der erwachsenen Arbeiterinnen. Für die meisten Arbeiterinnen ist also die außerhäusliche Erwerbsarbeit nur ein Durchgangsstadium, das sie mit dem Eintritt in die Ehe verlassen. Inwiefern auch die verheiratete Frau in Karlsruhe gezwungen ist, durch Nähen, Waschen usw. den Verdienst des Mannes zu ergänzen, wird natürlich durch die vorliegende Untersuchung nicht erfahrt, so daß etwa ein Schluß aus diesen relativ günstigen Zahlen auf einen für die Erhaltung der ganzen Familie ausreichenden Verdienst des Mannes nicht gezogen werden kann. — Das Buch enthält noch eine Fülle mit objektivem Blick erfaßter Details, so daß sein Studium warm empfohlen werden kann.

### Das Frauenwahlrecht in England.

London, 8. März. Unterhaus. Dudson (Liberal) beantragt die zweite Lesung der Bill, durch welche das Wahlrecht zum Parlament den Frauen in allen den Fällen verliehen wird, wo sie zum Wählen berechtigt wären, falls sie Männer wären. Premierminister Campbell-Bannerman erklärt, die Regierung wolle dem

Gaule die Entscheidung der Frage völlig überlassen, aber er sei persönlich für Annahme der Bill. Er wolle seine Meinung dahin aussprechen, daß der Ausschuß der Frauen vom Wahlrecht weder ratsum noch gerechtfertigt oder politisch richtig sei. Whitehead (Liberal) beantragt Ablehnung der Bill. Im Laufe der Debatte werden die üblichen Argumente für und gegen das Frauenwahlrecht vorgebracht, es treten die größten Meinungsverschiedenheiten hervor, und es zeigt sich, daß innerhalb der Parteien eine einheitliche Haltung beobachtet wird. Die Polizei hat scharfe Maßnahmen getroffen, um Demonstrationen der Frauenstimmrechtlerinnen im Parlamentsgebäude oder außerhalb desselben zu verhindern.

### Sozialdemokratische Frauenkonferenz in Holland.

Am Sonnabend, den 30. März, dem Tage vor Eröffnung des Parteitagcs, findet zu Haarlem eine Konferenz der sozialdemokratischen Frauenklubs statt. Beraten wird dort über: Die Organisation der Frauenklubs, „De Proletarische Vrouw“ als Organ der Klubs und über das proletarische Frauenwahlrecht.

## Verfammlungen.

Die Lage der Berliner Zigarettenarbeiter nach Einführung der Wanderlohnsteuer, mit besonderer Berücksichtigung der letzten Vorkommnisse in der Zigarettenfabrik Garbath. So lautet die Tagesordnung einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung der interessierten Tabakarbeiter, die am Donnerstag bei Voelker in der Weberstraße 17 tagte. Der Referent, Max Müller, legte eingehend dar, wie schwer die Zigarettenarbeiter- und -arbeiterinnen Deutschlands, die schon traugig genug bestanden, unter den Wirkungen der Wanderlohnsteuer zu leiden hätten. Dabei trat er den lächerlichsten Vorurteilen namentlich nationalliberaler Blätter entgegen, die von einem Wüthen der Zigarettenindustrie auch nach der Einführung der Wanderlohnsteuer sprachen. Als in der immer vor Weihnachten eintretenden Saison die zur Verfügung stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen voll beschäftigt werden konnten, habe die nationalliberale und die Zentrumspreße ein großes Geschrei erhaben, daß keine Schädigung der Zigarettenarbeiter eingetreten sei. Das sei eine Verurteilung der tatsächlichen Verhältnisse. Nur um eine vorübergehende Konjunktur habe es sich gehandelt, bei der überhaupt noch die verschiedensten Ursachen mitspielten. So hätten eine ganze Anzahl Zigarettenarbeiterinnen sich während der ersten großen Schlappe nach dem 1. Juli (dem Inkrafttreten der Wanderlohnsteuer) vom Verufe abgemandt gehabt und in anderen Berufen Unterkommen gewonnen. An 500 ausländische Kollegen seien angeworben worden. Weiter hätten sich die ausländischen Fabrikanten nicht schnell in die neue Lage hinsichtlich der Weiterbildung ihrer Fabrikate in Deutschland hineinfinden können, so daß ihre bisherigen Abnehmer zu deutschen Fabrikanten griffen. Jetzt würden nun die ausländischen Fabrikate wieder in breiterem Umfange in Deutschland verkauft und nach dem Vorübergang der Konjunktur sei in ganz Deutschland eine überaus traurige Lage der Zigarettenarbeiter und -arbeiterinnen zu verzeichnen. In allen größeren Orten sei jetzt mit einer derartigen Arbeitslosigkeit zu rechnen, wie sie vor der Wanderlohnsteuer niemals da war. Wenn die Kollegen und Kolleginnen in Berlin nicht so sehr unter dem Druck zu leiden hätten, so wäre das namentlich der guten Organisation zu danken. Man habe die Halbtagsbeschäftigung durchgesetzt, um die Entlassung von so und so vielen zu verhindern. Wie man nach dem 1. Juli mit dem halben Verdienst zufrieden sein mußte, genau so fange es heute wieder an. Alle größeren Fabrikanten suchen Betriebe nach auswärts, in die Provinzen zu verlegen und immer mehr Maschinen einzuführen. Was letzteres angeht, so habe auch hier die Organisation regelnd eingegriffen; nicht weil sie Gegnerin der Maschine sei, sondern um einer zu großen plötzlichen Erwerbslosigkeit vorzubeugen. Während man bei anderen Großfabrikanten damit gute Erfolge zu verzeichnen hatte, mache die Firma Garbath (Zuhaber Rosenhal) eine Ausnahme. Nebenher geht auf die Ueberanstrengung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma vor dem Inkrafttreten der Wanderlohnsteuer ein und auf die Hausarbeit, gegen die sich die Organisation im Interesse der Arbeiter und des konsumierenden Publikums wende. Ueberall, abgesehen von ganz kleinen Fabrikanten, habe man die Hausarbeit auf Wunsch der Kommission eingestellt. Anders liege es bei Garbath. Der Herr wehrte ab und erklärte, er leide an Arbeitermangel. Aus denselben Gründen verteidigte er auch die Maschinenarbeit. Alles natürlich leeres Gerede, sowie er ja auch die öffentliche Meinung seinerzeit bei Einführung der Steuer irreführt habe mit Klatschen und Zeitungsinseraten, so er von Beibehaltung der Hausarbeit sprach, um hinterher einen großen Teil mit Maschinen herzustellen. Zu bemerken sei dabei, daß die Maschinenfabrikate wegen der auf diesem Gebiete noch nicht genug entwickelten Technik den Handarbeitsergebnissen nicht ganz ebenbürtig seien. Etwas nähmen erstere von Maschinenfabrikaten (Zeit?) immer an und manchmal enthielten sie zu viel, manchmal zu wenig Tabak. Vor Weihnachten habe Garbath-Rosenhal weibliche Lehrlinge eingestellt. Als die Kommission vorstellig wurde, habe er versprochen, nicht mehr als 25 einzustellen, was einem einigermaßen normalen Verhältnis entsprochen hätte. Er habe sein Wort aber nicht gehalten, sondern wieder mehr angenommen. Nach einem Vierteljahr würden den Lehrlingen, die die erste Zeit 8 M., die Woche erhielten, Kontrakte zum Unterschreiben vorgelegt, daß sie ein ganzes Jahr durch weiter arbeiten wollten, und zwar zu einem geringeren Preise, als er Ausgelernten in anderen Fabriken gezahlt werde. Dagegen müsse Front gemacht werden. Nebenher schilderte ferner die Praxis der Entlassungen bei Garbath, was in der Versammlung Rufe der Empörung auslöste über die Art und Weise, wie sich Herr Rosenhal-Garbath ihm nicht mehr gemehmer Kollegen und Kolleginnen entließ und sie herabzusehen sucht. Der alte Herr Rosenhal habe sich hinreichend lassen, gegen eine Frau handgreiflich zu werden, nachdem diese dagegen protestiert habe, daß einige ihr vorgelegte Aufsatzzigaretten von ihr hergestellt und geliefert sein sollten. Die Frau habe die Kollegen in einer Versprechung zum Zusammenhalten aufgefordert. Dem Herrn Garbath-Rosenhal, der auch schon mal eine Kommission mit Entlassung bedrohte, sei klar zu machen, daß er nicht mehr in Warschau, sondern in Berlin fabriziere. Eine noch strammere Organisation wie jetzt müsse eintreten. (Lebhafte Beifälle.)

Freibitter, Redakteur des „Zigarettenhändler“, legte dar, daß und weshalb die Kleinhändler und die Arbeiter zusammengehen müßten, und sprach die Hoffnung aus, daß man Garbath mit Hilfe der allgemeinen Arbeiterkraft noch klein kriegen werde. Auch er kam auf die bekannten Vorgänge anlässlich des Inkrafttretens der Steuer zurück und betonte unter anderem den Gegensatz zwischen den tatsächlichen Entlassungen alter Arbeiter und dem Wort Rosenhals, daß er auf der Handarbeit setzen und seinen alten Stamm behalten wolle. Wenn die Händler naturgemäß auch noch andere Wünsche hätten, wie die Tabakarbeiter, so möchte er diese doch bitten, mit ihnen zusammen an die Arbeiterkraft Berlin und der Vororte zu appellieren. Wuhl und Berg sprachen kurz noch im Sinne des Referats zu der Angelegenheit.

Wuhl erwähnte ferner ein Vorkommnis beim bekannten Zigarettenfabrikanten und -Händler Kapfann. Die Zigarettenarbeiter eines der Zwischenmeister Kapfann, die bei leichten Façons 22 bis 24 M. verdienen konnten, seien bei einer schweren Façon trotz aller Anstrengung nur auf etwas über 15 M. gekommen. Der Zwischenmeister habe mit Rücksicht auf den ihm von Kapfann gezahlten Preis eine höhere Bezahlung seinerseits für unmöglich erklärt. Auf Veranlassung der Kommission sei er bei Kapfann vorstellig geworden. Kapfann habe geantwortet, er gebe nicht mehr, er würde sich freuen, wenn die Lohnkommission es vermöchte, seine Hausarbeiter zum Streiken zu bewegen. Einen blutigeren Hohn gebe es nicht. Allerdings hätten sich die Leute Kapfann noch nicht an ein menschenwürdiges Dasein gewöhnt. Es sei nichts Neues, daß Leuten, die Tag und Nacht arbeiten, beim Abliefern die Zigaretten an den Kopf flügen. Auch hier sei ein größerer Zusammenhalt nötig.

Bejchlüsse wurden nicht gefaßt.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro:  
Zimmer 34, Amt 4, 3953. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9672.

**Sonntag, den 10. März,**  
von 9 bis 1 Uhr:

## Stichwahl für drei Bureauangestellte.

Die Wahlhandlung findet in folgenden Lokalen statt:

- Milbrodt's Gesellschaftshaus, Müllerstr. 7.
- Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
- Wernaus Festsäle, Schwedterstr. 23.
- Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
- Graumanns Festsäle, Naunynstr. 27.
- Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
- Metzdorf in Charlottenburg, Potsdamerstr. 44.
- Thiel in Rixdorf, Bergstr. 152.
- Fritsch in Steglitz, Florastr. 2a.
- Böhle in Spandau, Neumeisterstr. 5.
- Kaufhold in Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstr. 18.
- Tempel in Rummelsburg, Alt-Boxhagen 56.
- Gelling in Köpenick, Schönerlinderstr. 5.
- Schmutz in Weißensee, König-Chaussee 38.
- Gehlhaar in Tegel, Berlinerstr. 92.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.  
Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.  
Wahlleiter ist der Kollege **Josef Hartmann**, Engel-Ufer 15 I.

**Montag, den 11. März,**  
abends 8 Uhr:

## Bezirks-Versammlung für sämtliche Norden-Bezirke

im Lokal „Sophienäle“, Sophienstraße 18-19.  
Tages-Ordnung:  
1. Die gegenwärtige Lage und unser Verbandstag in München.  
Referent: Kollege **Handke**. 2. Diskussion.  
Kollegen! Da es unbedingte Notwendigkeit ist über den Verbandstag informiert zu sein, ersuchen wir für regen Besuch der Versammlung zu agieren.

**Montag, den 11. März,**  
abends 1/2 9 Uhr:

## Versammlung

der in den Eisenwerkstätten beschäftigten Former u. Berufsgenossen (Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes)  
im „Kolberger Salon“, Kolbergerstraße Nr. 23.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen **Cohen**: Industriekonzentration und Gewerkschaftsorganisation. 2. Diskussion 3. Verbandsangelegenheiten.  
Wir erwarten zahlreichen und pünktlichen Besuch.  
NB. Vom 18. März ab befinden sich unsere Bureaus **Charitéstraße 3, Hof III**. Verwaltung: Amt III, 1987. Arbeitsnachweis: Amt III, 1239.  
114/14 Die Ortsverwaltung.

## Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.  
**Sektion der Putzträger.**  
Sonntag, den 10. März, vormittags 11 1/2 Uhr:  
Mitglieder-Versammlung in Wernaus Festsälen, Schwedterstraße 23.

**Sektion der Töpferträger.**  
Montag, den 11. März, abends 8 Uhr:  
Mitglieder-Versammlung im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenhägerstr. 57.

**Sektion der Fahrstuhl Arbeiter.**  
Sonntag, den 10. März, vormittags 10 Uhr:  
Mitglieder-Versammlung bei Jannasch, Inselstraße Nr. 13.

Gruppe der Brunnenbauer und Hilfsarbeiter.  
Sonntag, den 10. März, vorm. 10 Uhr:  
Mitglieder-Versammlung bei R. Augustin, Oranienstraße 103.

**Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.**  
Sonntag, den 10. März, vormittags 10 Uhr:  
Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.  
Tagesordnung wird in den Versammlungen bekannt gemacht.  
Um recht regen Beteiligung an allen Versammlungen ersucht.  
Der Zweigvereinsvorstand.  
32/18

## Zentralverband d. Böttcher und Hilfsarbeiter Deutschlands

Filiale Berlin.  
Sonntag, den 10. März, vormittags 10 Uhr,  
Weber-Straße 17:

## Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:  
Bericht über die Verhandlung und Zugeständnisse der Brauereien betreffend den Tarifvertrag und welche Stellung nehmen die Kollegen dazu.  
Der Vorstand.  
30/1  
Das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.

Verantwortlicher Redakteur: **Paul Weber**, Berlin. Für den

# 6. Wahlkreis.

Sonntag, den 10. März, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23:

## Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Wermuth** über: „Die alte und die neue Internationale“. 2. Diskussion.  
Zu recht zahlreichem Besuch laden ein Die Abteilungsleiter.  
Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein mit Tanz.** 247/17\*

## Achtung! Herrenmaßschneider! Achtung!

Sonntag, den 10. März 1907, vormittags 10 Uhr, in der „Brauerei Friedrichshain“, am Friedrichshain:

## Mitglieder-Versammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert.  
Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen mehr als 13 Wochen im Rückstande sind, haben keinen Zutritt.  
192/17 Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Militärschneider. Achtung!

Sonntag, den 10. März 1907, mittags 2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20:

## Öffentliche Militärschneider-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
Die Zustände in der Militärbranche unter Berücksichtigung der Rechtsstellung der Arbeiter.  
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen, auch die fernstehenden Kollegen sind eingeladen.  
Der Einberufer.

## Zentral-Verband deutscher Brauereiarbeiter.

Zweigverein Berlin. Sektion I und II.  
Die Wahl des Verbandsvorsitzenden findet für Berlin und Umgegend am

Sonntag, den 10. März 1907, von vormittags 12 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, in nachstehenden Bezirkslokalen statt:

- |   |   |
|---|---|
| 1. Norden:<br>Im Lokal von <b>Wernaus Festsälen</b> , Schwedterstr. 23/24.    | 5. Charlottenburg-Westend:<br>Im Lokal von <b>Bade</b> , Nehringstraße 25.            |
| 2. Nordosten und Osten:<br>Im Lokal von <b>Seiersdorf</b> , Elbingerstraße 9. | 6. Gesundbrunnen-Wedding:<br>Im Lokal von <b>Maaß</b> , Brunnenstraße 96.             |
| 3. Rixdorf und Hasenheide:<br>Im Lokal von <b>Küssner</b> , Hasenheide 89.    | 7. Spandau und Bichelsdorf:<br>Im Lokal von <b>Böhle</b> , Spandau, Neumeisterstr. 5. |
| 4. Kreuzberg:<br>Im Lokal von <b>Schmidt</b> , Belle-Alliancestraße 74a.      | 8. Schöneberg und Westen:<br>Im Lokal von <b>Krüger</b> , Schöneberg, Vorbergstr. 9.  |

- Ferner findet die Wahl des Verbandsvorsitzenden am gleichen Tage in der Zeit von mittags 1-3 Uhr in nachfolgenden Vororten und Lokalen statt:
- |   |   |
|---|---|
| 1. Nieder-Schöneweide:<br>Im Lokal von <b>Reimann</b> , Grünauerstraße 5. | 3. Grünau:<br>Im Lokal von <b>Franz</b> , Köpenickerstraße.         |
| 2. Friedrichshagen:<br>Im Lokal von <b>Schnorre</b> , Seefstraße 36.      | 4. Groß-Lichterfelde-Ost:<br>Im Lokal „Kaiserhof“, Am Kranoldplatz. |
| 5. Königs-Wusterhausen:<br>Im Lokal von <b>Pirschel</b> , Bahnhofstraße.  |   |
- Kollegen! Es ist Ehrenpflicht eines jeden Mitgliedes, sein Wahlrecht auszuüben! Erscheint alle zur Wahl!  
Die Vorstände der Sektionen I und II.

## Lichtenberg.

Gemeindevahl! (147) Gemeindevahl!  
**Volkerversammlung**  
Sonntag, den 10. März, mittags 12 Uhr,  
im Schwarzen Adler, Frankfurt-Chaussee 5.

Tages-Ordnung:  
Positive Arbeit der Sozialdemokratie in der Gemeinde.  
Referent: Stadtverordneter **Dr. Alfred Bernstein**.  
Diskussion! Freie Redefreiheit!  
Jeder Gemeindevähler sollte erscheinen. — Frauen haben Zutritt.  
Die Versammlung beginnt pünktlich 12 Uhr. Das soz. Wahlkomitee.

## Berliner Volksblatt

komplette Jahrgänge, 1884-1890, zu kaufen gesucht. 233/75\*  
Buchhandlung **Vorwärts**  
Lindenstr. 69, I. Hof part.

## Spezial-Möbel-Halle Harry Goldschmidt

59 Moritzplatz 59  
Ecke Stallschreiberstraße.  
Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften, welche Garderobe usw. führen.  
Extra-Abteilung verliehen gewesener Möbel.  
Wöchentliche oder monatliche Teilzahlung gestattet!

**Kraft-Rothwies** für Blutarmer u. Kranke, ärztlich empfohlen. Fi. 1.50 u. 2 M. überall käuflich.  
In Apotheken, Drogen- u. Delikat-Gesch., steht unter ständ. Kontrolle des chem. Laborat. Dr. C. Bischoff.

Spezialteil bekannt: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: **Vorwärts** Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Urteil.  
In seiner Sitzung vom 15. Dezember 1906 hat das Gr. Schöffengericht Porphelm für Recht erkannt:  
Der Angeklagte, Redakteur **H. Weismann** in Rastruhe wird wegen Beleidigung des Privatklägers, Rechtsanwalt **Dr. Ketter** in Porphelm zu einer Geldstrafe von 30 Mark, an deren Stelle im Falle der Unbezahlbarkeit drei Tage Gefängnis treten und zu den Kosten verurteilt.  
Weg.: Hegler.  
Vorlesende Ausfertigung stimmt mit der Urkopie überein.  
Porphelm, den 4. März 1907.  
Der Gerichtsschreiber **Dr. Ambsgerichs**, Rastbader.

## Spandau. Allgemeine Orts-Frankenkasse.

Am Montag, 18. März 1907, abends 8 1/2 Uhr, im Hotel „Roter Adler“:

## Generalversammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Kassenbericht.  
2. Bericht der Rechnungsprüfungs-Kommission.  
3. Unsere Spottbefehrsangelegenheit.  
4. Vorschlag eines Vorstandsmitgliedes (Arbeitnehmer).  
5. Verschiedenes.  
Der Vorstand. 271/1  
B. O. J., Vorsitzender.

## Orts-Frankenkasse der Stellmacher.

Bekanntmachung.  
Die von der Generalversammlung vom 20. November 1906 beschlossenen Verhaltensregeln für erkrankte Kassamitglieder treten mit dem Tage der Bekanntmachung an Stelle des am 2. Februar 1904 genehmigten Anhangs zum Statut in Kraft. 270/19  
Der Vorstand.  
B. O. J., Vorsitzender. 41692\*

## Arbeiter-Berufs-Kleidung

I. Spezial-Geschäft  
nur  
**3 Mühlendamm 3.**  
II. Geschäft: **Kottbuserdamm 95.**  
**Adolf Wecker.**

**Lichtenrade 20 Pf. Tour!**  
Quadratmeter 20 Pf. verkauft Eigentümer **Paris**, Berlin, Gramstr. 27, Ecke Kleinstraße. Auch bei monatl. Raten von 40-50 Pf. 17565\*

## Englischen Unterricht.

einzel und im Zitel, erteilt 36372\*  
**Gertrud Swienty**,  
Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

## Bau- u. Gartenland-Parz.

außerst günstig nahe Berlin offeriert  
**Paul Vahlteich**,  
Berlin NW, Dielestraße 22.

## Sanssouci, Kottbusser

Strasse 4a.  
Direktion **Wilhelm Reimer**.  
Sonntag, Montag,  
Donnerstag:  
**Hofmanns**  
Norddeutsche Sänger.  
Tanztränchen.  
Werg. Sonntag u. Montag:  
**Große Elite-Soirée.**  
(Durchweg neues Progr.)  
Sonnt. 8 1/2, Wochent. 8 U.  
Jeden Dienstag: **Theater-Abend.**

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

**Ginseker!**  
Sonntag, den 10. d. Mts., findet in allen Bezirken

## Bezirks-Sitzung

statt. — Alle Kollegen, welche noch Billeits zu verrechnen haben, müssen dieselben am Sonntag abrechnen. 82/12  
In der Kommissions-Sitzung, welche am Montagabend 8 Uhr bei **Walter**, Waldstr. 63, stattfindet, sind alle Kollegen, welche in der letzten Zeit der Ausperrung bei der Firma **Fliege & Lehmann** gearbeitet haben, eingeladen.  
Der Obmann.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.  
**Brandje der Möbelpolierer.**  
Sonntag, den 9. März 1907, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal): 81/20\*

## Großes frühlings-fest

Reigenfahrten der III. Abteilung des Berliner Arbeiter-Radfahrer-Vereins, Mitglied des A.-R.-B. „Solidarität“.  
Nach dem Reigenfahren: **Große Beerdigung** und anschließende Ueberraschung.  
Anfang 8 1/2 Uhr. — Billets 50 Pf. — Tanz frei.  
Um zahlreichen Besuch bitten.  
Das Komitee.  
NB. Es wird gebeten, in Frühlingssollette zu erscheinen.

Verfammlungen.

Die Lehren der letzten Reichstagswahl

Besuch Genossin Rosa Luxemburg am Mittwoch in einer sehr stark besuchten Volksversammlung, welche die weibliche Vertrauensperson nach dem „Sofjagerpalast“ in der Hofenstraße einbewiesen hatte.

Die Stimmung, welche der Ausfall der Reichstagswahl in unseren eigenen Reihen herbeiführt, läßt drei Phasen erkennen. Zuerst herrschte Bestürzung, Angst, Depression wegen des unerwarteten Verlustes einer großen Zahl unserer Mandate.

Als Antwort auf die Frage, was bedeutet der Wahlausfall nicht nur für uns, sondern für die politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. Als Antwort auf die Frage, wie sich unsere unerwarteten Mandatsverluste erklären, sind einzelne Ursachen angeführt worden.

Es ist kein Zweifel, daß große Schichten des Volkes, die sich früher nicht an den Wahlen beteiligten, sich diesmal gegen uns erhoben haben und daß es dadurch gelang, uns 40 Mandate zu entreißen. Das Gros dieser Leute gehört dem Mittelstand an, ein kleiner Teil mag auch zur Arbeiterklasse gehören.

Der Wahlkampf ist geführt worden unter der Parole der Kolonialpolitik. Warum konnte diese Parole eine so große Wirkung ausüben? Wer nicht schon durch unsere Agitation gegen die Kolonialpolitik von der Wertlosigkeit der deutschen Kolonien überzeugt war, der hätte davon überzeugt werden müssen durch die kolonialistische Parole und durch den Grundgedanke der Kolonialpolitik.

deutsche Proletariat die Anwendung des Massenstreiks in Betracht zieht und es sieht, was geschehen kann, wenn das deutsche Proletariat gelernt hat, diese Waffe zu gebrauchen.

Die Reichstagswahl war eine parlamentarische Junischlacht des Kleinbürgerertums gegen die Sozialdemokratie, ein Kampf einer absterbenden gegen eine aufstrebende Klasse, also ein Klassenkampf vom reinsten Wasser.

Die letzte Reichstagswahl ist der Abschluß der bisherigen und der Ausgangspunkt der weiteren Entwicklung, sie zeigt uns, daß die nächste politische Entwicklung unter dem Zeichen der Weltpolitik steht. Weltpolitik bedeutet Militarismus, Imperialismus, Kolonialpolitik.

Wir haben in Deutschland keinen Liberalismus und im Deutschen Reichstag keine bürgerliche Opposition mehr. Was bedeutet aber ein bürgerliches Parlament ohne bürgerliche Opposition? Man fällt das Zentrum für eine Oppositionspartei.

Eine Richtung in unseren Reihen hält den Parlamentarismus nicht für eine durch die Verhältnisse bedingte, sondern für die einzige Form, in der wir unsere Ziele erreichen können.

proletarischen Kämpfer. Auch die Landarbeiter, die Post- und Eisenbahnbeamten, die wir als Wähler nur schwer gewinnen können, würden für uns eintreten, sobald sich das Volk in einer direkten Befreiungsbewegung befindet.

Der Vortrag fand allseitigen lebhaften Beifall. Genosse Paul Hoffmann, der Vorsitzende des Wahlvereins für den 4. Wahlkreis, sendet uns folgende Mitteilung.

Genosse Paul Hoffmann, der Vorsitzende des Wahlvereins für den 4. Wahlkreis, sendet uns folgende Mitteilung.

In gestriger Zuschrift des Genossen Bernstein Absatz 2 heißt es: Auf mein Verlangen hatten die Veranstalter der Versammlung sich mit dem maßgebenden Parteileiter des Distrikts, Genossen Paul Hoffmann, ins Einvernehmen gesetzt.

Dieszu erkläre ich, daß diese Behauptung den Tatsachen nicht entspricht. Die Angelegenheit hat sich wie folgt zugezogen: Am 26. Februar, also am Tage der Generalversammlung, erschien Genosse Lohwal (so weit ich Kenntnis habe, ist derselbe in der Konsumbewegung tätig und trug mir folgendes vor:

Sie beachteten, am Dienstag, den 5. März, eine Versammlung einzuberufen, dazu wäre Genosse Bernstein festgemacht, und er sagte, ob ich gewillt wäre, die Einberufung dieser Versammlung mit meinem Namen zu unterzeichnen.

Ich sagte darauf: Was ist das für eine Versammlung? Worauf mir die Antwort wurde: Vom Berliner Konsumverein. Aus dem weiteren Gespräch des Genossen Lohwal entnahm ich, daß es ihnen darum zu tun sei, diese Versammlung von einer bekannten Persönlichkeit einberufen zu sehen.

Ich erklärte: Wenn Ihr denkt, daß dadurch Eure Versammlung besser besucht wird, so aber auch nur aus diesem Grunde, bin ich bereit, die Einberufung zu unterzeichnen.

Daß diese Versammlung als Volksversammlung einzuberufen sei und mit Genossen Bernstein in dieser Richtung hin eine Beratung stattgefunden habe, davon hat mir Genosse Lohwal, mit dem ich die Unterredung hatte, kein Wort gesagt.

Ich will bemerken, wäre mir die Sache so wie es Genosse Bernstein darstellt, vorgetragen worden, so hätte ich ein derartiges Ansuchen andernweg abgelehnt.

Ich behaupte Genosse Bernstein, das von mir ursprünglich unterzeichnete Inserat lautete auf Volksversammlung.

Auch das ist nicht richtig. Am 2. März wurde mir das betreffende Inserat von einem Mitglied des Berliner Konsumvereins, dem Genossen Krüger, zur Unterzeichnung vorgelegt.

Auf dem Inserat stand ja allerdings das Wort Volksversammlung, worauf ich dem Genossen Krüger von der Unterredung mit Genossen Lohwal Mitteilung machte und erklärte, daß ich ein Inserat, wenn es eine Volksversammlung sein soll, nicht unterzeichne.

Nachdem ich dem Genossen Krüger klar zu machen versucht hatte, daß ich als Leiter der Parteiorganisation Volksversammlungen nur auf Beschluß der Parteiorganisation einberufen kann, habe ich das Wort „Volks“ gestrichen und lautete die Anzeige „Versammlung v. B. K. B.“

Ich stelle also fest: Es ist nicht wahr, daß ich meine Zustimmung zu einer Volksversammlung gegeben habe, und somit ist auch nicht wahr, daß ich ein Inserat, das ursprünglich auf „Volksversammlung“ lautete, unterzeichnet habe.

Die Unterzeichnung des Inserats habe ich erst vorgenommen, nachdem im Einverständnis mit dem Genossen Krüger das Wort „Volks“ gestrichen war.

Somit ist aber auch die Schlussfolgerung des Genossen Bernstein, der „Vorwärts“ habe von seinem Vorhaben Kenntnis gehabt und es (der „Vorwärts“) habe auf die Abänderung des Inserats gedrungen, völlig haltlos.

Um nun auch von vornherein einer etwaigen Annahme, ich hätte im Auftrage anderer Personen gehandelt, entgegenzutreten, will ich erklären, daß ich bis jetzt über diese Angelegenheit außer mit Lohwal und Krüger mit niemand gesprochen habe.

Was die Resolution des 4. Kreises anlangt, deren Fassung dem Genossen Bernstein nicht gefallt, so bleibt es ihm ja unbenommen, sich an die Parteiorganisation des 4. Kreises zu wenden, wo er auch selbstverständlich zum Worte kommt.

Paul Hoffmann.

Witterungsüberblick vom 8. März 1907, morgens 8 Uhr.

Table with columns for Stations (Eminende, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien), Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur.

Weiter-Prognose für Sonnabend, den 9. März 1907. Zunächst etwas wärmer, vorübergehend trübe mit Nebereisigen und tiefen weißen Wintern; später auflarend und wieder etwas kälter.

Wasserstand am 8. März. Elbe bei Wittenberg 2,48 Meter, bei Dresden 6,70 sp. — Elbe bei Magdeburg 2,88 Meter. — Elbe bei Straßburg — Meter. — Oder bei Rathow 1,55 Meter. Oder bei Droseln Dberpegel — 0,88 Meter. — Rellhemündung 1,62 Meter. Oder bei Brigg 2,42 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonnabend, den 9. März. Anfang 7½ Uhr.  
**Kgl. Opernhaus.** Sinfoniekonzert.  
**Kgl. Schauspielhaus.** Geschlossen.  
**Deutsches, Neues und Julia.** Vorzeitig. Das Glöckchen des Eremiten.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Im bunten Rock.  
**Schiller-Theater Charlottenburg.** Narrenglanz.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Adieu Theresie. — Sein Mißli.  
**Leipzig.** Wiege und Maria.  
**Wesien.** Die lustige Witwe.  
 Nachmittags 3 Uhr: Der Freischütz.  
**Berliner.** Der Hund von Baskerville.  
**Romische Oper.** Hoffmanns Erzählungen.  
 Nachmittags 3 Uhr: Wohlthatigkeits-Vorstellung. Kalmé II. Akt.  
**Losca III. Akt.**  
**Zentral.** Der blaue Klub. (Anfang 7½ Uhr.)  
**Neues Schauspielhaus.** Torquato Tasso.  
**Kleines.** Die Kralle.  
**Neues.** Wiener Vorzeilen.  
**Residenz.** Haben Sie nicht zu verzollen?  
 Lustspielhaus. Husarenfieber.  
 Deutsch-Amerikanisches. Rigoletto.  
**Thalia.** Olympische Spiele.  
**Luisen.** Der lange Kerl.  
 Nachmittags 4 Uhr: Rag und Wotly.  
**Trianon.** Gel. Josselte — meine Frau.  
**Bernhard Neße.** Sherlock Holmes.  
 Nachmittags 4 Uhr: Das tapfere Schneiderlein.  
**Metropol.** Der Teufel lacht dazu.  
**Gebr. Herrfeld.** Ein verrücktes Hotel.  
**Wintergarten.** Charlotte Wiehe.  
**Wesien.** Die 3 goldenen Jungfrauen.  
**Rafino.** Die 3 goldenen Jungfrauen.  
**Voltes Caprice.** 100 000 Gulden.  
**Palast.** Danke, Herr Franke.  
**Prater-Theater.** Geschlossen.  
**Figaro.** Seelenretter, Gekkerauto.  
**Paris.** (Anfang 8¼ Uhr.)  
**Walhalla.** Die goldene Eva.  
**Walstatt.**  
**Walstatt.** Mal was Anderes.  
**Reichshallen.** Stettiner Sängern.  
**Karl Haberland.** Spezialitäten.  
**Jantines.** Eine vom Ballett.  
**Josephine.** Winter Teil.  
**Urania.** Tandenstrahe 48/49.  
 4 Uhr: Sighien.  
 8 Uhr: Professor Kohnke: Unter den Trümmern von San Francisco.  
 Hörsaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Die Korpuskularstrahlen. I. Teil.  
**Sternwarte.** Invaldenstr. 57/62.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
 4 Uhr: Sizilien.  
 8 Uhr: Professor Kohnke: Unter den Trümmern von San Francisco.  
 Hörsaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Die Korpuskularstrahlen. (I. Teil).  
**Schiller-Theater N.**  
 Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.  
 Abends 8 Uhr: Adieu, Theresie.  
 Hierauf: Sein Mißli.  
**Lustspielhaus.**  
 Täglich abends 8 Uhr:  
**Husarenfieber.**  
**Zentral-Theater.**  
 (Operette.) 7½ Uhr: Gastspiel des Hrn. Ed. Steinberger. Zum 1. Male:  
**Der blaue Klub.**

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Im bunten Rock.**  
 Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz v. Schöthan u. Bretherrn v. Schlicht.  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Maria Stuart.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Im bunten Rock.**  
 Montag, abends 8 Uhr:  
**Im bunten Rock.**  
 Schiller-Theater Charlottenburg.  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Narrenglanz.**  
 Ein Spielmannsdrama in 4 Akten von Rudolf Rittner.  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Der Pfarrer v. Kirchfeld.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Narrenglanz.**  
 Montag, abends 8 Uhr:  
**Narrenglanz.**

### W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16.  
**Große Extra-Vorstellung.**  
 Zum überhaubt ersten Male:  
**Vor dem Staatsanwalt.**  
 Modernes Stücken in 4 Akten.  
 Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
**Folies Caprice.**  
 Lindenstr. 132, an der Friedrichstr.  
 Heute abends 8 Uhr:  
**10 000 Gulden Wittgift.**  
 Glänzend neuer Solotitel!  
**Im Inspektionszimmer.**  
 Vorverkauf an der Theaterkasse und bei Berthelm.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 2. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser **Heinrich Stolzenwald** Neue Hofstr. 13.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Dankeschloßhofes aus statt. 247/19  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**  
**Nachruf.**  
 Am 4. d. M. verstarb unser Mitglied, der Maurer **Johann Streeck**, Köstenerstr. 16.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung fand am Donnerstag auf dem Helandstrichhof statt.  
**Der Vorstand.**

**Castans Panopticum**  
 Friedrichstraße 165  
**„Nada“ — der sprechende Kopf.**  
 Von abends 7 Uhr ab:  
**Berliner Sänger.**  
 ◀ Reichhaltiges und originelles künstlerisches Programm. ▶

### Brunnen-Theater

Gesundbrunnen. Badstraße 58.  
 Direktion: Bernhard Rose.  
 Sonntag, 10. März, nachm. 3 Uhr:  
**Sherlock Holmes**  
 Abends 7 Uhr:  
**Die Jungfrau von Orleans.**  
 Tragödie in 5 Akten (9 Bildern).  
 Billetvorverkauf von 10—1 Uhr an der Theaterkasse.

**DERNHARD ROSE THEATER**  
 Hr. Frankfurterstr. 132.  
 Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung bei kleinen Preisen:  
**Das tapfere Schneiderlein.**  
 Abends 8 Uhr: **Sherlock Holmes.**  
 Morgen nachmittags 3 Uhr: Die **Verchwörung der Frauen.**

## Ausstellungs-Hallen

### AM ZOOLOGISCHEN GARTEN

**PROMENADEN-KONZERTE**  
 SONNTAG, den 10. März, 7½ Uhr:  
**VICTOR HOLLÄNDER**  
 SONNABEND, den 23. März, 8 Uhr:  
**VICTOR HOLLÄNDER**  
 Rauchen gestattet.  
 Speisen und Getränke werden an Tischen verabfolgt.  
**Saalplatz 50 Pf. Balkon 1 M.**  
 Billetts bei Boto & Bock, A. Wertheim, Leipziger Straße, und an der Abendkasse.  
 4011L\*

**Residenz-Theater.**  
 Direktion Richard Alexander.  
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Haben Sie nicht zu verzollen?**  
 Schwank in 3 Akten v. M. Hennequin und Pierre Biber.  
 Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Der Prinsgemahl.**  
**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
 Gesamtgastspiel Theater des Bestens.  
 Heute abends 8 Uhr:  
 Gastspiel **Sophie Schumann-Engel: Rigoletto.**  
 Sonntag nachm. 3 Uhr: **Rigoletto.**  
 Sonntag abends: **Zigeunerbaron.**

**Gebr. Herrfeld-Theater**  
 Vorberf. 8 Uhr. 11-2 Uhr  
 57 Kommandantenstr. 57.  
**Die stürmisch bejahlte Novität**  
**Ein verrücktes Hotel**  
 Komödie in 3 Akten mit den Autoren K. und D. Herrfeld in den Hauptrollen.  
 Sonntag nachm. 3¼ Uhr bei halben Kassenpreisen:  
**Hausierer Jockele**  
 und  
**Die letzte Ehre**  
 mit K. und D. Herrfeld.

**Metropol-Theater**  
 Abends 8 Uhr:  
**Der Teufel lacht dazu.**  
 Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Holländer. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.  
**Hansury. Wolf. Bender. Giampietro. Josephi.**  
 Rauchen überall gestattet.  
 Morgen Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Auf in's Metropol.**

**Zirkus Schumann**  
 Heute Sonnabend, den 9. März: Fortsetzung der **großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz** um den **Goldenen Kranz von Berlin** u. **10 000 Mark** bar.  
 Heute ringen:  
**Paul Moldt, Berlin, gegen Adolf Dietrich, Oesterreich. Kasartseffe, Bordeaux, gegen Gikmann, Beltsien. Marinus van Niel, Antwerpen, gegen Wido, Italien. Paul Pons, Paris, gegen Paul Bahn, Bremen.**  
 Berber Galoprogramm, sämtliche neu engag. Spezialitäten u. Dir. Albert Schumanns neueste Konsterbesten.  
 Um 9½ Uhr: **St. Hubertus.**  
 Sonntag 2 Galavorstellungen. In best. Vorstellungen ausnahmsweise: **St. Hubertus.** (Nachmittags ein Kind frei!)

**Zirkus Busch.**  
 Anfang 7½ Uhr.  
 Um 9¼ Uhr: Fortsetzung der **International. Ringkampf-Konkurrenz** um die **Prämien v. 10 000 M.** und den **großen Gold-Pokal** der Zeitung „Das Deutsche Blatt“.  
 Ferner: **Reut Original Berg.** **Leiternakrobaten,** sowie das **große Galaprogramm.**  
 Um 9¼ Uhr: **ROM.**  
 Sonntag: 2 große Gala-Vorstellungen, nachm. 4 Uhr u. abends 7½ Uhr. Nachm. hat jed. Erwach. 1 Kind unt. 10 J. frei.

**Walhalla-Varieté-Theater**  
 Weinbergsweg 19/20, Kolontz. Tor.  
 Heute abends 8 Uhr:  
**14 großartige März-Spezialitäten.**  
**5 Geschwister Pérez**  
 Günstigster auf 3 freilich. Leitern. **Frosso,** der **Gehemnisvolle.**  
 3 Soubretten. — 2 Komiker usw.

**Apollo Theater**  
 8 Uhr: **All den Moeen, Barletto.**  
 9¼: **Colo de Lasso-Duo, komische Draufheil-Akt.** 9¼: **Die drei goldenen Jungfrauen.** 10 Uhr: **Bernhard Mörders** mit neuen Topen.  
 10½: **Am Bos,** große Pantomime von Gebr. Donathen und Adel. Außerdem das **übige große Programm.**

**Intimes Theater**  
 Dresdenerstraße 97.  
**Gastspiel des Budapester Burlesken-Ensembles**  
**Linde-Wolf.**  
 „Eine vom Ballett.“  
 „Zapfenstecher.“  
 Sunter Teil.

**Kasino-Theater**  
 Reifingerstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Nick Carter.**  
 Kriminalroman in 3 Akten v. Oswald. **Nick Carter, Detektiv: Hans Berg.**  
 Vorber das **neue März-Programm.**  
 Sonntag 4 Uhr: **Veilige Leute.**

**Ferdinand Bonn's Berliner Theater.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonnabend, Sonntag, Montag:  
**Der Hund von Baskerville.**

**Neues Schauspielhaus**  
 Sonnabend, den 9. März, 7½ Uhr:  
**Gastspiel Josef Kainz:**  
**Torquato Tasso**  
 Sonntag: Das Fest des Sankt Matern. Der arme Narr. Der goldene Schlüssel. Anfang 7½ Uhr.

**Neues Theater.**  
 Anfang 8 Uhr.  
**Meißner Porzellan.**  
 Sonntag: **Meißner Porzellan.**  
 Montag: **Meißner Porzellan.**

**Kleines Theater.**  
 Anfang 8 Uhr.  
**Die Kralle.**  
 Sonntag nachm. 3 Uhr: **Nachspiel.**  
 Abends 8 Uhr: **Ein idealer Gatte.**  
 Montag: Eine **triviale Komödie** für **serielle Leute.** (Sunderbury.)

**Lortzing-Theater**  
 Bellealliancestr. 7/8.  
 Sonnabend, den 9. März, 7½ Uhr:  
**Das Glöckchen des Eremiten.**  
 Abonnements gültig!  
 Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die **Fiebersmaus.** 7½ Uhr: **Martha.**

**Passage-Theater.**  
 2. Monat.  
 Täglich außerläuft!  
**Der größte Vacherfolg der Saison:**  
**„Mal was Anderes.“**  
 Die **Theims-Troupe** und die **10 glänzenben März-Spezialitäten.**

**Jeder Herr!!**  
 ist verpflichtet, mein Angebot zu prüfen!  
**S. Littmann**  
 Zentrale für Herren- u. Knaben-Moden  
**| nur No. 2 Granienstraße nur No. 2 |**  
 nahe Station Hochbahn Oranienstraße.  
 Ich offeriere:  
 Feine Sommer-Paletots . . . . . von Mk. **11,50** an  
 Elegante Herren-Anzüge . . . . . **10,50**  
 Feine Herren-Anzüge . . . . . **12,00**  
 Solide 1- und 2reihige Herren-Anzüge . . . . . **14,50**  
 Elegante Kammgarn-Anzüge . . . . . **16,50**  
 Hochfeine Rock-Anzüge, 1- u. 2reihig . . . . . **22,50**  
 Hochfeine Einsegnungs-Anzüge . . . . . **10,75**  
 Elegante Stoff-Jacketts . . . . . **5,50**  
 Feine Burschen-Anzüge . . . . . **5,75**  
 Elegante Herren-Stoffhosen . . . . . **2,50**  
 Schöne Knaben-Anzüge für jedes Alter . . . . . **3,50**  
 Elegante Radfahr-Anzüge . . . . . **12,50**  
**Kein Kaufzwang. Keiner Kaufzwang.**  
 Anzüge sowie Paletots für extra korpulente Herren in großer Auswahl vorrätig von 18,50 Mk. an.  
 Dieses Inserat wird beim Einkauf von 10 M. für 50 Pfg. in Zahlung genommen.  
 Bestellungen nach Maß sowie Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.  
 Prinzip: Großer Umsatz — Kleiner Nutzen.  
**S. Littmann, Zentrale für Herren- und Knaben-Moden**  
**nur No. 2 Granienstraße nur No. 2.**  
 Bitte genau auf Firma u. Hausnummer achten!

**WINTER GARTEN**  
  
**Charlotte Wiehe**  
 und das  
 neue glänzende  
**März-Programm.**

**Reichshallen-Theater.**  
 Stettiner Sänger.  
 Neu! „Ballettschule Stapperma.“  
 Anfang **Sonntags** 8. **Sonntags** 7 Uhr.

**Palast-Theater.**  
 Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Borsse.  
 Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
**Der sensationelle März-Spielplan.**  
 Unter andern:  
**Kioday Godayou,** japanische Equilibristen.  
**Selfman and Punch,** musikalische Exzentrikt.  
**Danke, Herr Franke** Schwank.  
 Familienarten, wochentags zum halben Kassenpreis gültig. in **Barbier-, Friseur- u. Zigarrengeschäften gratis.**

**Trianon-Theater.**  
 Anfang 8 Uhr.  
**Fräulein Josette — meine Frau.**  
 Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Die Liebesdaukel.**  
**Fröbels Allerlei-Theater**  
 Fr. Puhmann, Schönhafer Allee 148.  
**neue erstklass. Nummern** **15**  
**Ganz Berlin | Ganz Berlin** **15**  
**staunt über die** **lacht über das**  
**Spezialitäten-Programm.**  
 Nach der Vorstellung **Gr. Extratanz.**  
 — Punkt 10 Uhr: — **Gr. Extratanz.**  
 Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pf.

**Buggenhagen!!**  
 Immer noch die beliebtesten  
**Bockbier-Feste.**

**Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.**  
**Beate Wedding.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Albert Hug** am 7. März gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. März, nachmittags 3¼ Uhr, von der Leichenhalle des Razareth-Kirchhofes (Reinoldsdorf-Weiß) aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 124/13 Die Ortsverwaltung.

**Prater-Theater**  
 Kasanien - Allee 7-9.  
 Heute geschlossen.  
 Morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Maria Stuart.**  
 Abends 7½ Uhr:  
**Die weiße Rose.**

**Gustav Behrens Theater**  
 Schöneberg, Goltzstraße 9.  
  
**Husarenfieber in Potsdam.**  
**„Nora“ 17** Größte Sensation, sowie 10 erstklass. Spezialitäten.  
 Anfang 8 Uhr, Sonntags 6¼ Uhr.

**Otto Pritzkow, Münzstr. 16,**  
**Welt-Ausstellungs-Biograph-(St. Louis)**  
**Theater lebender Photographien.**  
 Der Untergang des Dampfers „Berlin“.  
 168 Tote, 12 Gerettete.  
 Den ganzen Tag Vorstellung.

# H. Greifenhagen Nachf.

Brunnen-Strasse 17-18.

Veteranen-Strasse 1-2.

## Vorzugs-Preise für Lebensmittel

Soweit Vorrat. Heute, Sonnabend Soweit Vorrat.

### Fleischwaren

Pa. Schinkenspeck in ganzen und halben Stücken . . . Pfund	98 Pf.	Pa. Polnische Bratwurst zum Robben, im ganzen . . . Pfund	85 Pf.
Pa. Land-Speck mager, in ganzen und halben Stücken . . . Pfund	80 Pf.	Pa. Pommersche Mettwurst im ganzen . . . Pfund	75 Pf.
Pa. Braunsch. Mettwurst im ganzen . . . Pfund	90 Pf.	Pa. Pommersche Leberwurst II im ganzen . . . Pfund	55 Pf.
Pa. Sächsische Rotwurst im ganzen . . . Pfund	55 Pf.		

Prima Cassler Rippespeer Pfund **80** Pf.

Haushalt-Marmelade 1 Pfund-Eimer 1.15 | Kunst-Honig, blaue Emailletöpfe, 10 Pfund-Topf 2.55

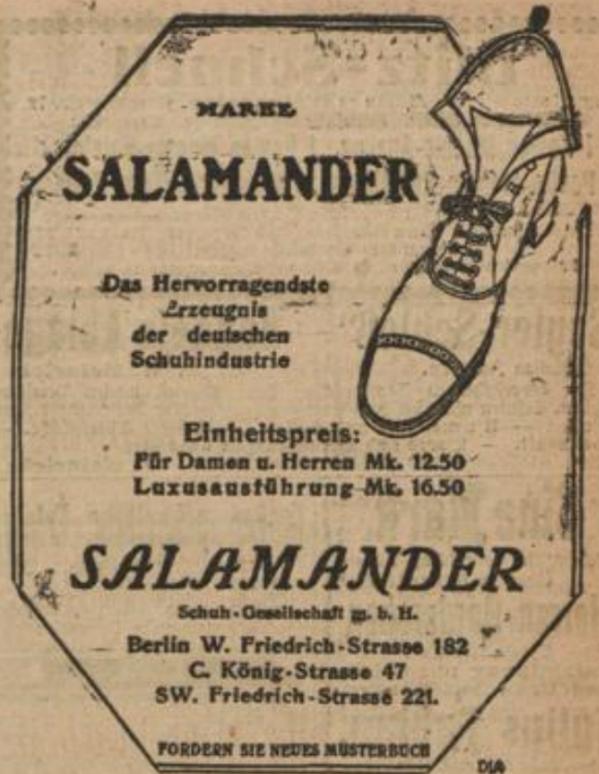
Ein grosser Posten **Ess-Aepfel** hochfein im Geschmack 5 Pfund **90** Pf.

Feinste Tafel-Butter . . . Pfund 1.18 | Camembert-Käse, Prima . . . Stück 18 Pf.

Prima **Räucher-Lachs** in Portionsstücken Pfund **80** Pf.

Sonnabend früh eintreffend: Pökel-Eisbein . . . Pfund **55** Pf.  
Pökel-Rippchen . . . Pfund **65** Pf.

Westfälische Schinkenwurst in ganzen Würsten . . . Pfund 1.10 | Schlack- u. Salamiwurst, schnittfest, in ganzen Würsten . . . Pfund 1.20



**MARKE**  
**SALAMANDER**

Das Hervorragendste Erzeugnis der deutschen Schuhindustrie

Einheitspreis:  
Für Damen u. Herren Mk. 12.50  
Luxusausführung - Mk. 16.50

**SALAMANDER**  
Schuh-Gesellschaft g. b. H.  
Berlin W. Friedrich-Strasse 182  
C. König-Strasse 47  
SW. Friedrich-Strasse 221.

FORDERN SIE NEUES MUSTERBUCH



Sie sollten No. 61 probieren, eine wirklich vorzügliche 6er Cigarre von

**I. NEUMANN**

Cigarren-Fabriken · 103 Zweiggeschäfte

Davon in BERLIN: Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr. — Chausseestraße 16, Ecke Invalidenstr. — Chausseestr. 36/37, Ecke Schwartzkopffstraße. — Dresdenstr. 5, Ecke Adalbertstr. — Friedrichstr. 171, Ecke Französ. Str. — Gertraudenstr., Ecke Breitestr. 20a. — Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr. — Jerusalemstr. 41, Eck Krausenstr. — Kaiser Wilhelmstr. 19, Ecke Münsstr. — Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr. — Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr. — Potsdamerstr. 57/58, Ecke Bülowstr. — Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr. — Rosenthalerstraße 48, Ecke N. Schönhauserstraße. — Umlandstr. 33, E. Lietzburgerstr. — Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünst. — Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr. — Rixdorf: Bergstr. 146.

Eigene große Betriebswerkstätten.

# Jeder Herr

welcher Wert darauf legt, zum Frühjahr einen eleganten Anzug oder Paletot fertig oder nach Maß zu tragen, versäume nicht, seinen Bedarf zu decken bei der Firma

## Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78

Wir bringen eine unerreichte Auswahl in

### Einsegnungs-Anzügen

Frühjahrs-Anzügen und Frühjahrs-Paletots.

Unerreicht groß ist unser Lager in Stoffen zur Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß. Sämtliche Sachen werden in eigenen der Neuzeit entsprechend eingerichteten Betriebswerkstätten unter Leitung erster Meister angefertigt. Unsere Abteilung „Anfertigung nach Maß“ ist einzig dastehend. Wir richten an unsere Kunden die ergobenste Bitte, die Bestellung rechtzeitig zu übergeben, damit wir in die Lage gesetzt werden, die bei uns bestellten Maßsachen auf das sorgfältigste verarbeiten zu können und in jeder Weise zufrieden zu stellen.

**W**ir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe. ir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl. ir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz. ir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen. ir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen. ir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalentwurf! Nachdruck verboten.

Spezial-Haus eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung  
fertig und nach Maß  
Bekleidung für sämtliche Berufe.

## Leske & Lehrer, Kottbuser Damm 78.

Bitte beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer.



**Achtung!**  
Maurer-Anzüge  
Arbeiter-Kleidg.  
umgezogen n. d.  
Brunnenstraße 158.  
Gelber Laden.

**Nathan Wand**  
129 Stollbergstr. 129.  
Die schönsten 33872\*  
Herren-Sommer-Paletots  
und Anzüge in neu  
Monats-Garderobe  
in neu  
fantasie spezial  
monatstabilen getragene Sachen,  
fast neu, für jede Figur passend,  
speziell Bauchanzüge sind in  
großer Auswahl stets zu handend-  
billigen Preisen zu haben.

**Nathan Wand**  
129 Stollbergstr. 129.  
Nachbarnstation Kottbuser Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Wir zahlen unseren Schneidern tarifmäßige Löhne.

## Aufruf! an die Vorwärts!

des Leser

Durch sehr vorteilhaften Einkauf, geringe Spesen und große Fachkenntnisse sind wir nur allein in der Lage, dem kaufenden Publikum das denkbar Beste zu außergewöhnlich billigen, aber streng festen Preisen zu bieten.

- Unerreicht ist unsere Auswahl in
- Sommer-Anzügen  Sommer-Paletots
  - Knaben-Anzügen  Knaben-Paletots

### Einsegnungs-Anzügen

Unser Geschäftsprinzip beruht auf streng reeller Bedienung; Verarbeitung guter, ausgeprobter Stoffe; großer Auswahl in allen Abteilungen.  
Für guten, tadellosen Sitz unserer Maßsachen leisten wir Garantie!!!

**Hoffmann & Dalchow**  
12 Wilmersdorferstr. 12  
Ecke Schulstraße.  
Spezial-Haus eleg. Herren- und Knaben-Bekleidung  
fertig und nach Maß.  
Berufs-Kleidung jeder Art.

Auf Wunsch mehrerer unserer geschätzten Kunden, welche am Eröffnungstage uns nicht besuchen konnten, haben wir uns entschlossen, auch diesen Sonnabend, den 9., und Sonntag, den 10. März, beim Einkauf eines Herren-Anzuges oder Paletots eine  
**hochelegante bunte Weste gratis**  
zu verabfolgen.

Wir bitten unsere geschätzten Kunden, Freunde und Gönner, uns in ihren Bekannten- u. Freundeskreisen behutsam vorteilhaftem Einkaufs von Bekleidungsstücken freundlichst zu empfehlen.

Wir bügeln und reparieren alle bei uns gekauften Sachen gratis.

Billigste Bezugsquelle für  
**Monats-Garderoben.**

Die schönsten Herren-Paletots und Anzüge in getragener, speziell Monatsgarderobe von 9 M. an. Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sowie Knaben- und Burschen-Anzüge und Arbeiter-Garderobe sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben. 16/11\*

**H. Kieferbaum, Prinzenstr. 33** zwisch. Moritzplatz und Ritterstraße.  
Bitte auf die Hausnummer zu achten.

Eigene große Betriebswerkstätten.

Eigene große Betriebswerkstätten.

Wir bügeln und reparieren alle bei uns gekauften Sachen gratis.



### Partei-Angelegenheiten.

**Zur Lokalliste.** In Mariendorf (Zelkow-Weesow) steht uns das Lokal von Striße „zum Landhaus“ zu den belamnten Bedingungen zur Verfügung.

Auf Beschluß der Parteigenossen Charlottenburgs ist über den Saal sowie über die Restaurationsräume des dortigen Schiller-Theaters die Sperre verhängt, da der Pächter deselben, Herr Fiebig, sich weigert, uns den Saal zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen.

In Redlig bei Potsdam sind jetzt sämtliche Lokale gesperrt, wir ersuchen dies bei Arrangierung von Ausflügen und hauptsächlich Dampferpartien zu beachten.

In Reuthen sind nach wie vor sämtliche Lokale gesperrt; ganz besonders machen wir auf das Restaurant von Passau, sowie auf Trills Waldschloßchen aufmerksam; ersterer will nur vornehmliche Verkehr in seinem Lokal, wohingegen der letztere „erst einmal sehen will, ob sein Lokal wirklich seitens der Arbeiterschaft gemieden wird“.

Am Sonntag, den 10. d. M., veranstaltet der Berliner Schwimmklub „Forelle“ von 1903 ein Schwimmfest. Die sich hieran anschließende Preisverteilung nebst Tanzkränzchen findet in den „Fürstberg-Pavillons“, Rosenthalerstr. 38 statt. Wir weisen darauf hin, daß das genannte Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht. Die Lokalkommission.

**6. Wahlkreis.** Sonntag, den 10. März, abends 6 Uhr findet im „Kolberger Saal“, Kolbergerstr. 23, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Genosse Barmuth über: „Die alte und die neue Internationale“ spricht. Zahlreichen Besuch erwarten. Die Abteilungsleiter.

**Nieder-Barnim.** Am Sonntag, den 10. März, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokale von Weigelt in Kummelsburg, Türschmidtstraße, eine Generalversammlung des sozialdemokratischen Kreiswahlvereins Nieder-Barnim statt. Tagesordnung: 1. Rapport und Jahresberichterstattung. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Anträge. 4. Rundblick auf die Reichstagswahl. Referent: A. Stadthaus. 5. Kreisangelegenheiten. J. A. G. Freiwaldt.

**Lichtenberg.** Sonnabend, den 16. März, findet im „Schwarzen Adler“ (Wehr. Arnhold) Frankfurter Chaussee 5/6, das Stiftungsfest des Wahlvereins statt. Mitwirkende sind: Neues Tonkünstler-Orchester (Dirigent Franz Hollfelder) und Fraulein Helene Hartwig, Hofoperängerin. Raffert: großer Ball. Um zahlreichem Besuch ersucht. Der Vorstand.

**Wiesdorf, Raasdorf und Umgegend.** Sonntag, den 10. März, mittags 1 Uhr, findet in Jenglers Gesellschaftshaus, Dorfstraße, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. „Was lehren uns die Reichstagswahlen?“ 2. Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen bitten. Der Einberufer.

**Rögnitz-Wusterhausen und Wilkau.** Die Parteigenossen, die sich zur Hausagitation gemeldet haben, werden ersucht, Sonntag, den 10. März, früh pünktlich 7 1/2 Uhr, im Lokale der Witwe Langen zu erscheinen.

**Reinickendorf-West.** Am Montag, den 11. März, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Franke, Eichbornstr. 118, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher die Genossin Jhrer über „Fürsorgeerziehung und deren Wirkung“ referiert. Die Handzettel zu dieser Versammlung werden am morgigen Sonntag vormittags von den Lokalen S. Otto, Berlinerstraße, und Franke, Eichbornstraße, aus verbreitet. Die Genossen werden ersucht, vollständig zur Stelle zu sein.

### Berliner Nachrichten.

#### Neue Museumspläne.

Die Berliner Museen bedürfen seit längerer Zeit bereits einer einheitlichen, zusammenschließenden Umgestaltung. Die älteren nach modernen Anforderungen nicht mehr zweckmäßigen Gebäude sind überfüllt, zum Teil so vollgepfropft, daß sie unübersichtlich geworden sind. Vieles ist in Magazinen aufgestapelt und den eigentlichen Museumszwecken entfremdet. So ist denn eine Reform an Haupt und Gliedern unvermeidlich. Generaldirektor Wilhelm Vode hat in einer Denkschrift ein Programm entworfen, das wenigstens den dringenden und nächsten Aufgaben gerecht zu werden versucht. Die Mängel und Ungünstigkeiten werden klar dargelegt und die umfassenden gewordenen Bedürfnisse anerkannt:

„Da die Schätze ganzer Abteilungen zur Hälfte oder noch darüber hinaus magaziniert sind, muß jetzt für die ausgiebige, auf absehbare Zeit ausreichende Erweiterung der älteren Sammlungen, wie für die Sammlungen der neu hinzugekommenen Gebiete der Platz gesucht werden. Auch müssen bei dem seit her wesentlichen verstärkten Besuch der Publikums und den neuen Anforderungen, die für die zahlreichen, zur unentbehrlichen Gewohnheit gewordenen wissenschaftlichen und populären Vorträge und Führungen gestellt werden, die Räume zum Teil größer gestaltet werden, als früher vorgeesehen war.“

In Um- und Ausbauten werden vorgeschlagen:  
Eine Erweiterung der ägyptischen Abteilung auf dem Gelände vor dem Neuen Museum und im Anschluß daran die Schaffung eines besonderen Museums für vordemotische Kunst, eine Erweiterung der antiken Sammlungen durch Anlage zweier Nichtböden neben dem Pergamon-Museum, die dieses mit dem Neuen und Alten Museum verbinden sollen. Vor allem aber wird ein „Museum für ältere deutsche Kunst“ projektiert, das die zerstreuten Schätze der älteren deutschen Kunst sammelt und übersichtlich vor Augen führen soll. Es heißt darüber in der Denkschrift, die die Umhaltbarkeit des bisherigen Zustandes darlegt:

„Für die ältere deutsche Kunst ist der Bau eines besonderen Museums erwünscht. Ein solches Museum fehlt aber nicht nur bei uns; in ganz Deutschland besitzen wir kein eigentliches Museum der älteren deutschen Kunst. Denn das Germanische Museum in Nürnberg ist mehr eine kunstgewerbliche und kulturhistorische Sammlung; das Römisch-Germanische Zentralmuseum in Mainz umfasst neben den auf deutschen Boden gefundenen Resten römischer Kunst nur die Anfänge der deutschen Kunst und ist auch für diese einseitig und unvollständig; das Münchener Museum endlich, das den ersten Anspruch darauf erheben könnte, will schon seinem Namen nach nur ein „Bayerisches Nationalmuseum“ sein. Ein Museum der älteren deutschen Kunst ist daher eine Notwendigkeit für die Reichshauptstadt, und um ein solches nach zu wirtschaftlicher Bedeutung zu bringen, müssen die Vorbereitungen dafür sofort in Angriff genommen werden.“

In Berlin ist bei Begründung der königlichen Museen und seit her bis zum Jahre 1871 der deutschen Kunst so gut wie gar keine Aufmerksamkeit erwiesen worden. Erst in neuer Zeit ist, wenigstens in einigen Abteilungen der königlichen Museen, eine Vermehrung der Sammlungen gerade nach der Seite der deutschen Kunst ernstlich angestrebt worden. Diese Er-

werbungen, die zumeist mit dem älteren Bestande im Kaiser Friedrich-Museum vereinigt worden sind, lassen sich aber nur als der Anfang eines Deutschen Museums bezeichnen. Ein solches soll durch seinen Inhalt und seine Aufstellung den Grundcharakter der deutschen Kunst und den Zusammenhang ihrer verschiedenen Entwicklungsstadien klarlegen, soll den Genuß daran und das Verständnis dafür fördern, und zwar in ganz anderer Weise, als es bisher möglich war; es soll dadurch zugleich die Erforschung der deutschen Kunstgeschichte unterstützen und der bisher nur lümmelich bedachten Publikation ihrer Monumente, die mit der Bildung des Museums Hand in Hand gehen muß, zu Hilfe kommen.“

Der Neubau für dieses Museum soll in unmittelbarer Verbindung mit dem Kaiser Friedrich-Museum stehen.

Da das „Museum für Völkertunde“ durch den Neubau in Dahlem entlastet wird, soll in ihm der asiatisch-afrikanische Kunst ein breiterer Raum geschaffen werden. Von der „Nationalgalerie“ soll eine National-Porträtgalerie abgezweigt werden. Auch auf eine zweckmäßige Ausgestaltung der Provinzialsammlungen nimmt das Projekt Rücksicht.

Es sind weit ausgreifende Pläne, die natürlich im einzelnen sorgsam geprüft werden müssen. Der Schauplatz dafür ist das preussische Abgeordnetenhaus, die Stätte, von der die einzige Kulturpartei Preußens, die Sozialdemokratie, ausgeschlossen ist.

#### Fort mit der Prügelpädagogik!

Wenn ein großes Gemeinwesen, wie Berlin es ist, einmal den Versuch machen wollte, für seine zahlreichen Volksschulen überall einen völligen Verzicht auf die bisherige Prügelpädagogik herbeizuführen, so müßte diese Maßregel durch ihren Erfolg im ganzen Lande Aufsehen erregen und würde als Vorbild wirken.

Die Verwirklichung eines solchen Gedankens ist natürlich nicht ganz einfach. Es gibt zahlreiche Lehrer, die leider sich und ihre Schüler so sehr an den Stod gewöhnt haben, daß beide ohne ihn zunächst schwer miteinander auskommen könnten. Wahrscheinlich würde bei vielen Lehrern das Experiment nicht folglich nach Wunsch gelingen, und es ist zu fürchten, daß dann lauter als je die Forderung erhoben würde, die „altbewährte“ Prügelpädagogik solle wieder in ihre Rechte eingesetzt werden. Hierin liegt die eine Schwierigkeit. Die andere liegt darin, daß die Gemeindeverwaltung den an ihren Schulen tätigen Lehrpersonen über diesen Punkt eigentlich wenig vorzuschreiben darf. Die Prügelpädagogik ist gesetzlich geschützt, mithin hat der Lehrer grundsätzlich das Recht, zu hauen, wenn er es für nötig hält. Er muß nur die Klugheit üben, immer nur „mit Mahen“ zu hauen, dann kann ihm niemand dazwischen fahren. Gegen ein von einer Gemeindebehörde ausgehendes grundsätzliches Verbot des Prügelns würden die Gemeindelehrer, die (wenn der Ausdruck erlaubt ist) der Prügel zu bedürfen glauben, brennend durch die staatliche Aufsichtsbehörde sehr nachdrücklich in Schutz genommen werden.

Indes, das hindert nicht, daß eine einsichtige Gemeindeverwaltung sozusagen auf glüklichem Wege den Lehrern den Stod aus der Hand wenden könnte. Wenn an der Spitze des Volksschulwesens einer Großstadt eine überragende Persönlichkeit steht, dann ist es sehr wohl möglich, von hier aus auf die Lehrerschaft in dem Sinne einzuwirken, daß der prügelnnde Pädagoge mehr und mehr in der Achtung seiner Berufsgenossen sinkt. Berlins Volksschulwesen ist ein reichliches Vierelhundert hie und da von einem Manne geleitet worden, der fähig war, einen bedeutenden Einfluß auch auf die Erziehungsmethode der Volksschullehrerschaft auszuüben. Aber Stadtschulrat Bertram, den wir meinen, hat anderes Bewußtsein niemals ernstlich versucht, für die Volksschulen Berlins einen allgemeinen Verzicht auf die Prügelpädagogik anzubahnen. Stadtschulrat Gerstenberg, sein Nachfolger, war nicht die starke Persönlichkeit, die allein auf Gelingen bei solchem Versuch rechnen darf. Wird Stadtschulrat Fischer, der dem früh weggestorbenen Gerstenberg gefolgt ist, in sich den Versuch fühlen, diesen Versuch zu wagen?

Wir glauben annehmen zu dürfen, daß Herr Fischer in der Tat mit dem Gedanken umgeht, die Prügelpädagogik aus unseren Volksschulen hinauszugehen. Wir ersuchen, daß auf eine Anregung Fischers der in der Schuldeputation sitzende Prof. Hartmann, Vorsitzender des Vereins der Schulärzte, ein für die Lehrerschaft bestimmtes Merkblatt zusammenstellen wird, das auf die Gefahren der körperlichen Züchtigung hinweist. Das die Schulärzte dazu berufen sind, an der Beseitigung der Prügelpädagogik mitzuwirken, das ist im „Vorwärts“ schon vor Jahresfrist ausgeführt worden. Stadtschulrat Fischer steht, wie wir hören, auf dem Standpunkt, daß möglichst ein völliger Verzicht auf Prügel erreicht werden muß. Wenn es ihm gelingt, das mit Hilfe des Merkblattes herbeizuführen, so wird er selber sich ein unvergänglich Denkmal gesetzt haben.

**Beschleunigte Oster-Sonderzüge I.—IV. Klasse** werden zur Vertreibung des Osterverkehrs im Bezirk der k. u. k. Eisenbahnverwaltung Stettin schon in der Karwoche zur Beförderung gelangen; wir heben nur die folgenden hervor: Von Berlin, Stettiner Bahnhof nach Stettin, 31. März und 3. April, 7<sup>00</sup> vormittags, Anfuhr 6<sup>00</sup> nachmittags, nach Belgard, am 28. und 31. März, 2 und 3. April, 8<sup>00</sup> vormittags, Anfuhr 2<sup>00</sup> nachmittags, ferner am 28., 29., 30. März, 2 und 3. April, 1<sup>00</sup> nachmittags, Anfuhr 6<sup>00</sup> abends; Reuterstr.—Stralsund, am 28., 30., 31. März, 2 und 3. April, 8<sup>00</sup> vormittags, an Stralsund 12<sup>00</sup> nachmittags, am 28., 27., 28., 30. März, 2 und 3. April, 1<sup>00</sup> nachmittags, an 3<sup>00</sup> nachmittags, an denselben Tagen (außer 3. April) 8<sup>00</sup> abends, an Stralsund 12<sup>00</sup> nachts, und ebenso nach Stargard i. P., 6<sup>00</sup> abends (an 9<sup>00</sup> abends) bzw. 9<sup>00</sup> abends (an 12<sup>00</sup> nachts.) Diese Sonderzüge halten nur auf den Hauptstationen (Gefundenbrunnen, Eberswalde, Angermünde usw. bzw. Oranienburg, Löwenberg, Fürstentberg usw.) Außerdem werden die fahrplanmäßigen Züge nach Bedarf in zwei Teilen gefahren; für die Sonderzüge werden nur die gewöhnlichen Fahrpreise erhoben.

Die Unentgeltlichkeit der Desinfektion ist eine Forderung, die seit langem von unseren Genossen im Rechen Hause erhoben wird; immer aber wurden diesbezügliche Anträge abgelehnt. Jetzt haben unsere Genossen im Staatsauschuß das gleiche Verlangen wiederholt, auch diesmal erfolgte Ablehnung, dafür wurde ein Antrag angenommen, wonach dem Plenum der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen werden soll, den Magistrat zu ersuchen, in Zukunft alle öffentliche Desinfektionen bei Objekten bis zu 3000 M. unentgeltlich auszuführen.

Das Hochwasser der Spree ist in diesem Jahre außerordentlich anhaltend und hat bereits recht erheblichen Schaden herbeigeführt. Besonders in den Gegenden von Wernsdorf und Neu-Pitzau ist der Fluß weithin aus den Ufern getreten und zeigt stellenweise ein Ueberschwemmungsgebiet von über einem Kilometer Breite. Nicht nur die Niederungen und umgrenzten Wiesengelände stehen unter Wasser, sondern auch sonst von dem Hochwasser nicht berührte Feldterrassen sind überschwemmt und können infolgedessen nicht besät werden. Auch bedeutende mit Winterfaat bereichene Felder

haben durch das Hochwasser gelitten. Vorläufig besteht keine Aussicht, daß die Spree wieder ihren normalen Wasserstand erhalten wird. Aus dem Spreewalde wird noch fortwährend bedeutender Zufluß gemeldet und in kürzerer Zeit ist auch das Abfließen des Schmelzwassers aus dem Gebirge zu erwarten. Falls ein scharfes Tauwetter einsehen sollte, dürfte bei den ungeheuren im Gebirge lagernden Schneemassen sogar noch ein weiteres Steigen des Wassers zu erwarten sein. Auch die Dahme, befanntlich der bedeutendste bei Köpenick einmündende Nebenfluß der Spree, hat einen Hochwasserstand aufzuweisen, wie er schon seit Jahrzehnten nicht mehr beobachtet worden ist. Das Gewässer ist ebenfalls weithin über die Ufer getreten und besetzt gegenwärtig ein ausgedehntes Ueberschwemmungsgebiet. Die zahlreichen mit der Spree und der Dahme in Verbindung stehenden märkischen Seen, die teilweise auch der Schifffahrt dienen, sind bis zu einem Meter gestiegen, und vielfach ist dadurch die Bahnmöglichkeit für die Zillen genommen. Die Anlegebrücken stehen stellenweise unter Wasser.

Mit Rücksicht auf den außerordentlich starken Schifffahrtsverkehr, der seit einigen Tagen eingelebt hat, ist die Mühlendamm-Schleuse, deren Wiedereröffnung für den 11. März in Aussicht genommen war, schon am gestrigen Tage dem Verkehr übergeben worden.

Zu den bevorstehenden Stadtverordneten-Verwahlen in der 2. Abteilung sei den in dieser Abteilung wahlberechtigten Genossen mitgeteilt, daß sie in allen zur Wahl stehenden Bezirken ihre Stimmen auf den Genossen Paul Senger abgeben wollen.

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin, Grenadierstraße 37.** Der Unterricht in Literaturgeschichte muß diesen Sonnabend ausfallen, da Genosse Ströbel wegen Teilnahme an einer Konferenz am Erscheinen verhindert ist.

Der Polizeioberst Krause ist gestern gestorben. Krause hat durch die Art, wie er sein Amt ausfüllte, nach besten Kräften dazu beigetragen, sich in weiten Kreisen recht beliebt zu machen. Unvergessen ist diesem „schneidigen“ Beamten, wie er anlässlich einer Arbeitlosenversammlung in der Brauerei Friedrichshain Anfang des Jahres 1894 in die abnugslos die Versammlung verlassenden arbeitlosen Arbeitlosen mit Gummischläuchen und der blanken Waffe einhauen ließ. Gerade Schützengenerationen hatte er in Arbeiterkleider gesteckt und diese Subjekte mußten sich zwischen die Arbeitlosen mischen, um auf ein Zeichen auf diese Arbeitlosen unbarbarisch dreinzuschlagen. Damals war fast die gesamte Berliner Presse in der Beurteilung dieser skandalösen Polizeitakt einig. Das hatte allerdings zur Folge, daß nicht etwa der Verantwortliche dieser „Gelddenta“, der Polizeioberst Krause, zur Rechenschaft gezogen, sondern die Presse wegen tadeler Auslassungen angeklagt wurde. Unser Genosse Robert Schmidt als Redakteur des „Vorwärts“, der Genosse Max Beckmann und Gustav Kehler befanden sich damals mit unter den Verurteilten. Krause hat sich später noch weiter anlässlich einer Märzfeier und 1. Mai-Demonstration ähnelnde Utaden geleistet. Sein Name wurde auch öfter genannt aus Anlaß einer an ihn abgeforderten sogenannten Höllenmaschine, mit welcher Lat der Mechaniker Koshemann in Verbindung gebracht und in der Folge zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Auch bei den ihm untergebenen Beamten hat sich Krause Sympathien nicht erworben und werden ihm von dieser Seite nicht viel Tränen nachgeweiht werden. Vermessen werden ihn höchstens diejenigen, die unter ihm avancierten.

Eine Nachtomniibusverbindung zwischen Rollendorfplatz und Wriezenerplatz ist geplant. Ende dieser Woche soll sie eröffnet werden. Ab Rollendorfplatz von 11 Uhr abends bis 5 Uhr 15 Minuten früh, ab Wriezenerplatz von 11 Uhr 45 Minuten abends bis 6 Uhr früh folgen die Wagen einander in Zwischenräumen von 15 Minuten und fahren durch die Wriezenerstraße, Potsdamerstraße, Leipzigerstraße, Reuthstraße, Kommandantenstraße, Oranienstraße; zurück vom Wriezenerplatz auf demselben Wege. Die ganze Fahrt dauert zirka 40 Minuten und kostet 20 Pf., Teilstrecken zu 10 und 15 Pf. sind vorgeesehen.

**Verlegung von Parteispeditionen.** Die Parteispedition in der Wiesenstr. 41/42 wird am 20. d. M. nach Razarethstr. 49 verlegt. Die Expedition in der Rügenstr. 24 wird vom 15. d. M. ab nach der Stettinerstr. 10 verlegt.

Ein doppelter Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Rollwagen fand Donnerstagabend um 1/3 Uhr vor dem Abgeordnetenhaus in der Prinz Albrechtstraße statt. Der von der Königgrüßerstraße kommende Rollwagen der Firma Schüssel, Holzmoortstr. 37, fuhr auf dem Straßenbahngleise entlang und bog nach dem anderen Gleise hinüber, auf dem in demselben Augenblick ein Straßenbahnwagen der Linie 59 entgegankam. Der schwere Rollwagen fuhr mit voller Gewalt gegen die Vorderplattform des Straßenbahnwagens. Der Anprall war so stark, daß der Rollwagen vollständig herumgeschleudert und noch gegen die Hinterplattform des Straßenbahnwagens geworfen wurde. Die Vorderplattform des Straßenbahnwagens war total zertrümmert und auch die Hinterplattform demartig beschädigt, daß der Kontrollor undradubar wurde. Durch den Zusammenstoß wurde eine 25 Minuten währende Betriebsstörung herbeigeführt, während welcher Zeit die durch die Zimmerstraße fahrenden Wagen durch die Koch- und Anhaltstraße abgeleitet werden mußten. Personen wurden glüklicherweise nicht verletzt.

**Zusammenstoß auf der Wannseebahn.** Auf der Wannseebahn erfolgte gestern mittag 1 Uhr 34 Minuten kurz hinter dem Bahnhof Wannsee ein Zusammenstoß. Eine Rangierlokomotive stieß mit der Maschine eines besetzten Wannseezuges zusammen. Beide Lokomotiven entgleisten und sperren den Verkehr auf beiden Gleisen. Die Fahrgäste des Wannseezuges mußten den Weg zum Bahnhof Potsdamerplatz zu Fuß zurücklegen. Verletzt wurde niemand. Die Züge der Wannseebahn werden vom Bahnhof Groß-Gröbchenstraße ab zum Fernbahnhof Potsdamerplatz geleitet. Infolge der Betriebsstörung erlitt die Beförderung Hunderte von Menschen, die um diese Zeit zu Tisch fahren wollten, eine unliebliche Verpätung.

Die amtliche Meldung lautet: Heute nachmittag fuhr auf dem Wannseebahnhof Berlin eine Reservemaschine einem von Lehndorf kommenden Vorortzug in die Falle. Beide Maschinen sind entgleist und gering beschädigt. Personen nicht verletzt. Wannseebahnhof ist auf drei Stunden gesperrt, Verkehr vom Potsdamer Fernbahnhof übernommen.

Die Verlegung des k. u. k. Polizeipräsidiums, wonach der Großen Berliner Straßenbahn vorübergehend die Mitnahme von mehr Personen in den Wagen gestattet wurde, als nach den Ausschritten zulässig, tritt von morgen, den 10. März, ab wieder außer Kraft, da die Verkehrsverhältnisse, die sich infolge der Schneeverwehungen ergaben, als behoben gelten.

Fuchsbär zugerichtet wurde Donnerstagabend der 27jährige Kutscher Franz Loida, Eldenaerstr. 13, bei einem Verkehrsunfall in der Kolbergerstraße. Im Begriffe, sein Fuhrwerk zu besteigen, wurde L. von einem anderen vorüber kommenden Lastwagen umgerissen und unter die Räder geftleudert. Dem Bauernschwermerten wurde der linke Unterschenkel völlig zermerlmt und der Unterleib teilweise blutähnlich fortgerissen. Nachdem er auf der Unfallstation VI die ersten Notverbände erhalten, wurde er in das Krankenhaus im Friedrichshain gebracht. Sein Zustand ist vollständig hoffnungslos.







Das Wahlergebnis nach den für die Sozialdemokratie bei den Hauptwahlen 1903 und 1907 abgegebenen Stimmen.

Für 1907 nach den im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Zahlen.

Main table with columns: Name des Wahlkreises, Stimmen überhaupt (1903, 1907), in Prozent (der Wähler, der Wahlberechtigten) for 1903 and 1907. Includes sub-sections for Reg.-Bez. Königsberg, Gumbinnen, Danzig, Marienwerder, Potsdam, Frankfurt, Stettin, Rastenburg, Königsberg, Bromberg, Breslau, Reg.-Bez. Lippeln, Reg.-Bez. Liegnitz, Reg.-Bez. Magdeburg, Reg.-Bez. Merseburg, Reg.-Bez. Erfurt, Provinz Schleswig-Holstein, Provinz Hannover, Reg.-Bez. Münster, Reg.-Bez. Minden, Reg.-Bez. Arnberg, Reg.-Bez. Wiesbaden, Reg.-Bez. Kassel.

Die Stimmenzahl fest gefasste bedeutet: der Wahlkreis wurde von der Sozialdemokratie im ersten Wahlgang erobert; ein Sternchen bedeutet: unter Kandidat gelangte in die Stichwahl; zwei Sternchen: das Mandat wurde in der Stichwahl erobert.

Name des Wahlkreises	Stimmen überhaupt		in Prozent			
	1903	1907	der Wähler		der Wahlberechtigten	
			1903	1907	1903	1907
<b>Reg.-Bez. Köln.</b>						
1. Köln (Stadt)	13 201*	15 661*	37,62	35,22	24,55	26,53
2. Köln (Kreis)	13 428	17 310	35,13	32,54	24,98	25,84
3. Bergheim-Gusfirchen	531	603	3,66	3,31	2,55	2,76
4. Rheinbach-Oden	1 610	2 051	7,81	8,52	4,60	7,12
5. Siegburg-Baldbröl	323	495	1,77	1,94	1,07	1,57
6. Wülfrath-Siegburg	7 571*	8 588	24,48	23,07	19,33	19,24
<b>Reg.-Bez. Düsseldorf.</b>						
1. Lennep-Neudorf	21 802**	21 371*	49,11	41,52	30,00	30,74
2. Elberfeld-Nord	27 056	28 256*	51,09	45,76	41,95	42,02
3. Solingen	17 255	19 589	57,14	50,91	44,33	44,06
4. Düsseldorf	20 375*	25 380*	39,88	36,17	26,61	30,14
5. Essen	22 778*	29 378*	28,34	30,06	25,47	27,76
6. Duisburg	23 284*	27 650**	31,04	29,70	26,13	25,69
7. Mülheim-Kaar	1 496	2 792	5,41	8,18	4,68	7,50
8. Cleve-Geldern	494	585	2,66	2,04	2,01	2,27
9. Kempen	2 370	2 483	15,25	13,82	11,49	11,09
10. Mönchen-Gladbach	3 673	4 375	12,58	12,00	9,22	9,91
11. Krefeld	7 298	8 617	29,67	27,07	21,85	23,56
12. Neuf-Grebenbroich	1 590	2 038	9,42	9,33	6,54	7,74
<b>Reg.-Bez. Koblenz.</b>						
1. Beglar-Altenkirchen	3 106	2 570	13,63	9,82	10,95	8,52
2. Kreuzfeld	558	581	3,49	3,11	2,95	2,90
3. Koblenz-St. Goar	2 007	2 172	9,15	7,68	6,37	6,52
4. Kreuznach-Simmern	1 086	1 162	5,24	4,79	4,66	4,21
5. Mayen-Ehrweiler	725	1 081	4,71	5,02	2,91	4,00
6. Renan-Nechem	129	59	0,56	0,29	0,58	0,26
<b>Reg.-Bez. Trier.</b>						
1. Dann-Prüm	—	—	—	—	—	—
2. Wittlich-Verncastel	67	87	0,44	0,45	0,34	0,41
3. Trier	803	975	4,31	4,44	3,02	3,50
4. Saarburg-Saarlouis	314	408	1,52	1,21	0,89	1,06
5. Saarbrücken	1 575	2 922	5,07	6,72	4,41	6,06
6. Wittlich-St. Wendel	170	571	0,49	1,51	0,43	1,40
<b>Reg.-Bez. Aachen.</b>						
1. Schleiden-Malmédy	284	334	1,04	1,60	1,27	1,43
2. Eupen-Aachen (Kreis)	2 409	2 445	9,24	7,18	6,46	6,10
3. Aachen (Stadt)	3 299	3 830	22,95	19,41	13,62	15,18
4. Düren-Jülich	1 308	1 295	6,29	5,05	4,40	4,12
5. Weiskirchen-Heinsberg	58	73	0,31	0,31	0,23	0,28
<b>Reg.-Bez. Sigmaringen.</b>	366	295	3,77	2,13	2,41	1,87
<b>Königreich Bayern.</b>						
<b>Reg.-Bez. Oberbayern.</b>						
1. München I.	10 178**	8 723*	44,03	34,13	28,26	24,61
2. München II	40 046	40 384**	56,21	49,07	36,34	34,40
3. München III	2 018	2 617	10,65	12,86	8,67	10,07
4. Ingolstadt	1 318	1 742	7,90	9,93	5,62	6,85
5. Wasserburg	504	608	2,60	5,38	2,02	3,86
6. Weilheim	1 798	2 850	10,19	13,51	6,74	10,62
7. Rosenheim	4 370	5 443	19,21	20,93	12,65	14,78
8. Traunstein	1 713	2 145	8,57	9,70	5,75	6,50
<b>Reg.-Bez. Niederbayern.</b>						
1. Landshut	722	1 343	4,69	7,76	3,29	5,81
2. Straubing	731	1 504	4,06	7,32	2,59	5,13
3. Passau	1 509	1 719	12,32	10,48	6,15	6,52
4. Pfarrkirchen	217	854	1,50	4,95	0,92	3,53
5. Deggendorf	1 353	1 287	12,86	9,90	6,09	5,45
6. Kelheim	405	548	3,39	3,76	2,15	2,72
<b>Reg.-Bez. Pfalz.</b>						
1. Speyer	16 507**	18 539**	45,50	45,86	39,67	41,26
2. Landau	5 549	6 340	21,26	21,82	16,98	18,93
3. Germerheim	1 397	1 547	7,82	8,04	6,78	7,22
4. Alsenzbrunn	5 323	5 720	18,96	18,80	16,77	16,99
5. Homburg	1 744	1 711	10,23	8,36	7,25	6,65
6. Kaiserslautern	7 009*	7 629*	27,60	27,82	21,57	22,83
<b>Reg.-Bez. Oberpfalz.</b>						
1. Regensburg	2 519	3 041	13,13	16,32	8,68	11,82
2. Amberg	667	1 241	4,52	7,80	3,04	5,40
3. Neumarkt	354	888	2,75	2,50	1,81	1,94
4. Neunburg vorm Wald	785	865	6,86	6,03	3,77	4,23
5. Neustadt a. d. Waldnaab	1 160	1 401	6,81	7,35	4,90	5,64
<b>Reg.-Bez. Oberfranken.</b>						
1. Hof	10 678*	11 785	47,12	43,63	36,52	38,60
2. Bayreuth	8 078*	8 278*	44,70	38,10	32,17	31,76
3. Kronach	2 810	2 557	13,87	10,46	10,07	8,08
4. Kranichfeld	4 367	4 845	21,10	18,59	16,17	15,71
5. Bamberg	3 323	3 430	17,01	14,41	12,33	12,14
<b>Reg.-Bez. Mittelfranken.</b>						
1. Nürnberg	28 812	35 033	57,98	55,16	44,45	47,29
2. Erlangen-Erlangen	12 031*	14 142**	45,67	44,31	35,26	38,47
3. Ansbach-Schwabach	4 278*	5 100	29,92	27,22	19,19	22,15
4. Eichstätt	982	877	6,60	5,35	5,05	4,47
5. Triefelsbühl	534	625	5,09	4,18	2,82	3,21
6. Regensburg ob d. Tauber	1 342	1 151	9,03	5,87	5,62	4,69
<b>Reg.-Bez. Unterfranken.</b>						
1. Hof	3 672	4 562	18,92	18,35	13,14	15,65
2. Bamberg	1 019	1 095	6,11	5,17	4,57	4,52
3. Korb	1 028	1 742	5,61	8,12	3,99	6,00
4. Neustadt a. Saale	800	915	4,17	4,18	3,20	3,65
5. Schweinfurt	3 235	3 121	18,23	15,14	14,87	13,13
6. Würzburg	5 337*	5 810	28,65	26,68	21,94	22,77
<b>Reg.-Bez. Schwaben.</b>						
1. Augsburg	6 577	6 708	22,56	20,53	17,35	16,81
2. Donauwörth	206	504	1,18	2,67	0,94	2,21
3. Dillingen	308	449	2,16	2,79	1,62	2,16
4. Illertissen	918	1 522	4,78	7,01	3,42	5,50
5. Kempten	846	991	5,06	5,03	3,54	3,91
6. Memmingen	1 343	1 999	6,10	8,10	4,81	6,71
<b>Königreich Sachsen.</b>						
1. Zittau	11 265	10 725*	50,50	42,96	41,01	38,98
2. Zittau-Oberbach	11 334	10 441	39,20	41,86	42,81	38,40
3. Bautzen	9 191*	8 619	30,03	28,47	26,40	25,46
4. Dresden-Neustadt	28 379	26 458	60,15	50,88	50,43	44,53
5. Dresden-Alte Stadt	21 569	18 608*	54,99	44,28	43,68	38,44
6. Dresden-Thorand	33 781	33 843	65,74	56,05	55,77	50,82
7. Meissen-Großenhain	15 191	14 171*	55,15	45,27	46,91	41,90
8. Pirna	15 905	14 397	58,94	46,70	48,12	41,69
9. Freiberg-Deberan	11 835	9 455	32,59	30,22	42,88	35,46
10. Tschelchowitz	13 162	12 700*	54,40	47,37	47,31	44,48
11. Leipzig	10 060**	9 587*	44,69	38,53	38,11	35,43
12. Leipzig-Stadt	16 140**	14 306	46,82	37,18	38,25	33,46
13. Leipzig-Land	54 819	56 712	69,05	58,11	56,56	50,39
14. Borna-Berga	10 408**	9 811*	40,49	38,64	38,61	35,67
15. Wittweide-Rimbach	19 270	18 301	62,64	54,06	55,16	49,30
16. Chemnitz	34 266	34 547	66,87	56,82	51,06	45,06
17. Chemnitz-Meerane	18 349	16 675	71,14	55,24	55,91	50,04
18. Zwickau-Oberland	25 335	23 744	67,10	55,08	54,98	49,20
19. Zwickau-Adersbach	20 096	19 000	67,69	56,45	56,52	50,74
20. Zwickau-Gelema	13 616	11 281	57,98	43,83	49,20	39,75
21. Annaberg-Buchholz	13 273	8 612*	56,65	43,75	45,79	38,88
22. Annaberg-Buchholz	19 106	17 809	59,46	49,07	51,04	43,66
23. Zwickau	16 406	15 197*	51,64	38,88	40,05	33,91

Name des Wahlkreises	Stimmen überhaupt		in Prozent			
	1903	1907	der Wähler		der Wahlberechtigten	
			1903	1907	1903	1907
<b>Württemberg.</b>						
1. Stuttgart	22 757	25 089	54,72	51,23	42,65	42,19
2. Cannstatt-Ludwigsburg	11 593*	15 488	41,31	45,09	31,92	38,15
3. Heilbronn-Hörsching	7 816*	9 468	30,36	30,82	23,35	26,78
4. Pödingen-Waihingen	5 530**	5 813	32,40	30,45	23,86	23,69
5. Ulm-Kürtingen	10 168**	12 256	42,27	42,67	33,06	37,48
6. Heilbronn-Tübingen	5 335*	5 038	27,39	23,89	21,03	18,60
7. Gmünd-Reutlingen	2 976	3 439	17,32	18,24	13,28	14,75
8. Heidenheim-Weissenburg	2 322	4 204	13,33	21,27	10,30	17,63
9. Waiblingen-Köhlbach	6 017	7 090	26,29	27,40	21,16	23,29
10. Gmünd-Gmünd	8 030**	11 711	39,77	46,99	29,27	36,48
11. Ludwigsburg	3 648	2 947	20,11	16,99	14,78	11,75
12. Crailsheim-Weigtingen	1 844	1 241	10,11	6,88	7,30	4,82
13. Kallmünz-Schwabmünchen	2 422	2 229	16,42	13,91	10,49	9,42
14. Heidenheim	6 524*	7 288	28,45	28,85	21,87	22,28
15. Heidenheim-Ludwigsburg	651	979	4,13	5,43	3,06	4,46
16. Heidenheim-Schwabmünchen	532	491	2,85	2,20	2,13	1,88
17. Heidenheim-Weigtingen	726	963	3,81	4,27	2,64	3,87
<b>Baden.</b>						
1. Heilbrunn-Konstanz	1 003	2 565	8,03	10,04	6,74	8,64
2. Weingarten-Trüdingen	2 189	2 259	10,29	9,39	8,48	8,55
3. Weingarten-Weingarten	2 343	3 059	11,29	12,62	8,67	11,06
4. Weingarten	2 114	3 445	13,15	17,79	8,70	13,98
5. Weingarten-Weingarten	4 147	6 282	16,81	20,73	13,31	18,42
6. Weingarten-Weingarten	1 785	2 427	9,07	11,16	7,41	9,82
7. Weingarten-Weingarten	2 307	2 554	11,99	11,03	9,02	9,85
8. Weingarten-Weingarten	3 178	4 358	16,25	18,02	11,62	14,91
9. Weingarten	13 231**	15 893*	44,73	45,13	37,	